

05.2011

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	13
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	19
Naturschutz & Biodiversität	20
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	23
Umweltpolitik & Umweltrecht	24
Verkehr & Tourismus	26
Wasser & Meere	28
Wirtschaft & Ressourcen	30

VERBÄNDE



Ehrenamt	32
Preise & Ausschreibungen	32
Aus- & Weiterbildung	32

SERVICE

Rezensionen	33
Internet	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Folgestudie zur außerschulischen Bildung Schwerpunkt: Atomkraft Nein Danke!	

THEMEN DES MONATS

Langfristige Verkehrspolitik

Wasch mir den Pelz, aber ...

**Das Weißbuch zur EU-Verkehrspolitik will ehrgeizige
Ziele ohne durchgreifende Maßnahmen erreichen**

Seite 2

Atomkraft

Fukushima liegt in Europa

**Die atompolitische Kehrtwende in Deutschland
könnte ansteckend sein**

Seite 4

Bodenschutz

Richtlinie auf dem Wartegleis

**Vorausschauende Bodenschutzpolitik kommt ohne
verbindliche europäische Regeln nicht aus**

Seite 6

Interview: Stromnetze

„Der schnelle Ausbau ist nötig“

**100 Prozent Erneuerbare kommen nicht von allein.
Strenge Regeln können Konflikte entschärfen**

Seite 16

Langfristige Verkehrspolitik

Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass

Das Weißbuch zur EU-Verkehrspolitik will ehrgeizige Ziele ohne durchgreifende Maßnahmen erreichen

Das neue Weißbuch von EU-Verkehrskommissar Siim Kallas verfolgt ehrgeizige Ziele für die kommenden Jahrzehnte: Europas Verkehrssektor soll Emissionen reduzieren, Güter auf die Schiene bringen, urbane Mobilität und „grünere“ Verkehrsträger fördern. Doch vom Verkehrswachstum soll Europa nicht abweichen und die tatsächlich wirksamen Maßnahmen werden 20 Jahre aufgeschoben. ■ VON HEIKE AGHTE, BÜNDNIS LSVA FÜR EUROPA

Verglichen mit dem Titel des neuen EU-Weißbuchs zum Verkehr waren die früheren geradezu poetisch: „Time to decide“ hieß 2001 das erste, „Keep Europe moving“ war die Zwischenbilanz von 2006 überschrieben und „A sustainable future for transport“ war der erste Arbeitstitel für das vorliegende verkehrspolitische Weißbuch, an dem seit 2009 gearbeitet wurde. Letztlich heißt es nun staubtrocken „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“. ⁽¹⁾ Am 28. März stellte Verkehrskommissar Siim Kallas der Öffentlichkeit sein Werk vor, das die politischen Linien für die nächsten zehn Jahre und perspektivisch sogar bis 2050 vorgeben soll. Was steckt drin in dem neuen Weißbuch, vor allem aus umweltpolitischer Sicht?

Zwei Drittel weniger Emissionen bis 2050

Immerhin werden Kennzahlen und Ziele genannt, die Lerneffekte dokumentieren. Das Weißbuch zeichnet folgende Ausgangssituation: Der Verkehr ist für 25 Prozent der CO₂-Emissionen und 73 Prozent des Ölverbrauchs in Europa verantwortlich. Das Verkehrssystem in der EU hängt immer noch für 96 Prozent seines Energiebedarfs von Ölzeugnissen ab. Das hat mit Ressourcenschonung wenig zu tun.

Die Ziele sind ehrgeizig. Bis 2050 sollen die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen um 60 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden, was einem Minus von 70 Prozent gegenüber 2008 entspricht. Der Anteil der konventionellen Antriebe soll bis dahin in den Städten auf Null reduziert werden.

Schon 2030 soll ihre Zahl halbiert sein – die Stadtlogistik soll dann im Wesentlichen CO₂-frei betrieben werden. Flugzeuge und Schiffe sollen bis 2050 zu 40 Prozent CO₂-arm betrieben werden. Und der Straßengüterverkehr über 300 Kilometer Entfernung soll bis dahin zur Hälfte auf Bahn und Schiff verlagert sein.

Damit ist auch schon ein erfreuliches Schlüsselwort gefallen: die Verlagerung. Wer die absurden Verrenkungen der letzten fünf Jahre beobachtet hat, mit denen die Kommission in ihrer Zwischenbilanz 2006 eine „Ko-Modalität“ als Prinzip einführte und unter Beteuerungen des Gegenteils das Prinzip der Verlagerung auf die umweltfreundlichsten Verkehrsträger in die Rumpelkammer steckte, kann sich jetzt freuen. Offenbar ist die Erkenntnis gereift, dass ein bloßes Nebeneinander von Verkehrsträgern, die alle ein bisschen grüner werden, nicht ausreicht. Ein fünf Jahre währender Umweg ist damit hoffentlich beendet – vorausgesetzt, das EU-Parlament und der Ministerrat heißen das Weißbuch in dieser Form gut.

Weiterwachsen, nur viel effizienter

Die Minderung der Emissionen um 60 Prozent ist aber nur der eine Teil des verkehrspolitischen Ziels. Komplette lautet die Formulierung nämlich: „Verkehrswachstum gewährleisten und Mobilität unterstützen bei Erreichung des Emissionsminderungsziels von 60 %“, und da kommt man doch ins Grübeln. Nach wie vor lautet das Credo ohne Einschränkung: Verkehrswachstum. Zur Begründung heißt es, der Verkehr ermögliche wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeits-

plätzen und sei das Rückgrat eines Systems, das „den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa untermauert“ und „die Wettbewerbsfähigkeit erhöht“. Das Ganze soll dadurch klappen, dass man die Ressourcen einfach viel, viel effizienter nutzt, so ist die Idee. Ist das nicht vollkommen blauäugig? Außerdem fragt sich wohl auch jede Expertin für regionales Wirtschaften und jeder Globalisierungskritiker: Ist das eine zukunftsweisende Vision für die Europäische Union im 21. Jahrhundert?

Kein Abschied vom Infrastrukturausbau

Obwohl harte Zahlen die Basis bilden, bleiben die Vorschläge, welche Maßnahmen die Emissionen denn nun reduzieren sollen, unklar und widersprüchlich. Die tatsächliche Problemlösung wird um zwei Jahrzehnte aufgeschoben. „So begnügt sich die Kommission bis 2030 mit Trippelschritten von jährlich einem Prozent, um bis dahin lediglich 20 Prozent Treibhausgas gegenüber 2008 einzusparen“, stellten die enttäuschten Grünen im Europaparlament in einer ersten Stellungnahme fest. Und Greenpeace hat darauf aufmerksam gemacht, dass als Vergleichsjahr willkürlich das Jahr 2008 gewählt wurde, während sich die Kommission sonst fast immer auf 1990 bezieht. Nimmt man aber 1990 als Basisjahr, bringen die Weißbuch-Maßnahmen eine um acht Prozentpunkte geringere Minderung.

Im Zentrum des Aktivitätenkatalogs stehen einerseits emissionsärmere Fahrzeuge plus Maßnahmen für Logistik- und Managementsysteme, um multimodale Transporte wie den Kombiverkehr sowie eine Verlagerung auf umweltfreundlichere

Verkehrsarten zu erleichtern. Dazu kommt aber wie eh und je der Ausbau der Infrastruktur – ausdrücklich mit einer Erweiterung der Flughafenkapazitäten, und das schon mit einem legislativen Vorschlag im kommenden Jahr. Man glaubt, mit einer umfassenden Anbindung der Bahn an die Flughäfen könne man die Emissionsminderung dann schon hinbekommen. Entsprechende Planungen in Deutschland, etwa in Stuttgart oder München, zeigen dagegen: Das wird nichts.

Wenigstens soll es bei den Transeuropäischen Netzen (TEN) im Landverkehr nun auch Projekte zur Einführung innovativer Technologien wie Lade- und Betankungsstationen für neue Fahrzeuge und neue Verkehrsmanagementsysteme geben. Diese Maßnahmen sollen den Gesamtenergieverbrauch und die Emissionen senken. Aber das ist wenig Neues. Erstaunlich ist vor allem, dass das Weißbuch nichts Konkretes zum notwendigen Umbau der Verkehrsnetze enthält, um diese an die Folgen der Klimaerwärmung anzupassen: Wie halten Straßenbeläge möglichen Hitzewellen stand, wie sind die Bahnen auf unberechenbare Wintereinbrüche vorzubereiten, wie hat sich das Katastrophenmanagement auf häufigere Überflutungen, Sandstürme und andere Naturereignisse einzustellen? Kämen solche Fragen erst einmal auf den

Tisch, dann würde schnell deutlich werden, dass das Geld für Neubauprojekte knapper ist als viele immer noch glauben.

Ein Hauptthema im Weißbuch ist die weitergehende Internalisierung der externen Kosten. 2012 soll es dazu Leitlinien für die „Auferlegung von Infrastrukturkosten auf Personenwagen“ geben. Auch für alle anderen Verkehrsträger sollen die Umweltkosten sukzessive einkalkuliert werden – die Einführung soll den Mitgliedstaaten aber noch bis 2020 freigestellt bleiben und ein Teil der Einnahmen soll weiter für Investitionen in die Infrastrukturen reserviert sein.

Städtischer Verkehr als Bewusstseinsweiterung

Neu im Weißbuch ist der Stadtverkehr als ein wichtiges Handlungsfeld. Hier steht die Förderung alternativer Antriebe und die Ausstattung mit den dafür notwendigen Infrastrukturen auf dem Programm. Außerdem soll die Bevölkerung deutlich mehr öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Erreicht werden soll das mit Plänen und Finanzierungsinstrumenten zur urbanen Mobilität und durch eine „Schärfung des Bewusstseins für Alternativen zum herkömmlichen Individualverkehr“, wie es auf eurokratisch heißt. Innovativ ist das

bestimmt nicht, aber man darf nicht ungerecht sein. Denn bis vor Kurzem hat die EU sich mit dem Verweis auf die rein nationalen Zuständigkeiten fast gar nicht um den Stadtverkehr gekümmert.

Insgesamt bleibt Unbehagen zurück. Das Instrumentarium des neuen Weißbuchs weist erfreuliche Details auf, aber nicht mehr. Die alten Wachstums- und Beton-Rezepte konterkarieren die guten Ansätze. Das ist zu wenig für eine Verkehrspolitik, die den Übergang ins postfossile Zeitalter gestalten muss. Vor allem bei den emissionsmindernden Maßnahmen, die genau genommen eine ganze Generation zu spät greifen werden, muss die EU einen Zacken zulegen.

Anmerkung

► (1) Weißbuch: www.kurzlink.de/com-2011-144.pdf

Die Umweltberaterin Heike Aghte ist Geschäftsführerin beim Bündnis Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) für Europa. Sie lebt in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)170 / 5389971,
E-Mail: heike.aghte@lsva.eu,
www.lsva.eu



politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen



Post-Oil City

Die Stadt von morgen

Die Zukunft der Menschheit entscheidet sich maßgeblich in der Stadt. Hier bündeln sich wie in einem Brennglas die Schwierigkeiten, die uns Klimawandel sowie zur Neige gehende Ölvorräte und Ressourcen bereiten. Gleichzeitig finden in Städten schon heute soziale, wirtschaftliche und ökologische Experimente statt, die sich bewusst den Herausforderungen des postfossilen Zeitalters stellen – es gilt, das System Stadt unter regenerativen Vorzeichen neu zu erfinden.

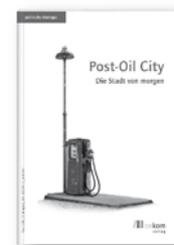
Die Autor(inn)en von »Post-Oil City« schauen sich auf den verschiedenen Baustellen der Post-Oil City um und malen ein faszinierendes Bild von der Stadt von morgen.

Mit Beiträgen von R. Fücks, N. und B. Paech, S. Wolfrum, C. Müller, H. Girardet, M. Adler, A. Holm u.v.m.

_Post-Oil City – politische ökologie (Band 124) | 144 Seiten | 16,90 EUR (zzgl. Versand)
_ISBN 978-3-86581-255-1 | **Erhältlich bei:** www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Jetzt als
Buchreihe

oekom
verlag



Atomkraft

Fukushima liegt in Europa

Die atompolitische Kehrtwende in Deutschland könnte ansteckend sein

Europas BürgerInnen wehren sich gegen die Atomenergie und auch die Politik wacht auf. Selbst ein EU-weiter Ausstieg aus der Atomkraft und die immer wieder gescheiterte Überarbeitung des Euratom-Vertrages scheinen möglich. Die Atommilliarden müssen jetzt in naturverträgliche erneuerbare Energien fließen. ■ VON CLAUDIUS MAYR, NABU

„Fukushima ist eine Zäsur“, „Die Geschehnisse in Japan sind ein Einschnitt für die Welt“: Nur wenige Tage nach der schrecklichen Atomkatastrophe schrillten in Berlin, Brüssel und anderen Hauptstädten Europas die Alarmglocken. Trotz der Erfahrungen aus Three Mile Island 1979 und Tschernobyl 1986 hatten die Regierenden das Restrisiko der Atomenergie bis dato bewusst in Kauf genommen. Dieses Risiko wurde auf einmal auch Spitzenpolitikern wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesumweltminister Norbert Röttgen oder EU-Energiekommissar Günther Oettinger zu hoch. Zwar verriet Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle am 14. März beim Bundesverband der Deutschen Industrie, dass manche dabei wohl nur das Restrisiko der nächsten Wiederwahl im Auge hätten. Aber der politische Anti-Atom-Zug nahm nie gekannte Fahrt auf.

Am gleichen Tag tagte der Rat der EU-UmweltministerInnen. Das Thema Atomenergie stand nicht auf der Tagesordnung, aber die dramatischen Ereignisse in Japan zwangen zur Debatte. Der österreichische Umweltminister Nikolaus Berlakovich forderte als erster zumindest einen „Stresstest“ für die 143 Atomkraftwerke in der EU sowie die umgebenden Meiler etwa in der Schweiz und Russland. Denn Österreich hat die Kernenergie per Verfassung verboten, ist aber von – überwiegend älteren – Atommeilern in der Schweiz sowie in den EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Slowenien, Slowakei, Tschechien und Ungarn umgeben. Nur einen Tag später wurde auf dem von EU-Energiekommissar Günther Oettinger einberufenen Atomgipfel dieser Stresstest beschlossen. EU-Experten reiben sich die Augen, und der Laie wundert sich:

So schnell kann die Europäische Union im Angesicht der Katastrophe handeln!

Natürlich kann dieser Stresstest nur ein Anfang sein. Folgen müssen für alle Mitgliedstaaten verbindliche, einheitliche Sicherheitsstandards, deren Kontrolle durch eine unabhängige EU-Behörde, die Pflicht zur Abschaltung der bei den Tests als unsicher erkannten Reaktoren sowie erweiterte Kontroll- und Sanktionsbefugnisse für die EU-Kommission. In diesem Punkt kamen der Energieministerrat am 22. März und der EU-Gipfel am 24. und 25. März leider nicht weiter. Aber immerhin versicherte Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, dessen Land mit fast 80 Prozent Strom aus Atomkraft trauriger Spitzenreiter in der EU ist, dass auch dort die AKW, die den jetzt vereinbarten Stresstest nicht bestehen, abgeschaltet werden.

Veralteter Euratom-Vertrag entfacht Debatte neu

Österreich hat bereits am 22. März als erster EU-Staat gefordert, europaweit aus der Atomenergie auszusteigen. Nicht zuletzt deshalb, weil auch Österreich als Nicht-Atomland durch seine Zwangsmemberschaft bei Euratom gezwungen ist, die Atomkraft mit jährlich mehr als 40 Millionen Euro zu subventionieren.

Diese Initiative Österreichs zeigt den richtigen Weg, denn weitergehende EU-einheitliche Regelungen und Befugnisse für die Europäische Kommission würden eine Änderung des Euratom-Vertrages von 1957 voraussetzen. Dieser belässt die Kompetenzen weitgehend bei den Mitgliedstaaten, drängt aber alle in eine Zwangsgemeinschaft der Atomförderer, auch wenn sie selbst überhaupt keine Atomkraftwerke

haben oder wie Italien längst ausgestiegen sind.

Mitgliedstaaten, Parlament und Kommission tun sich bislang schwer mit dem Thema. Zu groß sind die finanziellen Interessen und die Seilschaften zwischen Regierungen und Stromkonzernen. Bisherige, aus dem EU-Parlament und auch von europäischen Umweltverbänden initiierte Anläufe zur Änderung des Euratom-Vertrages scheiterten daher vor allem an den finanziellen Interessen von Mitgliedstaaten wie Frankreich, die ihre Stromerzeugung auf die Atomkraft stützen und dies in den letzten Jahren auch noch mit dem perfiden Argument des Klimaschutzes begründeten.

Für die unverbesserlichen Atomlobbyisten in Brüssel könnte ein Blick auf die alten Reaktoren in der näheren Umgebung hilfreich sein. Das AKW Tihange an der Maas bei Huy etwa, inzwischen 36 Jahre alt und für seine Pannen gefürchtet, liegt praktisch vor den Toren der Hauptstadt Europas. Es sollte nach dem belgischen Ausstiegsbeschluss von 2003 eigentlich 2015 vom Netz gehen. Aber die letzte funktionierende belgische Regierung unter dem jetzigen EU-Ratspräsidenten Herman van Rompuy handelte 2009 mit dem Betreiber Electrabel eine Laufzeitverlängerung bis 2025 aus, die im Gegenzug jährlich mehrere Hundert Millionen Euro in die klamme Staatskasse spülen soll. Da Belgien kurz danach die Regierung abhanden kam, ist der Deal noch nicht perfekt.

Doch die Zäsur von Fukushima und das deutsche Umsteuern zeigen europaweit Wirkung, obwohl Befürworter der Atomenergie – und leider auch einige Medien – immer wieder suggerieren, außerhalb Deutschlands gebe es keine Debatten über die Atomenergie oder Ausstiegsbeschlüsse.

So etwa Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle im EU-Energieministerrat („Panikreaktion“), Ludwig Lindner, Sprecher des Forums Bürger für Technik in der Marler Zeitung („Kein anderes Land ist bisher dem deutschen Beispiel gefolgt.“) oder der Atomphysiker Hans-Josef Allelein in der Aachener Zeitung („In Frankreich ist Fukushima nur eine Randnotiz.“).

Die Hälfte der EU-Staaten ist AKW-frei

Tatsache ist, dass derzeit nur 14 von 27 Mitgliedstaaten der EU überhaupt Atomkraftwerke betreiben und einen Teil ihres Stroms mit Atomenergie erzeugen. Österreich dagegen hat schon lange Atomenergie verboten, Italien – eines der Gründungsmitglieder des Euratom-Vertrages – ist bereits nach Tschernobyl ausgestiegen. Mehrere EU-Staaten, aber auch Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz und China, haben ihre Pläne zum Bau neuer Atomkraftwerke ausgesetzt und wollen zunächst die Erkenntnisse aus Fukushima auswerten.

In Finnland steht der im letzten Jahr beschlossene Bau eines fünften Atomkraftwerkes auf der Kippe. Es sollte zwar in Lappland, weit weg von den Bevölkerungszentren des Landes gebaut werden, doch Finnlands Umweltministerin Paula Lehtomäki erwartet jetzt ein Umdenken.

Der von Präsident Silvio Berlusconi in Italien geplante Wiedereinstieg in die Atomenergie wankt ebenfalls. Da Italien wesentlich erdbebengefährdeter ist als andere Mitgliedstaaten, will keine der Regionen ein Atomkraftwerk haben.

Die Niederlande beziehen derzeit nur etwa vier Prozent ihres Stroms aus Atomenergie, aus dem Meiler Borssele in der Provinz Zeeland, etwa 180 Kilometer westlich der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Gegen die geplanten Meiler Borssele 2 und 3 gab es in NRW massive Widerstände, bislang ohne Erfolg. Die neue Landesregierung in Düsseldorf will sich nun in bilateralen Gesprächen für einen Stopp der Neubauten einsetzen. Inzwischen stehen auch immer mehr Niederländer kritisch zur Atomenergie. Nach jüngsten Umfragen halten etwa 75 Prozent einen ähnlichen Unfall wie in Japan auch in Westeuropa für

möglich. Bislang favorisieren insbesondere die Konservativen und die Liberalen die Atomenergie, wobei die Liberalen die erforderlichen Subventionen und Staatsgarantien für Borssele 2 und 3 zunehmend hinterfragen. Die Grünen fordern ein Referendum über den Bau neuer AKW.

Polen beharrt zwar derzeit offiziell noch auf seinen Plänen zum Bau seines ersten Atomkraftwerks, der 2016 beginnen soll, da es seine alten Kohlekraftwerke ersetzen muss. Umweltminister Andrzej Kraszewski erwartet aber, wie er im Ministerrat berichtete, nach Fukushima auch in seinem Land Diskussionen.

Im Atomkraftland Frankreich, wo derzeit etwa 80 Prozent des Stroms aus 58 AKW kommen, regt sich auch Widerstand, nicht nur in der Politik. Der grüne Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit und andere forderten Mitte März ein Referendum, das nach Meinungsumfragen zu diesem Zeitpunkt bereits von über 40 Prozent der Franzosen unterstützt wurde.

Auch in Belgien, das seinen Strom zu mehr als der Hälfte aus Atomkraft bezieht, mehren sich mahnende Stimmen. So kritisierten belgische Medien im Zuge der Diskussionen um den „Van-Rompuy-Deal“, dass der Betreiber Electrabel für seine alten Meiler in Tihange und Doel bei Antwerpen noch nie einen Cent Steuern gezahlt habe, sich aber mit seinem Atomstrom eine „goldene Nase“ verdiene. Nach Ansicht vieler Belgier war es einer der größten Fehler des damaligen jungen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt, heute Sprecher der Liberalen im EU-Parlament, so stark auf die Atomenergie zu setzen und die Unterstützung für die Windkraft zu streichen, da die Wind-Investoren darauf in die Niederlande und nach Dänemark abwanderten.

Die Fehlentscheidung in Belgien verweist auch auf das Dilemma vieler Mitgliedstaaten: Via Euratom und mit eigenen Finanzmitteln subventionieren sie die Atomenergie und die Kernforschung, vernachlässigen aber den Ausbau der erneuerbaren Energien. So ist Belgien heute mit nur etwa 1.000 Megawatt (MW) installierter Windkraftleistung eines der Schlusslichter beim Ausbau der Regenerativen in der EU, während Deutschland

(etwa 27.000 MW) und Spanien (rund 20.000 MW) die Spitzenreiter der EU sind und weltweit nur noch von den USA (40.000 MW) und China (42.000 MW) überflügelt werden. In China ist übrigens ein weiterer massiver Ausbau geplant, zudem strebt das Land die Marktführerschaft beim Bau von Windkraftanlagen innerhalb der nächsten drei Jahre an.

Zwangssubventionen stoppen

Es ist völlig inakzeptabel, dass Euratom alle 27 Mitgliedstaaten in eine Gemeinschaft zur Finanzierung der Atomenergie und Kernforschung zwingt, obwohl die Bevölkerung diese Technik überwiegend ablehnt. Allein die deutschen Steuerzahler haben die Atomenergie auf nationaler und europäischer Ebene seit 1957 mit über 200 Milliarden Euro subventioniert, Österreich muss jedes Jahr über 40 Millionen Euro einzahlen. Hätte man nur einen Bruchteil dieser Gelder in erneuerbare Energien und die Erforschung von Speichertechniken investiert, wäre der Umbau zur CO₂-neutralen Wirtschaft schon längst gelungen.

Auch die Zögerer in Regierungen und Parlamenten sollten endlich begreifen, dass der Traum von der sauberen, sicheren und preiswerten Atomenergie ausgeträumt ist. Nicht zuletzt, weil es weltweit immer noch kein Endlager für den Jahrtausende strahlenden Atommüll gibt. Nach dem Rettungsschirm für die Banken und für zahlungsunfähige Mitgliedstaaten benötigen wir jetzt ein Rettungspaket für eine Energieversorgung ohne Atom und Kohle, die Klimaschutz und den Schutz der biologischen Vielfalt als gleichrangige Ziele berücksichtigen muss.

Der Biologe Claus Mayr ist beim Naturschutzbund Deutschland (NABU) Direktor für Europapolitik. Er koordiniert die europapolitische Arbeit des NABU in Brüssel.

Kontakt:
Tel. +49 (0)172 / 5966098,
E-Mail: claus.mayr@nabu.de,
www.nabu.de/atom
www.atomausstieg.at



Bodenschutz

Richtlinie auf dem Wartegleis

Vorausschauende Bodenschutzpolitik kommt ohne verbindliche europäische Regeln nicht aus

Das Medium Boden auch auf europäischer Ebene zu schützen, ist nicht nur eine Frage der Lebensmittelsicherheit. Für den Erhalt der Biodiversität, die Bekämpfung des Klimawandels und die Schonung von Ressourcen reichen nationale Alleingänge nicht aus. An der deutschen Gesetzgebung würde ein EU-Rahmen wenig ändern, wohl aber in anderen Ländern wesentliche Impulse für nachhaltigen Bodenschutz geben. ■ VON THOMAS STRASSBURGER, EU-KOMMISSION

Vor nicht ganz fünf Jahren hat die EU-Kommission ihre thematische Strategie für den Bodenschutz zusammen mit einem Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Böden vorgelegt. Ein wesentlicher Stimulus für die Europäisierung des Bodenschutzes war aus Deutschland gekommen: Beflügelt vom neuen Bundesbodenschutzgesetz fand Ende 1998 eine internationale Bodenschutztagung in Bonn statt, die den Auftakt für weitere Anstrengungen zu einem wirkungsvolleren Bodenschutz in Europa bildete.

Einige Jahre später hatte sich die Stimmungslage geändert, nicht zuletzt wegen Befürchtungen der Landwirtschaft und der Industrie. Der Bundesrat äußerte sich ablehnend zum Entwurf der Bodenrahmenrichtlinie und die Umweltministerkonferenz verlangte, dass jeder EU-Mitgliedstaat diesen Teil der Umweltpolitik weiterhin in Eigenregie regeln solle.

Ungeachtet einer großen Mehrheit im EU-Parlament, der Zustimmung der Ausschüsse für die Regionen und für Wirtschaft und Soziales sowie einer äußerst engagierten portugiesischen Ratspräsidentschaft scheiterte eine Annahme der Richtlinie Ende 2007 im Umweltministeramt am Widerstand Deutschlands und vier anderer Länder. Im Rat wurde die Richtlinie zuletzt unter spanischem Vorsitz in der ersten Jahreshälfte 2010 intensiv, aber ohne Durchbruch diskutiert. Lediglich ein Situationsbericht zum Stand der Richtlinie wurde verabschiedet. Frustriert vom anhaltenden Widerstand der sogenannten „blocking minority“ verlangten zehn Mitgliedstaaten, dass ihr Wunsch nach einer

Rahmenregelung im Bericht ausdrücklich festgehalten wird. Die nachfolgenden EU-Präsidentschaften, darunter Belgien als einer der stärksten Befürworter der Richtlinie, haben angesichts festgefahrener Positionen von einer erneuten Thematisierung abgesehen. Notwendig wäre ein politisches Zeichen für die Bereitschaft zur Neuaufnahme von Gesprächen.

Der Wunsch vieler Mitgliedstaaten nach einer gemeinsamen Vorgabe beim Bodenschutz ist verständlich, denn nationale Alleingänge sind schwer durchsetzbar und angesichts der Probleme auch nicht ausreichend. Fachlich besteht großer Konsens über die Notwendigkeit, schädliche Bodenveränderungen zu vermeiden; nur der Weg dorthin ist umstritten. Den Boden nicht im gleichen Maße zu schützen wie Luft und Wasser, ist eine politische Entscheidung und wird sich angesichts der Folgen auf Dauer nicht durchsetzen.

Aktivitäten der EU-Kommission

Die Bodenrahmenrichtlinie ist nur eine von vier Säulen der Strategie – daneben stehen Bewusstseinsbildung, Forschung sowie die Verankerung von Bodenschutzbelangen auch in anderen Politikfeldern. Die Kommission war in den letzten Jahren deshalb nicht untätig: Veranstaltungen auf den beiden letzten Vertragsstaatenkonferenzen zur biologischen Vielfalt; größere Konferenzen zu Boden, Klimawandel und biologischer Vielfalt 2008 und 2010, Tagungen zu Flächenverbrauch, Bodenleben oder Bodenversiegelung bei der Grünen Woche, eine jährliche Veranstaltung des Generaldirektorats Umwelt; ein umfassender thematischer Bericht zum Boden

im neu aufgelegten Europäischen Umweltbericht 2010; mehrsprachiges Informationsmaterial; die Förderung von Projekten über das 7. Forschungsrahmenprogramm und das Umweltprogramm LIFE, um nur einiges zu nennen. Ein Erfolg ist die Einbindung von Bodenschutzbelangen in die neue Industrieemissionen-Richtlinie. Diese enthält ein ausdrückliches Verschlechterungsverbot für den Bodenzustand. Die Diskussion um bestimmte Teile der Rahmenrichtlinie ist damit von der Wirklichkeit überholt worden.

Deutschland blockiert trotz des schlechten Zustands der Böden

Das deutsche Bodenschutzrecht ist eine unbestrittene Errungenschaft, im europäischen Vergleich steht es gut da. Aber auch dem „Vorreiter“ Deutschland ist es nicht gelungen, den Boden und seine Funktionen in einem Maße zu bewahren, wie es aus Sicht künftiger Generationen akzeptabel wäre. Der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen beklagte erst 2008 den „unverändert schlechten Zustand der Böden in Deutschland“. Eine Richtlinie brächte „vor allen Dingen im Bereich des bislang unbefriedigend geregelten vorsorgenden Bodenschutzes Impulse“. Der wichtige Beitrag der Böden zum Klimaschutz lasse „eine EU-Regelung durchaus als gerechtfertigt erscheinen“.

Nach aktueller Einschätzung der Bundesländer-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) sind Boden- und Klimaschutz untrennbar miteinander verbunden. „Diese Rolle des Bodens im Kontext der Diskussionen zum Klimawandel“ sei „der breiten Bevölkerung, aber auch vielen Entschei-

dungsträgern (noch) nicht oder nicht hinreichend bewusst“. Die Forderungen der LABO nach ausgeglichenen Humusbilanzen, Schutz vor Verarmung an organischer Substanz durch Wasser- und Winderosion und vor Bodenschadverdichtungen decken sich mit denen der Bodenrahmenrichtlinie. Warum aber wird der Mehrwert dieser Richtlinie als so gering eingeschätzt?

Deutschland ist einer der unangefochtenen Spitzenreiter im Flächenverbrauch in Europa. Allein von 1992 bis 2009 sind etwa 780.000 Hektar wertvoller landwirtschaftlicher Fläche verloren gegangen. Dies ist eine Hypothek auf die Zukunft, die sich kein Land lange leisten kann. In Europa beträgt der jährliche Flächenverbrauch etwa 1.000 Quadratkilometer, was in etwa der Fläche Berlins entspricht oder einem Verlust von 4,5 Millionen Tonnen Weizen, Jahr für Jahr.

Nationale Ausreden für das Nichtstun verschärfen die Probleme

Der Vorschlag, anstelle einer für alle verbindlichen Lösung auf eine freiwillige Selbstverpflichtung zu setzen, ist keine Option. Neben der thematischen Strategie der Kommission existiert seit fast 40 Jahren eine European Soil Charta. Schon dieses Dokument beklagt den fortschreitenden Verlust der Bodenqualität in vielen Teilen Europas und stuft den Boden als einen der größten Schätze der Menschheit ein. Genutzt hat es wenig. Abnehmende Humusgehalte, geringeres Wasserhaltevermögen, Schäden durch Erosion und Verdichtung aufgrund ungeeigneter, auf kurzfristige Erträge angelegte Bewirtschaftungsmethoden, ungebremste Überbauung – alle diese Probleme sind aktueller denn je. Die Belastungen aus dem Klimawandel mit seinen Konsequenzen kommen noch erschwerend hinzu. Welchen Wert sollte also eine unverbindliche Strategie haben, wenn nicht als Entschuldigung für weitere Jahre des versäumten Handelns?

Deutschland betont bei seiner Ablehnung bislang den Subsidiaritätsgedanken – „Boden bewegt sich nicht und muss daher in nationaler Verantwortung bleiben“ – sowie Verwaltungsbelastungen und

finanzielle Auswirkungen. Bei seiner Vorstellung im EU-Parlament im Januar 2010 sagte Umweltkommissar Janez Potočnik, dass Subsidiarität keine Entschuldigung für Nichtstun sein sollte. Und zwei Monate später wiederholte er im Umweltrat, Subsidiarität könne nur in einem angemessenen europäischen Rahmen funktionieren. Ansonsten blieben nationale Politiken und Maßnahmen unkoordiniert und unzureichend.

Dem Problem allein auf nationaler Ebene begegnen zu wollen, ist kurzsichtig, denn es ist von überregionaler Bedeutung. Und es ist weder allein eine Klimafrage noch ein ausschließliches Umweltproblem. Es kommen Aspekte des Binnenmarktes und gleicher Auflagen für alle hinzu. Es ist eine Frage der wirtschaftlichen Perspektive für deutsches Know-how, denn ein europaweiter Ansatz zur Beseitigung von Altlasten böte ausgezeichnetes Potenzial für die gut aufgestellte deutsche Sanierungsindustrie. Es ist überdies eine Frage sich häufender Überflutungen mit Milliardenschäden und eine Frage der Lebensmittelsicherheit, weil die von Deutschland importierten Lebensmittel nur dann einen Wert haben, wenn sie anderenorts auf unbelasteten Böden produziert werden können. Letztendlich ist es auch eine Frage der wirtschaftlichen Entwicklung in Teilen Europas und der Entstehung neuer „benachteiligter Regionen“, die auf dauerhafte Finanzhilfen der EU angewiesen sein werden – Geld, das an anderer Stelle fehlt. Deshalb ist schwer nachvollziehbar, dass gerade die Länder mit eigenen Bodenschutzregelungen anderen Mitgliedstaaten gewissermaßen eine Laissez-faire-Einstellung zugestehen.

Neubewertung in Sicht?

Die geänderte politische Stimmungslage in Deutschland, vor allem nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, könnte zu einer Neubewertung beitragen. Selbst wenn sich die bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat vorerst nicht ändern, dürfte die neue Zusammensetzung einiger Landesparlamente Auswirkungen auf Länderkammer und Bundestag haben.

Ende 2010 fand eine aus Sicht der Kommission ermutigende Debatte im deutschen Bundestag statt. Auslöser war ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die Bundesregierung, „die Blockadehaltung bei der Schaffung eines umfassenden europäischen Bodenschutzrechts aufzugeben“. Auch SPD und Linke unterstützten den Antrag in der Diskussion.

Im letzten Bodenschutzbericht der Bundesregierung heißt es, Böden seien eine „wichtige Ressource mit hoher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands“. Veränderungen liefen hier sehr langsam ab und seien schwer erkennbar. Schäden seien oft nur in geologischen Zeitmaßstäben zu beheben – wenn überhaupt. „Nur wenn die Leistungsfähigkeit des Bodens nicht überfordert wird, kann er seine Funktion als Lebensgrundlage auch in Zukunft erhalten. Der wirksame Schutz der unverzichtbaren Ressource Boden bedarf also des langen Atems aller Beteiligten“, schreibt die Bundesregierung. Nur – irgendwann geht auch dem besten Boden die Luft aus! Das schreckliche Unglück im April auf der A 19 bei Rostock mit Toten und Verletzten, ausgelöst durch einen Sandsturm, hat dies auf beklemmende Weise deutlich gemacht.

Umweltkommissar Potočnik hat wiederholt erklärt, er sei offen für jede konstruktive Kritik an der Richtlinie. Hoffen wir, dass so bald wie möglich wieder über die Inhalte der Richtlinie verhandelt wird. Trotz der langen Halbwertszeit – der Entwurf der Bodenrahmenrichtlinie befindet sich auf dem Warte-, nicht auf dem Abstellgleis.

Der Agraringenieur Thomas Straßburger arbeitet als nationaler Experte für den Bodenschutz bei der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission in Brüssel.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 2965493,
E-Mail: thomas.strassburger@ec.europa.eu,
www.ec.europa.eu/
environment/soil



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Kreislaufwirtschaftsgesetz

Streit um die neue Tonne in orange

■ Ende März hat die Bundesregierung ihren Entwurf für das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgelegt. Darin wird ab 2015 die Einführung einer flächendeckenden Wertstofftonne vorgeschlagen, die die gelbe Tonne ablösen soll. In die neue orangefarbene Tonne sollen dann künftig nicht nur Verpackungen, sondern auch andere Kunststoffe sowie kleine Elektrogeräte geworfen werden. Außerdem soll bundesweit die Biotonne eingeführt werden.

Nach der Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs gab es Kritik aus Oppositionsparteien und von Umweltverbänden. Ralph Lenkert von der Linkspartei bemängelte, dass gewerbliche Entsorger begünstigt und Kommunen benachteiligt würden. Die Kommunen hätten weiter die Entsorgungspflicht, könnten aber laut Gesetzesentwurf nicht bestimmen, wer sich welche Anteile an den Abfällen aneignen dürfe. Das könne dazu führen, dass die Gewinne aus Sparten wie Altglas oder Altpapier nicht mehr in

die kommunalen Haushaltskassen fließen. Die Grünen befürchten, dass dadurch die Müllgebühren für die VerbraucherInnen steigen. Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag kritisierte ebenfalls die Privatisierung der kommunalen Abfallwirtschaft und warf der Regierung Klientelpolitik vor.

NABU-Abfallexperte Benjamin Bongardt forderte in der Tageszeitung Taz ehrgeizigere Ziele bei den Recyclingvorgaben, denn Quoten von 65 Prozent der Siedlungsabfälle und 70 Prozent des Bauschutts würden bereits jetzt erreicht. Zudem sei es besser, alte Elektrogeräte getrennt zu sammeln, da Sammlung und Verwertung von Elektroschrott bisher in der Praxis mangelhaft seien. Der NABU hatte im Herbst letzten Jahres eine Petition im Bundestag für die Einführung einer Wertstofftonne bereits ab 2012 eingereicht.

Bundestag und Bundesrat müssen noch über den Gesetzesentwurf abstimmen. [jg]

- ▶ www.nachhaltig-links.de/index.php/umwelt
- ▶ www.gruene-hannover.de/index/show/4645672
- ▶ www.spd-fraktion-niedersachsen.de (Pressemitteilungen – 01. April 2011)
- ▶ www.kurzlink.de/taz-bongardt
- ▶ NABU, Benjamin Bongardt, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1610, E-Mail: benjamin.bongardt@nabu.de, www.nabu.de

EU-Abfallpolitik

Bald biomüllfreie Deponien?

■ Auf einer Konferenz der Europäischen Föderation der Entsorgungswirtschaft (FEAD) Ende März in Prag hat ein Sprecher der EU-Kommission den Ausstieg aus der Deponierung von Biomüll zwischen 2020 und 2025 angekündigt. Die EU-Kommission wolle dazu einen Gesetzesvorschlag vorlegen, konkrete Ziele gebe es aber noch nicht.

Der Kommissionsprecher sagte, viele EU-Mitgliedstaaten hätten die Vorschriften der Deponienrichtlinie bisher nicht ausreichend umgesetzt. Noch immer gebe es nach Kenntnis der Kommission mindestens 619 illegale Deponien in der EU. Zwei Länder hätten dazu noch keine Daten geliefert, insofern müsse die Zahl möglicherweise noch nach oben korrigiert werden. Seit dem Ablauf der Umsetzungsfrist im Jahr 2001 habe es EU-weit 177 Vertragsverletzungsverfahren gegeben. Seit 1995 sei die Deponierate aber im Durchschnitt von 62 auf 38 Prozent gefallen.

Auf der Deponietagung wurde auch über rechtliche und finanzielle Aspekte bei der Nutzung von Deponiegasen debattiert. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/fead-workshop-3/2011

UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.

MIT PEER REVIEW



Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia



GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR SCIENCE AND SOCIETY
1 | 2011

■ BUSINESS LOBBYING AND CLIMATE CHANGE
■ WASTE OF ELECTRONIC EQUIPMENT
■ KOMPETENZEN FÜR NACHHALTIGKEIT

Metallschrott

Abfall darf Rohstoff werden

■ Die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben die sogenannte Abfallende-Verordnung angenommen. Die im März beschlossene Verordnung legt Kriterien dafür fest, wann ein aus Eisen-, Stahl- oder Aluminiumschrott zurückgewonnenes Material kein Abfall mehr ist. Die Abfallende-Kriterien wurden durch die neue Abfallrahmenrichtlinie eingeführt, mit der ein höherer Recyclinganteil erreicht werden soll, um natürliche Ressourcen zu schonen. Das langfristige Ziel ist, aus Europa eine „Recycling-Gesellschaft“ zu machen, so viel Abfall wie möglich zu vermeiden und unvermeidbaren Abfall nach Möglichkeit als Ressource zu nutzen.

Das Fehlen einheitlicher Kriterien, wann Abfall nicht mehr Abfall ist, führte bisher zu unterschiedlichen Regelungen in einigen EU-Mitgliedstaaten. Laut der neuen Verordnung gilt sauberer und sicherer Metallschrott – sofern er die Kriterien erfüllt – jetzt nicht länger als Abfall. Bearbeitungen wie Zerkleinern, Schreddern, Reinigen oder Dekontaminieren, die zur Vorbereitung des Schrotts auf seine Verwendung in Stahl- oder Aluminiumwerken nötig sind, müssen allerdings beendet sein, bevor der Abfallstatus verlorengeht.

Nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt tritt die Verordnung in Kraft und gilt nach einer sechsmonatigen Übergangsphase unmittelbar in jedem EU-Mitgliedstaat.

Derzeit bereitet die Kommission Kriterien für andere Materialien wie Kupfer, Papier, Glas und Kompost vor. [sg]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/11/388)

Pestizide

EU senkt Höchstwerte

■ Die EU-Kommission hat die Grenzwerte für Rückstände von 13 Pestiziden herabgesetzt. Nach neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen seien die bisherigen Obergrenzen für die giftigen Stoffe zu hoch, um Sicherheit für Umwelt und Gesundheit zu

gewährleisten. Die europäische Lebensmittelbehörde EFSA hatte in den vergangenen drei Jahren empfohlen, schrittweise die erlaubten Höchstmengen an Rückständen zu reduzieren. 2008 waren die Grenzwerte für viele Pestizide erhöht worden, weil Länder, die beispielsweise pestizidbelastetes Obst oder Gemüse importieren, eine Wettbewerbsverzerrung beklagt hatten. Das berichtete der Umweltdienst ENDS Anfang April.

Die strengeren Grenzwerte, die im Oktober in Kraft treten, gelten unter anderem für Endosulfan. Für ein weltweites Verbot dieses Insektizids präsentierte die EU-Kommission im Februar den Mitgliedstaaten eine Beschlussvorlage. Am 25. April treffen sich die Vertragspartner des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POP), um über das Aus für das Gift zu entscheiden. Initiativen wie das Pestizid-Aktionsnetzwerk PAN Europe setzen sich seit Langem für ein internationales Verbot von Endosulfan ein. [mbu]

► Neue Grenzwerte: www.kurzlink.de/eu/310/2011

► www.pan-germany.org

Chemie in öffentlichen Einrichtungen

Mehr Gift im Kindergarten als zu Hause

■ Analysen des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) haben ergeben, dass Kleinkinder überdurchschnittlich hoch hormonellen Schadstoffen ausgesetzt sind. Das ist ein Ergebnis der Aktion „Zukunft ohne Gift“, an der sich inzwischen 60 Kindertagesstätten beteiligten und Staubproben einschickten. Die untersuchten Kindertagesstätten seien durchschnittlich dreimal so stark mit Weichmachern belastet wie der durchschnittliche deutsche Haushalt. Quelle für die Belastung seien in erster Linie Einrichtungsgegenstände aus Weich-PVC wie Bodenbeläge, Vinyltapeten, Turnmatten, Matratzenbezüge, Sportbälle, Möbel mit Kunstlederbezügen und Spielzeuge aus

Weichkunststoff. Der BUND forderte Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner auf, sich für ein Verbot von Weichmachern einzusetzen – besonders an Orten, an denen sich Kinder aufhalten. [jg]

► www.bund.net/zukunft-ohne-gift

Chemikalien in Produkten

EU-Parlament will weniger Phosphat im Spülmittel

■ Das EU-Parlament will den Anteil von Phosphaten in Spülmittel senken. Das geht aus einem Berichtsentwurf vom April hervor. Darin wird eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 648/2004 über Detergenzien vorgeschlagen. Detergenzien sind in Reinigungsmitteln enthaltene Stoffe, darunter Phosphate und phosphathaltige Bestandteile. Phosphate gelangen über das Abwasser in Flüsse und Meere. Dort kann ein erhöhter Phosphatanteil die Wasserqualität beeinträchtigen und Fisch- und Pflanzenbestände schädigen. Deshalb gibt es eine Obergrenze für den Anteil von Phosphaten in Wasch- und Spülmitteln. Geschirrspülmaschinen waren von dieser Regelung bisher nicht betroffen. Das soll sich nun ändern. Der Umweltausschuss hat im April abgestimmt, die erste Lesung im Plenum steht noch aus. [ej]

► www.kurzlink.de/envi-phosphat2011

Gefährliche Chemikalien

Neue EU-Kriterien

■ Für die Einstufung gefährlicher Stoffe gelten neue EU-Kriterien. Wann Substanzen als langlebig, sich im Gewebe anreichernd (akkumulativ), giftig oder sehr langlebig beziehungsweise sehr bioakkumulativ zu bezeichnen sind, schreibt eine neue EU-Verordnung vor. Alle diese Stoffe sind als „sehr besorgniserregend“ eingestuft. Ihre Verwendung wird im Anhang XIII der EU-Chemikalienverordnung

REACH geregelt – die neue Verordnung ersetzt die darin enthaltenen Kriterien. Spätestens bis März 2013 müssen die von Unternehmen vorgelegten Registrierungen von Stoffen entsprechend aktualisiert werden. [jg]

► www.kurzlink.de/eu/253/2011

EU-Quecksilberpolitik

Umweltminister wollen Taten der EU-Kommission sehen

■ Die EU-Umweltminister haben die Europäische Kommission im März aufgefordert, sobald wie möglich die EU-Verordnung über die Ausfuhr von Quecksilber zu überarbeiten. So müsse es Regeln für die sichere Lagerung des giftigen Schwermetalls geben, auch eine Ausweitung des Verbots sei zu überlegen. Die Forderungen sind Teil der Schlussfolgerungen, die der Umweltrat zum Bericht der Kommission zur EU-Quecksilberstrategie verfasst hat.

Die EU-Kommission hatte im Dezember eine Bestandsaufnahme zur EU-Quecksilberstrategie vorgenommen. Ein Ergebnis war, dass es bei der Behandlung zahnmedizinischen Amalgamabfalls in einigen EU-Staaten noch Nachholbedarf gibt. Für 2011 plant die Kommission daher eine Lebenszyklusbewertung der Quecksilberverwendung in Amalgam. Der Umweltrat begrüßte dies und forderte die EU-Kommission auf, möglichst auch gleich amalgamfreie Alternativen aufzulisten und die Emissionen durch Krematorien einzubeziehen.

Die Kommission soll nach Meinung der Umweltminister zudem die Überarbeitung der Referenzdokumente für die beste verfügbare Technik (BREF) im Rahmen der Industrieemissionsrichtlinie vorantreiben. Auch der Kontakt von Mensch und Umwelt mit quecksilberhaltigen Lampen müsse reduziert werden. Die Mitgliedstaaten selbst sollen quecksilberfreie Technologien nutzen und über Gefahren aufklären. [jg]

► www.kurzlink.de/envi-rat-maerz2011

Rotschlammunfall in Ungarn

Geldnot bremst Sanierung

■ Ein halbes Jahr nach dem Chemieunfall mit ätzendem Rotschlamm in einer Aluminiumanlage in Westungarn hat der WWF den Zuständigen Untätigkeit vorgeworfen. Ehemalige BewohnerInnen der betroffenen Städte warteten immer noch auf Unterstützung. Zwar liefen die Aufräumarbeiten noch und verseuchte Böden würden lastwagenweise zu Auffangbecken gebracht, allerdings gingen die finanziellen Mittel hierfür zur Neige. An mehreren Stellen liege eine dicke Schlammenschicht und verseuche Boden und Wasser. Zudem gebe es Dutzende ähnliche Anlagen, die nicht ausreichend gesichert seien und andere ungarische Gemeinden bedrohten. Die bisherigen Gesetzesänderungen reichten nicht aus, um solche Vorkommnisse künftig zu vermeiden.

Bei dem Unfall im Oktober 2010 waren zehn Menschen ums Leben gekommen und vier Städte sowie mehrere Tausend Hektar Land verseucht worden. [jg]

► www.kurzlink.de/wwf-redmud

Paraquat

Für weltweites Verbot

■ Eine internationale Chemieexperten-Gruppe hat die Aufnahme von Pestizidprodukten mit mehr als 20 Prozent Paraquat in die Rotterdam-Konvention gefordert. Das Rotterdamer Übereinkommen regelt Sicherheitsfragen beim internationalen Handel mit Gefahrstoffen. Den Antrag hatte Burkina Faso gestellt. In dem zentralafrikanischen Land wurden rund 300 Vergiftungsfälle dokumentiert, die mit Paraquat zusammenhängen. Auch aus anderen Entwicklungsländern sind zahlreiche Vergiftungen bekannt. In der EU und der Schweiz ist Paraquat verboten, Umweltverbände wie die Erklärung von Bern (EvB) verlangen vom Haupthersteller Syngenta, die Produktion einzustellen. [jg]

► www.paraquat.ch

Lärm

Gesundheitsrisiko Verkehr

■ Nach der Luftverschmutzung stellt Verkehrslärm weltweit das zweitgrößte Gesundheitsrisiko dar – mit schwerwiegenden Folgen wie Herzinfarkten und anderen Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Schlafstörungen und Stress. Das ist das Ergebnis einer Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Der Studie zufolge sind 1,8 Prozent der Herzinfarkte in wirtschaftlich starken europäischen Ländern auf Verkehrslärm zurückzuführen. Herz-Kreislauf-Erkrankungen seien die häufigste Todesursache in der EU und belasteten das Gesundheitsbudget mit etwa 40 Prozent. Jeder dritte Bürger fühle sich tagsüber durch Lärm gestresst, ein Fünftel der Bevölkerung habe wegen des Lärms durch Straßen, Eisenbahnen und Flugverkehr Schlafstörungen. Zsuzsanna Jakab, die Leiterin der Europa-Abteilung der WHO, hofft, dass die vorgelegten Zahlen lokale und nationale Behörden zur Einführung einer strengeren Lärmpolitik bewegen.

Umwelt- und Verkehrsverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB), Transport & Environment (T&E) und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) fordern darüber hinaus strengere europäische Lärmgrenzwerte. Die EU-Kommission müsse bei der Neuauflage der Richtlinie zu Fahrzeuflärmemissionen (70/157/EWG), die bis Juni überarbeitet werden soll, die Gefahren durch Verkehrslärm erheblich vermindern. VCD-Verkehrsexperte Michael Müller-Görnert forderte strengere Lärmstandards für Autos, Lieferwagen, Lkws und Busse. Die EU-Kommission dürfe die Chance, den Straßenverkehrslärm mindestens zu halbieren, nicht verstreichen lassen. Eine 2008 erschienene Studie von T&E zeigt, dass Schienen- und Straßenlärm europaweit jedes Jahr für 50.000 tödlich verlaufende Herzinfarkte und 200.000 Fälle von Herz-Kreislauf-Erkrankungen verantwortlich sind.

Die WHO-Studie berechnet die Zahlen mit dem sogenannten DALY-Konzept, das die durch Krankheit beeinträchtigten Lebensjahre (disability-adjusted life

years) in Vergleich zur durchschnittlichen Lebenserwartung der rund 345 Millionen EU-BürgerInnen setzt. Demnach liegt die Gesamtsumme von „verlorenen gesunden Jahren“ in der EU bei mindestens einer Million pro Jahr. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/who-laermstudie2011
- ▶ www.eu-koordination.de (EU-News – 31.03.2011)
- ▶ VCD, Michael Müller-Görnert, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28035112, www.vcd.org

EU-Novel-Food-Verordnung

Nanopartikel in Lebensmitteln weiter ohne Kennzeichnung

■ Die Verhandlungen für eine Neufassung der europäischen Verordnung für neuartige Lebensmittel (Novel Food) sind Ende März gescheitert. Deshalb gibt es bis auf Weiteres keine EU-einheitlichen Regeln für die Verwendung von Nanopartikeln in Lebensmitteln und keine Kennzeichnungspflicht. EU-Parlament, Ministerrat und Kommission konnten sich nach rund drei Jahren Diskussion nicht auf eine Lösung einigen, deshalb gilt die aus dem Jahr 1997 stammende Verordnung weiter. „Das heißt, dass die Anwendung von riskanten Technologien in Lebensmitteln noch auf Jahre unzureichend reguliert bleiben wird“, kritisierte der BUND. VerbraucherInnen können sich demnach nicht darauf verlassen, dass sie durch eine entsprechende Aufschrift informiert werden, ob ihr Produkt Nanopartikel enthält oder nicht. Zudem können neue Produkte auf den Markt gebracht werden, ohne ein Zulassungsverfahren zu durchlaufen.

Nanomaterialien werden in Lebensmitteln bereits als Rieselhilfen etwa in Salz oder Brühe oder zur Verkapselung von Konservierungsmitteln, Farb- und Nährstoffen verwendet. Mögliche Risiken bei Aufnahme über den Magen-Darm-Trakt sind laut BUND bisher kaum erforscht. [jg]

- ▶ BUND, Nanoexperte Jurek Vengels, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-422, E-Mail: jurek.vengels@bund.net, www.bund.net/nano

Nanosilber

Behörde rät zur Vorsicht

■ Bei Lebensmitteln, Textilien und Kosmetika, die Nanosilber enthalten, ist weiterhin Vorsicht angebracht. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) rät nach der Diskussion mit ExpertInnen über verschiedene Studien von der breiten Verwendung von Nanosilber ab. Die Industrie hatte als Reaktion auf eine erste Stellungnahme des BfR kritisiert, es gebe ausreichend entlastende Daten. Das Institut hatte darauf ExpertInnen zu einem Workshop eingeladen und dort die vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse diskutiert. Neuere Studien über Nanosilber hätten deutliche Hinweise auf bisher für Silber nicht bekannte Wirkungen ergeben. „Dazu gehören krankhafte Veränderung von Gewebe in der Leber nach oraler und inhalativer Verabreichung sowie in der Lunge nach inhalativer Exposition, Veränderungen organspezifischer physiologischer Parameter und eine erhöhte Wirkstärke“, schreibt das BfR.

Das BfR rät weiterhin von einem breiten Einsatz von Nanosilber in verbrauchernahen Produkten ab, da aufgrund der Datenlücken für nanoskalige Formen von Silber bislang noch keine abschließende Sicherheitsbewertung für Mensch und Umwelt vorliegt. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/bfr-2001-04-12

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Land Grabbing

Landhunger eskaliert

■ Der globale Landhunger großer Agrarkonzerne, Staaten und Fondshändler hat für Mensch und Natur ausschließlich negative Auswirkungen. Zu diesem Ergebnis kamen die TeilnehmerInnen der Konferenz „Global Land Grabbing“ im April in der britischen Grafschaft Sussex. Anhand ihrer aktuellen Forschungen legten die Wissen-

schaftlerInnen dar, dass die Landnahmen in aller Regel mit Menschenrechtsverletzungen einhergehen. Die Investitionen in große Landflächen zum Anbau von Grundnahrungsmitteln, Energiepflanzen oder als Geldanlage würden „dort getätigt, wo viel gehungert wird“, sagte Roman Herre, Agrarreferent der Menschenrechtsorganisation FIAN. Mit Armutsbekämpfung oder Ernährungssicherung habe dies allerdings nichts zu tun.

Seit 2009 wurden laut neuer Zahlen der WissenschaftlerInnen 80 Millionen Hektar Ackerland transferiert, fast die Hälfte davon für die Agrartreibstoffproduktion. Westeuropäische Firmen wickelten mindestens 150 „Landdeals“ ab. Immer neue Fälle des kommerziellen Landraubs würden bekannt, so Uwe Hoering, Experte für internationale Agrarpolitik, in einer Kurzanalyse zum derzeitigen Stand des Land Grabbing. Die meisten Geschäfte mit der Ressource Land werden demnach in Afrika gemacht. Die Verhandlungen über Landpacht und Konzessionen fänden abseits der Öffentlichkeit statt. Verträge, die Bedingungen festlegen, würden geheimgehalten. [sg]

- ▶ Konferenzdokumentation: www.kurzlink.de/land-grab-konferenz
- ▶ Analyse: www.kurzlink.de/update-hoering

Agrotreibstoffe

Berichte über Landraub und Vergiftungen

■ Der verstärkte Anbau von Energiepflanzen zur Agrospritherstellung gefährdet die Menschenrechte in Entwicklungsländern. Das geht aus Medienberichten hervor, nach denen Agrarkonzerne, Investmentfonds und Nationalstaaten immer mehr von Kleinbauern traditionell genutzte Ackerflächen aufkaufen. So werde im westafrikanischen Ghana die ländliche Bevölkerung verdrängt und zunehmend der globalen Nahrungsmittelkrise ausgesetzt, berichtete im April ein Experte der Menschenrechtsorganisation FIAN in der Zeitung Neues

Europas Industrie greift nach Indiens Saatgut

Die EU handelt zurzeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit ein neues Freihandelsabkommen mit Indien aus. Es wird die Lebenssituation in vielen ländlichen Regionen des Subkontinents verschlechtern. Ein Kommentar des Halla Bol Collective.

In den letzten 15 Jahren haben nach Angaben des indischen Agrarwissenschaftlers Devinder Sharma rund 215.000 Bauern und Bäuerinnen in Indien Selbstmord begangen, vor allem in Regionen, in denen die „Grüne Revolution“, also der Umstieg auf kommerzielles Saatgut, durchgesetzt wurde. Die BäuerInnen waren außerstande, den Verlust durch Ernteausfälle beim Anbau sogenannter Hohertragssorten zu tragen. Eine vor allem auf Weltmarktöffnung und schnelles Wirtschaftswachstum orientierte Landwirtschaftspolitik hat dazu geführt, dass viele große und mittelständische Landwirtschaftsbetriebe Indiens in extreme Abhängigkeit von Hybridsaatgut und Weltmarktpreisen für Agrarprodukte getrieben wurden. Dabei erweisen sich die Hohertragssorten nicht nur als anfällig für Krankheiten, sie reagieren auch sensibler auf Klimaschwankungen. Außerdem verdrängen sie lokal angepasste Sorten und verringern so die landwirtschaftliche Vielfalt.

KritikerInnen befürchten nun, dass sich die Lebenssituation der ohnehin sehr armen ländlichen Bevölkerung in vielen indischen Bundesstaaten durch das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien weiter verschlechtert. Dieses bisher weitreichendste Freihandelsabkommen (Free Trade Agreement, FTA) der EU stellt einen Präzedenzfall für weitere FTAs dar.

Die Verhandlungen werden geheim geführt. In den bekannt gewordenen Entwürfen des FTA zu geistigen Eigentumsrechten fordert die EU eine Angleichung der indischen Gesetze an das patentähnliche Sortenschutzrecht der International Convention for the Protection of New Varieties of Plants (UPOV) von 1991. Die UPOV verbietet den Tausch von käuflich erworbenem Saatgut unter BäuerInnen und erlaubt die kostenlose Wiedersaat nur in wenigen Ausnahmefällen. Stimmt die indische Regierung den Forderungen der EU zu, werden wahrscheinlich die Preise für kommerzielles Saatgut, Pestizide und Düngemittel steigen, weil es weniger Alternativen dazu gibt. Hinter den Verhandlungspositionen der EU stehen die Inter-

sen der europäischen Life-Science-Industrie. Die EU-Konzerne wollen sich den Zugriff auf indisches Saatgut sichern und gleichzeitig seine Nutzung durch indische BäuerInnen beschränken.

Ein Beitritt zur UPOV würde das indische Gesetz zum Schutz der Pflanzenvielfalt und der Rechte der Bauern von 2001 aushebeln. Danach haben Züchter zwar eine weitgehende Kontrolle über die kommerzielle Vermarktung des von ihnen hergestellten Saatguts. BäuerInnen dürfen aus der Ernte geschützter Sorten jedoch weiterhin Saatgut gewinnen und dieses verkaufen und tauschen, solange sie dabei nicht den amtlich registrierten Markennamen verwenden. Außerdem brauchen kommerzielle Züchter, die neue Sorten auf der Basis traditioneller Nutzpflanzen züchten wollen, die Erlaubnis der Bauern und müssen diese an den Einnahmen beteiligen.

Das Saatgut der traditionellen Nutzpflanzen oder Landsorten bildet Indiens Ernährungsgrundlage: Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Gene Campaign haben die indischen BäuerInnen zuletzt 85 Prozent des Saatgut-Jahresbedarfs selbst aufgebracht. Würde ihnen das Recht am Saatgut genommen, hätte das große Einkommensausfälle zur Folge. Besonders wenn der Lebensunterhalt von kleinen Höfen gefährdet ist, trifft das als erstes die Frauen, auf deren Schultern zumeist die Verantwortung für die Ernährung liegt. Kleinbauernverbände und Nichtregierungsorganisationen in Indien und Europa fordern deshalb die Offenlegung der bisher nur unter der Hand weitergereichten FTA-Entwürfe. Sie wollen einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik und eine klare Absage an eine zweite „Grüne Revolution“. Ihr Alternativmodell ist das Konzept der Ernährungssouveränität.

Das Halla Bol Collective betreibt einen Informationsdienst für Indien-AktivistInnen.

Kontakt:
E-Mail: hallabolnewsletter@rediffmail.com,
www.hallabol.blogspot.de

Deutschland. Zudem steige der Wasserverbrauch enorm und die Böden trockneten aus. Die Industriestaaten könnten selbst nicht so viel Ethanol herstellen, wie sie laut ihren Richtlinien für den Biosprit benötigen, daher werde ein Großteil importiert.

Im mittelamerikanischen Nicaragua hat der Anbau von Zuckerrohr, das zunehmend zur Herstellung von Agrarethanol verwendet wird, schwerwiegende Folgen für die Bevölkerung. Nach einem Bericht des Evangelischen Pressedienstes sind seit 2007 über 4.000 Plantagenarbeiter an Nierenversagen gestorben. Trotz der großen Mengen an Pestiziden, die beim Zuckerrohranbau eingesetzt würden, müssten die Beschäftigten ohne Schutzkleidung arbeiten. Die Menschen im Umfeld der Plantagen seien ebenfalls betroffen, da die hochgiftigen Chemikalien Trinkwasser und Böden belasteten. Auch in Nicaragua werden dem Bericht zufolge für den steigenden Bedarf an Ethanol Nahrungsmittelanbauflächen verdrängt. [sg]

- ▶ www.kurzlink.de/ghana-nd
- ▶ www.kurzlink.de/nicaragua-epd

Unternehmensverantwortung

UN-Rüge für Global Compact

Die UN-Kontrollbehörde Joint Inspection Unit (JIU) hat dem Global Compact, der bisher größten Initiative der Vereinten Nationen für sozialverträgliche Firmenpolitik, Versagen bei der Kontrolle der beteiligten Unternehmen vorgeworfen. Im Großen und Ganzen sei es dem Compact zwar gelungen, den Dialog der Weltorganisation mit dem Privatsektor zu legitimieren. Weniger erfolgreich hingegen seien die Bemühungen verlaufen, die Konzerne in die soziale, ökologische und menschenrechtliche Verantwortung zu nehmen. Der Report bestätigt damit die Vorbehalte von Nichtregierungsorganisationen, die dem Compact von Anfang vorgeworfen hatten, zahnlos zu sein und Greenwashing zu betreiben. Obwohl der JIU-Bericht seit Anfang des Jahres vorliegt, wurde er erst im März zur Kenntnis genommen. Der Global Compact

wies den Bericht zurück und warf den Autoren vor, fehlerhaft gearbeitet zu haben.

Unternehmen, die dem 1999 vom damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufenen Global Compact beitreten, sollen Menschenrechte, Arbeitsbestimmungen, Umweltstandards und Anti-Korruptionsregeln beachten. Als Gegenleistungen dürfen sie das dem UN-Zeichen nachempfundene Logo des Global Compact verwenden.

Nach Ansicht des JIU steht jedoch die Glaubwürdigkeit der Weltorganisation auf dem Spiel, wenn schon die Anmeldung zum Global Compact ausreicht, um von dem Logo Gebrauch zu machen. Dass die Unternehmen nicht überprüft werden, ist nach Ansicht der Autoren die Achillesferse der Initiative, auch wenn diese nach eigenen Angaben mehr als 2.000 Firmen die Mitgliedschaft gekündigt hat.

Derzeit gehören dem Pakt mehr als 7.400 Unternehmen aus 35 Ländern an, davon 43 aus Europa. Mitglied des Global Compact sind zum Beispiel auch Bergbaukonzerne, die für schwere Menschenrechts- und Umweltprobleme verantwortlich gemacht werden. [IPS, mb]

- ▶ JIU-Bericht: www.unjiu.org (What's new – 17 March 2011)
- ▶ Global Compact: www.unglobalcompact.org
- ▶ Kritischer Blog: www.globalcompactcritics.net

KLIMA & ENERGIE

Internationale Klimaverhandlungen

Magere Resultate in Bangkok

■ Die UN-Klimakonferenz in Bangkok ist am 8. April ohne entscheidende Ergebnisse zu Ende gegangen. Die Unterhändler einigten sich lediglich auf einen Arbeitsplan für die diesjährigen Klimakonferenzen, die den Klimagipfel im Dezember in Durban vorbereiten sollen.

Im Mittelpunkt der sechstägigen Verhandlungen stand die Frage, ob es nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls Ende 2012

einen weiteren Verpflichtungszeitraum nach den Regeln von Kyoto geben soll. Japan und Russland wollen einem solchen Abkommen nur dann zustimmen, wenn sich auch die USA beteiligen. Diese sind jedoch nicht bereit, sich auf ein „Kyoto II“ zu verpflichten. Ebenso wie Australien wollen sie über die Beschlüsse des letzten Klimagipfels im Dezember 2010 in Cancún nicht hinausgehen. Die Entwicklungsländer legen dagegen großen Wert auf eine Fortführung des Kyoto-Protokolls als verbindliches internationales Abkommen und präsentierten hierfür zum Teil auch eigene Reduktionsziele. Die Nichtregierungsorganisation Germanwatch sieht vor allem die EU in der Pflicht zu weitergehenden Reduktionszusagen, um die Verhandlungsfrenten aufzubrechen. EU-Chefunterhändler Artur Runge-Metzger war allerdings nicht bereit, größere Zusagen ohne ein Einlenken der USA zu machen.

Mitte März wurden die offiziellen Ergebnisdokumente mit allen länderspezifischen CO₂-Reduktionszusagen veröffentlicht, die in Cancún gemacht wurden. Das UN-Klimasekretariat hat die Regierungen aufgefordert, ihre Zusagen zur Emissionsreduktion einzuhalten und möglichst schnell entsprechend zu handeln. [em, fl]

- ▶ www.unfccc.int
- ▶ Germanwatch, Klima- und Entwicklungsexperte Sven Harmeling, Bonn, +49 (0)228 / 60492-22, Fax -19, E-Mail: harmeling@germanwatch.org, www.germanwatch.org

Klimapolitik in China

Erneuerbare, Effizienz, Atom

■ Mitte März hat der Nationale Volkskongress in Peking wichtige Teile des zwölften chinesischen Fünfjahresplans angenommen. Energieeffizienz und saubere Energien, vor allem Windkraft, sollen danach den Kern für die ökonomische Entwicklung des Landes bilden.

Der Plan schließt den massiven Ausbau atomarer Energie ein. Den vorgesehenen Bau von 27 neuen AKWs hat China Medienberichten zufolge angesichts des GAUs

in Japan jedoch ausgesetzt. Der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch soll bis 2015 auf elf Prozent und bis 2020 auf 15 Prozent steigen. Die Energieintensität des Bruttoinlandsprodukts, also die Energiemenge, die notwendig ist, um eine Einheit des BIP zu erwirtschaften, soll um 16 Prozent sinken. Auch die CO₂-Emissionen will China gemessen am BIP um 17 Prozent verringern. Allerdings entsprechen diese Zahlen wegen des noch immer starken Wirtschaftswachstums keiner absoluten Senkung des Energieverbrauchs oder der CO₂-Emissionen. [fl]

- ▶ www.kurzlink.de/chinaplan

EU-Klimaziel

Sieben Umweltminister für 30-Prozent-Ziel

■ Die Umwelt- und Energieminister von sieben EU-Staaten haben beim Umweltrat im März für eine EU-weite Emissionsverringerung von 30 Prozent bis 2020 plädiert. Das berichtete der Infodienst Euractiv. Alle kommen aus den „alten“ Mitgliedstaaten: Neben Bundesumweltminister Norbert Röttgen unterzeichneten die Minister aus Großbritannien, Spanien, Portugal, Schweden, Dänemark und Griechenland eine entsprechende Erklärung. Die Minister argumentieren, dass ehrgeizige Reduktionsziele Europas Wirtschaft unabhängiger von Energieimporten und schwankenden Ölpreisen machen würden. Außerdem könnten sie Europa helfen, im weltweiten Wettbewerb um CO₂-arme Technologien und Dienstleistungen vorn zu bleiben.

Die Argumente der Minister werden durch zwei aktuelle Studien unterstützt, die den wirtschaftlichen Nutzen ehrgeizigerer EU-Klimaziele herausstellen (umwelt aktuell 04.11, S. 14). Die Studie des Klimaaaktionsnetzwerks CAN Europe ist jetzt auch auf Deutsch erschienen. [am]

- ▶ Euractiv: www.kurzlink.de/meldeuract
- ▶ CAN-Studie (PDF, 1,7 MB): www.kurzlink.de/can30prozent

Vom Ende eines Mythos

Marode Atomlager, störungsanfällige Kernkraftwerke, AKW-Laufzeitverlängerungen durch die neue Bundesregierung, Lobpreisungen der Atomlobbyisten: Die Debatte um die Nutzung der Atomkraft ist aktueller denn je. Der Band »Mythen der Atomkraft« liefert das überfällige, atomkritische Know-how zur Debatte, zeigt Alternativen und entlarvt die Kernkraft als das, was sie ist: eine unverantwortliche und teure Risikotechnologie.

G. Rosenkranz

Mythen der Atomkraft

Wie uns die Energielobby
hinters Licht führt

quergedacht Band 1
109 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-198-1



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



EU-Energiesteuer

Kommission will Kohlendioxid besteuern

■ Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für die Revision der EU-Energiesteuerrichtlinie vorgelegt. Danach sollen die Mindeststeuersätze für Energieträger künftig auf Basis des CO₂-Ausstoßes bestimmt werden. Je höher die CO₂-Emissionen eines Energieträgers sind, desto höher soll die Besteuerung ausfallen. Von der Neuregelung würden emissionsarme Energieträger wie Erdgas profitieren, Diesel dagegen würde stärker besteuert werden.

Umweltverbände begrüßten den Vorstoß der Kommission, der in Richtung einer von ihnen lange geforderten CO₂-Steuer geht. Damit würden diejenigen belohnt, die in effiziente Technologien und erneuerbare Energien investierten, erklärte das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Der Verband forderte die Bundesregierung auf, den Kommissionsvorschlag zu unterstützen und sich nicht von der Dieselinindustrie vereinnahmen zu lassen.

Großbritannien wird sehr wahrscheinlich im EU-Ministerrat gegen die Richtlinie stimmen. Das berichtete der EU-Infodienst Euractiv unter Berufung auf Stimmen aus Diplomatentreisen. Da der Rat in Steuerfragen mit Einstimmigkeit entscheiden muss, würde dies das Aus für den Kommissionsvorschlag bedeuten. [am]

- ▶ FÖS, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 7623991-40, Fax -59, E-Mail: info@foes.de, www.foes.de
- ▶ www.kurzlink.de/vorschlag-co2steuer
- ▶ www.kurzlink.de/euractiv-co2-120411

EU-Emissionshandel

Schlupflöcher geschlossen

■ Ende März hat die EU-Kommission Regeln für die kostenlose Vergabe von Emissionszertifikaten im Energiesektor beschlossen. Mit Beginn der dritten Phase des Europäischen Emissionshandelsystems (ETS) 2013 müssen Energieversorgungs-

unternehmen bis auf einige Ausnahmen ihre Zertifikate grundsätzlich kaufen. Für die zehn Staaten, die noch bis 2019 einen Teil der Emissionsrechte kostenlos verteilen dürfen, hat die Kommission die hierbei einzuhaltenden Regeln festgelegt.

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hatte im Vorfeld zwei Anträge einer Gruppe von Parlamentariern zurückgewiesen, den Kommissionsentwurf in seiner jetzigen Form abzulehnen. Die Antragsteller wollten durchsetzen, dass Anlagen, deren Energieversorgung auf Kohle basiert, höhere Emissionsquoten zugeteilt werden als gleichartigen Anlagen auf Basis des emissionsärmeren Erdgases.

Die Kommissionsregeln verhindern zudem Pläne Polens, Kohlekraftwerken schon vor deren Erbauung kostenlose Zertifikate zuzuteilen. Polen wollte damit die Investitionen in den Bau neuer Kraftwerke ankurbeln. Darüber hinaus wollte die polnische Regierung Unternehmen verbieten, die kostenlos zugeteilten Zertifikate auf dem freien Markt zu verkaufen, was eine Verringerung des gesamten ETS-Handelsvolumens zur Folge hätte. Auch dies untersagte die Kommission. Die polnische Regierung will nun prüfen, ob die Kommission mit der Entscheidung ihre Kompetenzen übertreten hat. [em]

- ▶ Seite der EU-Kommission zum ETS (engl.): www.ec.europa.eu/clima/policies/ets
- ▶ Entschließungsanträge des Parlaments: www.kurzlink.de/entpar1
www.kurzlink.de/entpar2

EU-Atompolitik

Einheitlicher Stress für AKW

■ Beim EU-Gipfel Ende März in Brüssel haben die EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen, alle 143 AKW in der EU einheitlichen Sicherheitstests zu unterziehen. Nach dem Atomunglück in Japan hatte EU-Energiekommissar Günther Oettinger zuvor die Einführung von „Stresstests“ für Atomanlagen in der EU gefordert.

Die EU-Kommission soll nun bis Ende Juni entsprechende Sicherheitsstandards

für atomare Anlagen entwickeln. In der zweiten Jahreshälfte sollen dann die Tests von Experten der nationalen Behörden durchgeführt werden. Anschließend werde entschieden, ob ein AKW stillgelegt oder nachgerüstet werden müsse, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Stress-tests bleiben allerdings freiwillig, da die Atompolitik nicht im Kompetenzbereich der EU liegt. Jeder Staat entscheidet letztendlich selbst über die Verwaltung seiner Atomanlagen. „Die Atompolitik muss endlich europäisiert werden“, forderte deshalb der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange. „Die Zuständigkeit muss auf europäischer Ebene angesiedelt sein und der Euratom-Vertrag entsprechend geändert werden.“

Die EU will außerdem erreichen, dass auch Nachbarländer wie die Ukraine und Russland vergleichbare Sicherheitstests durchführen. Die deutsche und die französische Regierung wollen nukleare Sicherheit zudem im Rahmen der G20 diskutieren.

Unterdessen hat die österreichische Regierung einen EU-weiten Atomausstieg gefordert und einen dementsprechenden Aktionsplan verabschiedet. Auch in anderen EU-Staaten werden die Forderungen nach einer europäischen Ausstiegspolitik lauter (siehe ausführlicher Artikel S. 4). [ff]

- ▶ www.kurzlink.de/euractakw
- ▶ www.kurzlink.de/at.-atomausstieg-eu

Energiepolitik

Neue deutsche Einigkeit für die Energiewende?

■ Vor dem Hintergrund der andauernden Atomkatastrophe in Japan hat sich die Atomdebatte in der deutschen Politik grundlegend geändert. Die Bundesregierung berief Ende März zwei Kommissionen ein, die sie bei einer Neuausrichtung der Atompolitik beraten sollen: Die bereits existierende Reaktorsicherheitskommission soll die Sicherheitsstandards aller deutschen AKWs überprüfen, während eine neu gegründete Ethikkommission

Vorschläge für eine „Energiewende mit Augenmaß“ vorlegen soll. Beide Kommissionen werden voraussichtlich Mitte Mai Ergebnisse präsentieren. Kritiker bemängeln, dass die Sicherheitskommission zu atomfreundlich besetzt sei, und bezweifeln, dass in dem kurzen Zeitraum eine umfassende und unvoreingenommene Prüfung möglich ist.

Die Bundesministerien für Umwelt und Wirtschaft haben sich derweil auf „Eckpunkte zur Beschleunigung der Energiewende“ geeinigt. Demnach sollen erneuerbare Energien, vor allem die Offshore-Windkraft, stärker gefördert werden. Für Energieeffizienz soll mehr Geld zur Verfügung stehen. Die Kürzungen am Gebäudesanierungsprogramm will die Bundesregierung möglicherweise zurücknehmen.

Umweltverbänden geht die Kursänderung nicht weit genug. So fordert der BUND einen stärkeren Schwerpunkt beim Energiesparen und zu diesem Zweck die Gründung eines nationalen Energieeffizienzfonds. Der BUND stellte den Eckpunkten der Bundesregierung einen eigenen Maßnahmenkatalog zum schnellen Ausstieg aus der Atomkraft gegenüber. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) forderte die Bundesregierung auf, ihren Atomkurs auch außenpolitisch zu ändern und sich im UN-Sicherheitsrat für ein weltweites Verbot von AKW in Erdbebengebieten einzusetzen.

Mehrere neue Studien zu den Folgen eines schnellen Atomausstiegs unterstützen die Forderungen der Umweltverbände, darunter Studien von Greenpeace, Fraunhofer- und Öko-Institut. Auch eine schon im Sommer 2010 fertiggestellte Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums kommt zu dem Schluss, dass ein Erneuerbaren-Anteil von 40 Prozent bis 2020 problemlos möglich wäre. Die Studie wurde erst Anfang 2011 auf der Internetseite des Ministeriums veröffentlicht. [am]

- ▶ BUND-Maßnahmenkatalog (PDF, 1,4 MB): www.kurzlink.de/bund-atom-massnahmen
- ▶ Fraunhofer-IWES-Studie (PDF, 1,4 MB): www.kurzlink.de/fraunhof-studie100pr
- ▶ Greenpeace-Studie (PDF, 1,3 MB): www.kurzlink.de/greenpeace-atom2015

Erneuerbare Energien

Run auf Ökostrom

■ Nach dem Atomdesaster in Japan ist die Nachfrage nach Ökostrom in Deutschland Medienberichten zufolge um ein Vielfaches gestiegen. Der Ökostromanbieter Naturstrom in Düsseldorf meldete Mitte März eine Verzehnfachung der Vertragsabschlüsse. Der Anbieter Greenpeace Energy verzeichnete einen Zuwachs auf das Achtfache. Trotz der sprunghaft gestiegenen Nachfrage erwarten die Anbieter vorerst keine Engpässe beim Ökostrom.

Ob der Ansturm auf Ökostrom längerfristig anhält und ob angesichts des Ausmaßes der atomaren Katastrophe in Fukushima ein nachhaltiges Umdenken stattfindet, ist noch unklar. Die Berliner Zeitung berichtete, dass sich schon seit einiger Zeit eine Verlagerung des Kundeninteresses zum Ökostrom abzeichne. Allerdings zeigten sich Verbraucher verunsichert, mit welcher Anbieterwahl sie tatsächlich die Energiewende voranbringen. Die deutschen Umweltverbände bieten seit fünf Jahren mit ihrer Kampagne „Atomausstieg selber machen“ Unterstützung bei der Entscheidung für einen unabhängigen Ökostromanbieter. [ff, am]

- ▶ www.kurzlink.de/berl.zeitg180311
- ▶ Atomausstieg selber machen, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, Fax -80, www.atomausstieg-selber-machen.de

Stromnetzausbau

Beschleunigungsgesetz

■ Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle hat Ende März Eckpunkte eines Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG) vorgestellt. Mit dem Gesetz soll der Ausbau der Stromnetze schneller vorankommen. Insbesondere soll die Dauer der Genehmigungsverfahren für Stromtrassen verringert werden. Hierin sieht der Minister eine wichtige Voraussetzung für einen ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien. Bereits jetzt werden nach einer Studie der Deutschen Energie-Agentur ▶

„Am schnellen Ausbau der Stromnetze für erneuerbare Energien führt kein Weg vorbei“

Die Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien kommt nicht von allein. Und auch wenn wir Energie sparen und speichern, die Erzeugung dezentralisieren und den Verbrauch intelligent steuern: Die Netze müssen jetzt ausgebaut werden. Strenge Regeln können aber mögliche Konflikte entschärfen, sagt Dietrich von Tengg-Kobligk vom Forum Umwelt und Entwicklung.

umwelt aktuell: Herr von Tengg-Kobligk, wird der Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland und Europa nach dem Fukushima-Schock zum Selbstläufer?

Dietrich von Tengg-Kobligk: Nein es sind noch viele Aufgaben zu lösen, bis wir die Energieversorgung auf 100 Prozent Erneuerbare umgestellt haben. Zum Beispiel gibt es noch keine Rechtsgrundlage, um alle deutschen Atomkraftwerke bis 2015 abzuschalten. Außerdem planen einige Konzerne noch neue Kohlekraftwerke, die nicht nur extrem viel CO₂ ausstoßen, sondern auch sehr unflexibel gegenüber Angebotschwankungen im Stromnetz sind. Wenn massiv in erneuerbare Energien und in Energieeinsparung investiert wird, können wir in zehn Jahren 50 Prozent des Stroms aus regenerativen Quellen beziehen. Weil die Angebotschwankungen zunehmen, müssen die Netze ausgebaut werden. Ein großer Teil der fossilen Kraftwerke sollten dann flexible Gaskraftwerke sein. Zusätzlich können schlaue Stromzähler den Verbrauchern anzeigen, wann der Strom reichlich vorhanden und preiswert und wann er knapp und teuer ist.

Gibt es gegen die Schwankungen beim Solar- und Windstrom nicht andere Mittel als den Netzausbau – zum Beispiel neuartige Speichersysteme?

Technisch machbar ist vieles. Für eine stabile Stromversorgung auf Basis von erneuerbaren Energien wäre es am kostengünstigsten, die Energie direkt bei den Verbrauchern zu produzieren. Weil regenerative Quellen aber meist nicht ständig in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen, muss Strom transportiert oder gespeichert werden. Speicherung ist bisher wesentlich teurer als der Transport über das Stromnetz. Der Umfang des notwendigen Netzausbaus kann zwar begrenzt werden: durch Verbrauchsreduzierung, Dezentralisierung, Bedarfssteuerung über „Smart Grids“ oder eben durch Speicherung. Verbesserte Netze sind aber auf jeden Fall notwendig.

Aus Berlin ist der Ruf nach Beschleunigungsgesetzen zu hören, um neue Hochspannungsleitungen auch gegen Anwohnerinteressen durchzusetzen ...

Die Genehmigung einer Stromleitung dauert heute zehn bis 15 Jahre. Das kann nicht so bleiben. Wenn die Antragsteller zur Veröffentlichung sämtlicher Planungsgrundlagen gezwungen werden, Erdkabel zumindest auch bei 110-kV-Leitungen Standard werden und die Öffentlichkeit frühzeitig beteiligt wird, kann ein Beschleunigungsgesetz für Anwohner und Stromkonzerne gleichermaßen hilfreich sein.

Sollte sich die Politik nicht besser auf das drastische Einsparen von Energie konzentrieren?

Einsparen ist immer die beste Lösung, aber wenn es den Menschen gut geht, verbrauchen sie auch Energie. Es ist bisher noch niemandem gelungen, die Menschen oder gar die Unternehmen dauerhaft und flächendeckend zum freiwilligen Sparen zu motivieren. Hohe Preise haben eine Steuerungswirkung, sind aber extrem unbeliebt. Wir brauchen Alternativen, mit „könnte“ oder „hätte“ kommen wir nicht weiter.

Brauchen wir auch Wüstensolarkraftwerke und Offshorewindparks oder führt das zu neuen Risiken und Abhängigkeiten?

Natürlich werden dadurch Abhängigkeiten erzeugt – die muss man aber gegen die Vorteile abwägen. Deutschland ist dicht besiedelt und unsere hochentwickelte Industrie braucht sehr viel Energie. Wenn sich das nicht ändert, müssen vermutlich zwischen fünf und 20 Prozent des Stroms aus solchen Erneuerbaren-Großkraftwerken kommen. Offshorewindkraft kann schon in den nächsten Jahren ausgebaut werden. Wüstenstrom wird erst einmal die lokale Bevölkerung versorgen. Bis ein europäisches Supergrid, das überschüssigen Solarstrom aus Nordafrika hertransportiert, Kostenvorteile gegenüber der Erschließung regionaler erneuerbarer Energiequellen bringen kann, werden noch mehrere Jahrzehnte vergehen.

Welche Rolle kann Biomasse in einem nachhaltigen Gesamtkonzept spielen?

Biomasse ist extrem wichtig. Sie lässt sich sehr gut speichern und leicht transportieren und kann immer zum Bedarfszeitpunkt vor Ort sein. Deshalb wird Biomasse gern als Lösung aller Energieprobleme gesehen. Das kann sie definitiv nicht leisten. Ihre

Nutzung muss sehr begrenzt bleiben und ständig auf Nachhaltigkeit überprüft werden.

In Deutschland und anderen Staaten dominieren wenige Großunternehmen den Markt und beeinflussen die Politik. Müssen die nicht erst zerschlagen oder verstaatlicht werden?

Wie bei Banken, so sollten auch im Energiebereich „systemrelevante“ Unternehmen vermieden werden, weil sie den fairen Wettbewerb stören. Alle netzgebundenen Wirtschaftszweige sind zwangsläufig mit Monopolen verbunden. So, wie die Übernahme der Versorgungsnetze durch die Kommunen positive Effekte haben kann, könnte auch eine Verstaatlichung der Übertragungsnetze sicherstellen, dass gesellschaftlich notwendige Versorgungsleistungen nicht in der Hand von Monopolunternehmen sind.

Wie können Naturschutzverbände den notwendigen Umbau voranbringen, und was können Einzelne tun?

Die Verbände sollten den Umbau der Energieversorgung weiter kritisch begleiten, ohne das große Ganze, den Klimaschutz, aus den Augen zu verlieren. Auf dem Weg zur CO₂-freien Stromversorgung werden noch viele Kompromisse nötig sein. Es geht darum, die bestmöglichen zu finden. Der Einzelne kann als Konsument quasi jeden Tag an die Wahlurne gehen, indem er privat und im eigenen Unternehmen die Stromversorgung auf Ökostrom von einem unabhängigen Anbieter umstellt – und natürlich sparsam damit umgeht.

[Interview: Matthias Bauer]

Dietrich von Tengg-Kobligk war Projektentwickler für Windenergie und arbeitet seit 2010 als Europabeauftragter für das Forum Umwelt und Entwicklung in Brüssel und Berlin.

Kontakt:
+32 (0)2 / 8930944,
E-Mail: eu@forumue.de,
www.forumue.de



(Dena) 3.600 Kilometer neue Leitungen benötigt, um mehr Ökostrom vor allem aus dem an Windkraft reichen Norden in den Süden Deutschlands zu verteilen.

Umweltverbände und einige Verbände der Erneuerbare-Energien-Branche sehen den Gesetzentwurf zum Netzausbau kritisch. Der NABU kritisierte, dass der von der Dena ermittelte Bedarf an neuen Leitungen nicht nachvollziehbar hergeleitet und begründet sei und die Dena deshalb auf ein zu hohes Ergebnis komme. Bestehende Trassen müssten leistungsfähigere Leitungen erhalten, damit sie mehr Strom transportieren könnten. Der Netzausbau werde nicht durch zu viel Naturschutz oder Bürgerbeteiligung behindert, so der NABU, sondern durch das mangelnde Interesse der Energiekonzerne (siehe auch Kommentar S. 16). [jgl, am]

- ▶ www.kurzlink.de/eckpunktenetzbmwi
- ▶ NABU, Energieexperte Carsten Wachholz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1617, Fax -3617, E-Mail: carsten.wachholz@nabu.de, www.nabu.de
- ▶ www.kurzlink.de/nabu-netzausbau-0311

CO₂-Speicherung

Neuer Gesetzentwurf

■ Das Bundeskabinett hat sich Mitte April erneut auf einen Gesetzentwurf zur CO₂-Abscheidung und Lagerung (CCS) geeinigt. Darin bleibt es jetzt den Bundesländern überlassen, auf ihrem Territorium sowohl Gebiete auszuweisen, in denen CCS-Erprobungsanlagen gebaut werden dürfen, als auch Gebiete, in denen das verboten ist. Bundesumweltminister Norbert Röttgen betonte, CCS-Anlagen sollten nicht gegen den Willen der Bevölkerung eingeführt werden.

Der Entwurf entspricht den Forderungen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins nach einer formalen Länderausstiegsklausel. Die brandenburgische Landesregierung lehnt dagegen den Entwurf ab. Regelungen zu CCS müssten national einheitlich gestaltet werden, sagte Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD). Eine „Lex Brandenburg“ werde man nicht ak-

zeptieren. Die drei Bundesländer kommen laut geologischen Untersuchungen vorrangig für CCS infrage.

Die Linksfraktion im Bundestag hatte Ende März einen Gesetzentwurf eingebracht, der CCS in Deutschland verbieten sollte. Die europäische CCS-Richtlinie von 2009, die die Bedingungen für die Abscheidung und Lagerung von CO₂ festlegt, gibt den Mitgliedstaaten explizit das Recht, CCS auf ihren Hoheitsgebieten teilweise oder generell zu untersagen. Auch Umweltverbände wie der BUND sind der Auffassung, diese Technik solle in Deutschland weder erprobt noch eingesetzt werden. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/bmu-pm-ccs
- ▶ www.kurzlink.de/ccs-vorschlag-linke
- ▶ www.bund.net (Presse – 13. April 2011)

Bioenergie

Von China und Indien lernen

■ Die Möglichkeiten kleiner, dezentraler Biogasanlagen sind in Deutschland noch lange nicht ausgeschöpft. Das erklärten Experten beim Kongress „Progress in Biogas II“ Ende März an der Universität Hohenheim in Stuttgart. 400 Fachleute aus 40 Ländern diskutierten dort über die Bioenergieproduktion aus organischen Abfällen und nachwachsenden Rohstoffen. Nach Ansicht der Fördergesellschaft nachhaltige Biogas- und Bioenergie-Nutzung (FnBB) besitzt Deutschland im internationalen Vergleich noch viel unerschlossenes Potenzial bei Abfällen und landwirtschaftlichen Reststoffen, während die Nutzung von Energiepflanzen in Biogasanlagen besonders weit fortgeschritten sei. In China und Indien werden dagegen laut FnBB vor allem Abfälle und Reststoffe in Millionen von kleinen Haushaltsanlagen eingesetzt. Dieses Potenzial müsse nun auch hierzulande mit kleinen, dezentralen Anlagen ohne viel Energieeinsatz und Transportaufwand voll erschlossen werden, forderte der Verband. [mb]

- ▶ www.progress-in-biogas.com
- ▶ FnBB: www.biogas-zentrum.de

Radioaktive Strahlung

Grenzwerte für Lebensmittel aus Japan verschärft

■ Nach anhaltenden Protesten hat die EU-Kommission die Grenzwerte für radioaktiv verstrahlte Nahrungs- und Futtermittel aus Japan verschärft. Der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit stimmte am 8. April dem Änderungsvorschlag der Kommission zu, der die EU-Obergrenzen für radioaktive Belastung den japanischen anpasst. Die neuen Werte gelten vorübergehend. Bis zum Sommer sollen Wissenschaftler prüfen, ob die Grenzwerte gerechtfertigt sind.

Die Kommission war in die Kritik geraten, weil sie Ende März eine Notverordnung in Kraft gesetzt hatte, die höhere Strahlengrenzwerte festlegt als die in Japan nach der Atomkatastrophe geltenden. Im Februar – noch vor dem Fukushima-Unglück – hatte das EU-Parlament über die Verordnung abgestimmt. Dabei hatte die Grünen-Fraktion den Verordnungsentwurf des EU-Ministerrats kritisiert: Die vorgesehenen Grenzwerte überstiegen zum Teil die Werte nach der Tschernobylkatastrophe.

Die Grünen bekräftigten nun ihre Kritik und forderten eine rasche Verschärfung der zulässigen Höchstwerte, die sich am Ziel des besten Schutzes insbesondere von Kindern orientieren solle. Außerdem müsse das Parlament voll am Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden. Wegen des Euratom-Vertrages hat es hier nur eine beratende Rolle, zuständig für die Rechtsvorschriften ist die Generaldirektion Energie der EU-Kommission. Die EU-Lebensmittelbehörde EFSA ist nach eigenen Angaben nicht an der Risikobewertung von Strahlenbelastungen beteiligt. [mbu]

- ▶ EU-Verordnung zu Lebensmittelimporten aus Japan: www.kurzlink.de/vo-eu-297-2011.pdf
- ▶ EU-Memo zu japanischen Lebensmittelimporten: www.kurzlink.de/japan-food-nuclear

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für
ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 158

Ökolandbau und Klimawandel

- **Energiegewinnung: Gut für's Klima: Bio-Biogas**
- **Klimaschutz durch kraftfutterreduzierte Fütterung**
- **Verarbeitung: Innovation für den Klimaschutz**

Themen in Heft 158

aus Forschung, Praxis und Beratung

Mästen statt Kastrierten: Hat die Ebermast Zukunft?

Lebensmittel: Schafft Transparenz mehr Vertrauen?

Besser gemeinsam: Solidarhöfe als neuer Weg

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 13,30 Euro) bei:
oekolandbau@oekom.de oder +49 / (0)89 / 54 41 84-25

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schweisfurth-Stiftung

Lebensmittelkennzeichnung

Klonfleisch nicht deklariert

■ In europäischen Supermärkten dürfen Fleisch und Milch von Nachfahren geklonter Tiere auch künftig ohne Kennzeichnung verkauft werden. Die EU-Verhandlungen über eine Kennzeichnungsregelung sind vorerst gescheitert. Das Europäische Parlament konnte sich Ende März nicht mit seiner Forderung nach einem Verbot und strikten Vorgaben für die Vermarktung von Klonfleisch durchsetzen. Die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission waren dagegen. Zwar werden in der EU geklonte Tiere derzeit nicht zu Lebensmitteln verarbeitet, aber Produkte von Klontiernachfahren könnten sich im Handel befinden. VerbraucherInnen können nicht erkennen, ob die Wurst oder der Käse, die sie kaufen wollen, von einem Klontier stammt.

Das Parlament und der Ministerrat machten sich gegenseitig für das Scheitern der Gespräche verantwortlich. Zahlreiche Europaabgeordnete kritisierten, dass keine Einigung zustande kam. „Offenbar wollen die Mitgliedstaaten, dass die Verbraucher Klonfleisch essen, ohne dies zu erfahren“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Peter Liese (CDU). Das Bundeswirtschaftsministerium habe einen Kompromiss blockiert. Die SPD-Gesundheitsexpertin Dagmar Roth-Behrendt nannte Klonen „überflüssig und ethisch nicht vertretbar“. Martin Häusling, der agrarpolitische Sprecher der Fraktion Grüne/EFA, warf den Mitgliedstaaten vor, nicht die Interessen der eigenen Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, die sich gegen das Klonen von Tieren aussprechen und Lebensmittel von Klontieren und deren Nachkommen ablehnten.

Die Klonfleischkennzeichnung war Teil einer umfassenden Richtlinie für neuartige Lebensmittel, zu denen alle Nahrungsmittel zählen, die seit Mitte der 90er-Jahre neu auf den Markt gekommen sind. Nun gilt die alte Novel-Food-Verordnung von 1997 weiter. Wann die Kommission einen neuen Gesetzentwurf vorlegt, ist unklar. [mbu]

► EU-Kommission zu neuartigen Lebensmitteln:
www.kurzlink.de/novelfood-eu-com

EU-Verbraucherschutz

Die meisten kennen ihre Rechte nicht

■ Nicht einmal die Hälfte der VerbraucherInnen in der EU hält sich für gut informiert und in ihren Rechten geschützt. Das hat eine Eurobarometer-Umfrage ergeben. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher verstehen demnach weder wichtige Informationen noch erkennen sie rechtswidrige Verkaufspraktiken. Auch die eigenen Rechte kennen die meisten offenbar nicht. So wussten die meisten Befragten nicht, dass sie innerhalb von 18 Monaten ein fehlerhaftes Produkt zurückgeben können und dieses repariert oder ersetzt oder das Geld zurückgezahlt werden muss. Für die Umfrage wurden im vergangenen Jahr über 56.000 VerbraucherInnen in der EU sowie Norwegen und Island befragt.

EU-Verbraucherkommissar John Dalli nannte das Umfrageergebnis besorgniserregend und kündigte Konsequenzen an. Viele Probleme könnten gelöst werden, wenn es mehr Stellen für alternative Streitbeilegung gäbe. Weitere Möglichkeiten zur Verbesserung der Verbraucherkompetenz sieht die EU-Kommission im Internet und bei den Medien. Laut Eurobarometer nutzen 38 Prozent das Netz, um Produkte zu vergleichen. Weniger gebildete und ältere Verbraucher kümmern sich aber seltener darum, ihre Rechte durchzusetzen, als andere.

Der Verbraucherzentrale-Bundesverband (VZBV) forderte eine Stärkung der kollektiven Verbraucherrechte. Damit rechtliche Schritte von Verbrauchern auch Aussicht auf Erfolg haben, muss nach Auffassung des VZBV die Verbandsklage weiterentwickelt werden. So müsse es wie in anderen Ländern auch in Deutschland bessere Möglichkeiten für Sammelklagen geben, um Ansprüche von Geschädigten leichter bündeln und vor Gericht durchsetzen zu können. [mbu]

► Eurobarometer Verbraucherschutz:
www.ec.europa.eu/public_opinion

► VZBV zu Sammelklagen in Deutschland und der EU:
www.vzbv.de/go/dokumente/993/37/103

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Bienensterben**Umstrittene Ursachen**

■ Umweltverbände haben die wissenschaftlichen Methoden des Deutschen Bienen-Monitoring-Projekts kritisiert, das die Ursachen des Bienensterbens in den vergangenen Jahren untersucht hat. Laut der Studie, die Ende März veröffentlicht wurde, sind hauptsächlich Viren, alternde Königinnen und die Schwächung der Bienenvölker im Herbst für deren Dezimierung verantwortlich. Um die wahren Ursachen des Bienensterbens aufdecken zu können, seien zu wenige Völker untersucht worden, monierten der BUND und der NABU. Zudem sei der Einsatz von Pestiziden auf Feldern in der Nähe der Bienenstöcke nicht beachtet worden. In der Zusammenfassung der Studie heißt es, durch Pestizidrückstände seien „keine Beeinträchtigungen zu beobachten“. Die Studie war von der Chemieindustrie mitfinanziert worden.

Anfang März hatte das UN-Umweltprogramm UNEP als eine Maßnahme gegen das Bienensterben gefordert, weniger Agrarchemikalien einzusetzen. [mbu]

- ▶ Studie: www.kurzlink.de/bienenmonitoring.pdf
- ▶ BUND: www.kurzlink.de/bund-bienensterben
- ▶ NABU: www.kurzlink.de/nabu-bienensterben

EU-Agrarreform**Agrarminister gegen Kürzungen bei Direkthilfen**

■ Die Mehrheit der europäischen Landwirtschaftsminister hat sich dafür ausgesprochen, die Beihilfen aus dem EU-Agrarbudget, dem größten EU-Haushaltsposten, uneingeschränkt weiter zu zahlen. Das ist das Ergebnis einer Abstimmung im Agrarrat im März. Sieben Mitgliedstaaten votierten gegen die Vorlage der ungarischen Ratspräsidentschaft zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2014.

Darin ist eine Umverteilung der Gelder zugunsten der osteuropäischen Staaten vorgesehen. Außerdem soll die Vergabe von Beihilfen an eine umweltfreundliche Bewirtschaftung gekoppelt sein. Unter anderem Deutschland wandte sich gegen „die Einführung einer Deckelung der Direkthilfen an große Einzelempfänger“. Das Bundeslandwirtschaftsministerium setzt sich damit für die volle Subventionierung der Agro-Großindustrie ein.

Für die EU-Kommission ist die Kürzung der Direktzahlungen ein zentrales Element der Agrarreform. Die Mitgliedstaaten wollen diese Zahlungen schrittweise reduzieren, wie es in den Schlussfolgerungen des Rates heißt. Im Grundsatz unterstützen die Länder auch die Stärkung der Umweltbeiträge der Landwirtschaft.

Nun ist das Europäische Parlament gefragt, das durch den Lissabon-Vertrag jetzt auch beim EU-Agrarbudget mitentscheiden darf. Anfang Mai diskutieren die Abgeordneten im Agrarausschuss den sogenannten Deß-Bericht (umwelt aktuell 04.2011, S. 17), im Juni folgt die erste Lesung im Parlamentsplenarium. [mbu]

- ▶ Schlussfolgerungen des Agrarministerrates: www.kurzlink.de/agri-conclusions.pdf
- ▶ Berichtsentwurf von Albert Deß: www.kurzlink.de/dessbericht-2011

Saatgut I**Sorge um Sortenvielfalt**

■ Im April haben in Brüssel erstmals die „Europäischen Saatgutaktionstage“ stattgefunden. Während einer Demonstration überreichte das Bündnis Saatgutkampagne mehr als 58.000 Unterschriften für „Saatgutsoveränität“ an EU-Abgeordnete. Außerdem fanden eine Saatguttauschbörse und Informationsveranstaltungen statt.

„Wir bestehen auf dem Recht, Saatgut aus eigener Ernte zu gewinnen, nachzubauen und weiterzugeben“, sagte Mitinitiator Jürgen Holzapfel, Landwirt aus Mecklenburg. Außerdem müssten ZüchterInnen biologischer Sorten unterstützt werden, um die regionale Sortenvielfalt zu fördern.

Das Bündnis verlangt auch ein neues Zulassungsverfahren, das Gentechniksaatgut ausschließt und die energieintensiven „Hochleistungssorten“ einschränkt. Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments Isabelle Durant forderte die Demonstranten auf, das „wichtige Thema“ der Saatgutsoveränität auf allen Ebenen und auch in den Heimatländern anzusprechen. [hmp, mb]

- ▶ www.saatgutkampagne.org
- ▶ www.kurzlink.de/saatgutaktionstage

Saatgut II**Milliarden für Monsanto**

■ Der weltgrößte Gentechnikkonzern Monsanto hat im zweiten Quartal seines Geschäftsjahrs 2010/2011 eine Milliarde Dollar Gewinn erzielt. Das berichtet die Initiative Corporate Watch, die die kriminellen Machenschaften des Konzerns beobachtet. Die Gewinnsteigerung wurde laut Corporate Watch durch eine höhere Nachfrage beim Saatgut erreicht. 90 Prozent der weltweit angebauten gentechnisch veränderten Pflanzen stammen von Monsanto. Zusammen mit Syngenta, DuPont und Limagrain kontrolliert Monsanto die Hälfte des internationalen Saatgutmarktes. Wie Corporate Watch kritisiert, kontrolliert der Konzern die Saatgutpreise und verhindert mit seinen Patentrechten, dass mit dem Saatgut weitergezüchtet werden kann. [mbu]

- ▶ Corporate Watch: Monsanto. A corporate profile. www.corporatewatch.org.uk/?lid=210

Koexistenz**Teure Agrotechnik**

■ Der Umweltverband Friends of the Earth Europe (FoEE) hat einen Bericht über die versteckten Kosten des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen veröffentlicht. Danach hat die sogenannte Koexistenz von konventionellen und ökologisch erzeugten Produkten auf der einen

und gentechnisch veränderten auf der anderen Seite einen hohen Preis, vor allem für diejenigen, die gentechnikfrei wirtschaften wollen. Laut dem FoEE-Bericht müssen allein die Hersteller die Kosten für die Reinhaltung ihrer herkömmlichen oder ökologischen Ware tragen. Weil sie dafür sehr viel Geld ausgeben müssen, steigen die Preise für ihre Lebensmittel.

Nach Angaben des EU-Forschungsprogramms Co-Extra, das über die Koexistenz und Rückverfolgbarkeit von konventionellen und genmodifizierten Produkten in der Lieferkette arbeitet, kann die Trennung von Genpflanzen und gentechnikfreiem Anbau die Produktionskosten um 13 Prozent in die Höhe treiben. FoEE geht davon aus, dass die wahren Ausgaben für Warentrennung, Überwachung und Probenahmen noch viel höher liegen.

Anlässlich der Diskussion über die Möglichkeit nationaler Anbauverbote in der EU fordert der Verband, auch die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Anbaus bei der Zulassung von Genpflanzen zu berücksichtigen. Gentechnikkonzerne müssten für Schäden durch Verunreinigungen mit ihren Produkten selbst aufkommen. [mbu]

- ▶ FoEE: www.kurzlink.de/gentechnikkosten-foe
- ▶ Co-Extra: www.coextra.eu/pdf/report1472.pdf

Gentechnikrisiken

US-Forscher warnt Europa

■ In einem Brief an Vertreter der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments hat ein angesehenen Wissenschaftler aus den USA vor den Folgen der Agrogentechnik gewarnt. Don Huber befürchtet einen „Kollaps der landwirtschaftlichen Infrastruktur“. Verantwortlich dafür sei ein neuer Organismus, der unter anderem Ernteausfälle bei Gensoja und Genmais verursacht habe. Tiere, die mit den Pflanzen gefüttert wurden, seien unfruchtbar geworden oder hätten Fehlgeburten gehabt, schreibt Huber. Der Professor für Pflanzenpathologie verweist in diesem Zusammenhang auf die Chemikalie Gly-

phosphat, die in dem Monsanto-Herbizid Roundup toxisch wirkt.

Einen ähnlichen Brief hatte Huber zuvor an US-Landwirtschaftsminister Tom Vilsack gerichtet und damit in den USA eine kontroverse Debatte über Gentechniksicherheit ausgelöst. [mbu]

- ▶ Bericht bei „Schrot & Korn“ und Link zum Brief: www.genfoodneindanke.de/wp/2011/04/12

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Natura 2000

Evaluierung der Finanzierung

■ Die EU-Kommission hat im März eine Studie zu den Erfolgen und Defiziten der Kofinanzierungsinstrumente für das europäische Schutzgebietsprogramm Natura 2000 veröffentlicht. Die vom Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP), dem WWF und der Agentur GHK Consulting erstellte Studie soll dazu beitragen, die Finanzierung von Natura 2000 im nächsten EU-Haushalt zu sichern und zu verbessern. Das soll unter anderem durch die Optimierung des integrierten Ansatzes zur Kofinanzierung von Natura 2000 geschehen, da dieser der Studie zufolge am effektivsten und politisch praktikabelsten ist. Ebenso wichtig sei eine abgestimmte Umsetzung in den Mitgliedstaaten durch nationale Natura-2000-Programme. Diese sollten eine Schlüsselrolle in der Finanzierung von Natura 2000 in der nächsten Finanzperiode spielen. Außerdem sollen laut Studie die Finanzierungsmöglichkeiten erweitert und die Transparenz der Vergabe verbessert werden.

Im Sommer will die Kommission eine Mitteilung zur Beurteilung des Finanzierungsansatzes von Natura 2000 veröffentlichen. Eine Mitteilung zu Verbesserungen bei LIFE+ für die Finanzperiode 2014 bis 2020 soll Ende des Jahres folgen. [bv]

- ▶ Studie (PDF, 2,6 MB): www.kurzlink.de/natura-finance-asses

Biosphärenreservate

Auenschutz in fünf Ländern

■ Die Auen- und Flusslandschaft entlang von Donau, Drau und Mur wird das weltweit erste Unesco-Biosphärenreservat, das über die Grenzen von fünf Ländern hinweg reicht. Im März unterzeichneten die Umweltminister der betroffenen Länder dazu eine Absichtserklärung. Gesichert werden soll ein insgesamt 800.00 Hektar großes Gebiet in Österreich, Kroatien, Ungarn, Serbien und Slowenien. Schon vor 15 Jahren entwickelten die Stiftungen Euronatur und WWF mit weiteren Partnern die Idee des grenzüberschreitenden Biosphärenreservats. Lange zogen jedoch die einzelnen Länder nicht mit und die Umsetzung verzögerte sich. Nun wurde mit der gemeinsamen Absichtserklärung der Weg für das Fünf-Länder-Reservat geebnet. [sg]

- ▶ Euronatur, Dr. Martin Schneider-Jacoby, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 927210, E-Mail: info@euronatur.org, www.euronatur.org

Grüne Infrastruktur

Grünbrücken genügen nicht

■ Die EU-Kommission hat im Rahmen ihrer Konsultation zur sogenannten grünen Infrastruktur eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um Empfehlungen zur Errichtung einer solchen Struktur in Europa zu entwickeln. Eine grüne Infrastruktur soll dazu beitragen, bestehende Naturgebiete wieder miteinander zu verbinden und die ökologische Qualität der Landschaft insgesamt zu erhöhen. Die bisherigen Arbeiten dazu in Europa befassen sich vor allem mit Großsäugern. Deren Wanderrouten seien zweifellos wichtig, so die Experten, für die Erhaltung der gesamten Artenvielfalt müssten jedoch weitere Basiselemente der Biodiversität wie etwa die Erhaltung bedrohter Flora und Insektenfauna in den Korridoren berücksichtigt werden. Die Flüsse, aquatischen Lebensräume und Moore sowie das breite Spektrum der Kulturlandschaft seien bisher zu wenig beachtet worden. Wichtig sei die Vernetzung der gesamten Artenvielfalt.

falt über Flusstäler und Feuchtgebiete mit größtmöglicher Dynamik in Kombination mit der Erhaltung der noch verbliebenen artenreichen Kulturlandschaft. Damit die grüne Infrastruktur ein wirksames Naturschutzinstrument wird, soll sie nach Ansicht der EU-Experten als mindestens gleichwertiges oder sogar übergeordnetes Planungsinstrument festgeschrieben werden. [bv]

- ▶ Donau-Umweltforum, Gerhard Nagl, Deggendorf (Niederbayern), Tel. +49 (0)991 / 3831609, E-Mail: gerhard.nagl@donaufluss.de
- ▶ Faktenblatt der EU-Kommission: www.kurzlink.de/gruene-infrastruktur

Jahr der Wälder

Kulturerbe und Holzlieferant

■ Deutschland hat im März mit einer Auftaktveranstaltung in Berlin offiziell das Internationale Jahr der Wälder 2011 eröffnet. Die bundesweiten Aktivitäten stehen unter dem Motto „Entdecken Sie unser Waldkulturerbe“. Koordiniert wird der deutsche Beitrag zum weltweiten UN-Jahr durch das Bundeslandwirtschaftsministerium, Schirmherr ist Bundespräsident Christian Wulff.

Der BUND forderte den Bundespräsidenten auf, sich stärker für den Schutz der Tropenwälder und den Erhalt von naturnahen Wäldern in Deutschland zu engagieren. So müsse das EU-Importverbot für illegales Holz endlich umgesetzt werden.

Die großen deutschen Naturschutzorganisationen hatten schon zu Jahresbeginn von der Bundesregierung die Abkehr von einer Politik der „maximalen Holzherzeugung“ verlangt. Der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR) Hubert Weinzierl forderte, den Entwurf zur neuen Waldstrategie 2020 „umfassend zu überarbeiten oder komplett zurückzuziehen“ (siehe auch den folgenden Beitrag). [bv, mb]

- ▶ Jahr der Wälder: www.wald2011.de
- ▶ BUND und DNR zum Jahr der Wälder: www.kurzlink.de/bund-jahrderwaelder
www.dnr.de/fts.php?criteria=jahr+der+wälder

Waldpolitik

Planlos in Richtung Strategie

■ Wie es mit der deutschen Waldstrategie (umwelt aktuell 04.2011, S. 2) weitergeht und wann mit einer Verabschiedung durch die Bundesregierung zu rechnen ist, bleibt offen. Das ist die Einschätzung der waldpolitischen Sprecherin der Grünen im Bundestag, Cornelia Behm. Der Bericht der Bundesregierung im März im Agrarausschuss zum Stand der Arbeiten an der Waldstrategie 2020 habe gezeigt, so Behm, dass der Erarbeitungsprozess offenbar gescheitert sei. Das Landwirtschaftsministerium wolle nun die Waldstrategie mit der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung abstimmen und dementsprechend auch am Ziel von fünf Prozent ungenutzten Wäldern festhalten, sagte die Abgeordnete. Das sei zu begrüßen, die Regierung müsse aber sicherstellen, dass für die Flächen des Naturwalderbes ein dauerhafter Nutzungsverzicht gelte. [bv]

- ▶ Cornelia Behm MdB, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 22771566, E-Mail: cornelia.behm@bundestag.de, www.cornelia-behm.de

Buchenwälder

Für neue Nationalparke

■ Greenpeace empfiehlt in einer im April veröffentlichten Studie, zehn neue Nationalparke in deutschen Buchenwäldern einzurichten. Die Studie nennt 34 deutsche Waldlandschaften als national bedeutende Schlüsselgebiete im Grundgerüst eines Verbundsystems und zur Grundsicherung des Bestandes. Die empfohlenen zehn nutzungsfreien Waldnationalparke sollten mit einer Mindestgröße von 5.000 Hektar die „Urwälder von morgen“ werden. In weiteren 16 Gebieten sollten Buchenwälder in Naturschutzgebieten mit großen nutzungsfreien Kernzonen von je 1.000 bis 5.000 Hektar unter Schutz gestellt werden. Weitere Maßnahmen zur Einrichtung eines Buchenwälder-Verbundes in insgesamt 75 Regionen in Deutschland seien nötig, um die Ziele der Nationalen Biodiversitäts-

strategie bis 2020 wenigstens teilweise zu erreichen.

Die zehn zu schützenden Gebiete liegen in den Regionen Nordschwarzwald, Pfälzer Wald, Spessart, Steigerwald, Ammergebirge, Stechlinsee, Taunus, Solling, Teutoburger Wald und Thüringer Wald. [bv]

- ▶ Studie (PDF, 16 S., 3,5 MB): www.kurzlink.de/studie-buchenwaelder

Agrarökologie

Feldvögel mögen Ökoäcker

■ Einer neuen Studie zufolge profitieren Feldvögel von ökologischer Landwirtschaft. Die Autoren untersuchten die Effekte unterschiedlicher Bewirtschaftungsmethoden auf Anzahl und Arten der Vögel im Winter in sechs europäischen Regionen. Die Häufigkeit und die Artenvielfalt der überwinterten Vögel war laut Studie auf ökologisch bewirtschafteten Flächen am größten, besonders in Gebieten, in denen 80 bis 99 Prozent der Fläche landwirtschaftlich genutzt werden. Mit steigender Bewirtschaftungsintensität nahmen Zahl und Artenreichtum der Vögel ab. Die Studie ergab, dass neben der Bewirtschaftung auch die Vegetationsbedeckung und die Heterogenität der Landschaft Einfluss auf Anzahl und Artenvielfalt der Überwinterungsgäste haben. Da die Effektivität der ökologischen Landwirtschaft und der Agrarumweltsysteme von der Landschaftsgestaltung abhängen, fordern die Autoren die Entwicklung von unterschiedlichen Agrarumweltmaßnahmen für unterschiedliche Landschaftstypen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/study-farming-birds

Vogelzählung

Brandgänse und Gartenvögel

■ Der Naturschutzbund ruft Urlauber und Bewohner der Wattenmeerküste und der Nordsee-Inseln auf, bis zum 31. Oktober Brandgänse zu zählen und die Er-

gebnisse zu melden. Die Bestände des für das Wattenmeer typischen Vogels haben in den letzten Jahren abgenommen und der NABU sucht jetzt nach den Ursachen.

Die Beobachtungen können online übermittelt oder mit Ort und Datum auf dem Meldebogen eingetragen und auf der bereits frankierten Zählkarte an den NABU geschickt werden. Im vergangenen Jahr meldeten Nordseebesucher mit fast 500 Einsendungen mehr als 24.000 Brandgänse. Um die Aussagekraft dieser ersten Ergebnisse zu untermauern, wird die Aktion in diesem Jahr fortgeführt. Auch plant der NABU für dieses Jahr weitergehende Forschungsvorhaben zur Brandgans.

Außerdem rufen der NABU und der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) dazu auf, vom 13. bis 15. Mai eine Stunde lang die Vögel im Garten, vom Balkon aus oder im Park zu zählen und für eine Auswertung zu melden. Die „Stunde der Gartenvögel“ findet bereits zum siebten Mal statt.

Beide Zählungen basieren auf dem Prinzip der Citizen Science, der Forschung für alle: Je mehr Menschen ihre Beobachtungen zusammentragen, desto aussagekräftiger ist das Ergebnis. Unter allen Einsendungen verlost der NABU Preise. [bv]

- ▶ www.nabu.de/brandgans
- ▶ www.stunde-der-gartenvoegel.de

Wildtierschutz

Zusammenleben mit Wölfen

■ Die Gregor-Louisoder-Umweltstiftung hat gemeinsam mit dem WWF im April einen „Leitfaden zum Leben mit Wölfen“ veröffentlicht. Derzeit gibt es bundesweit etwa 60 Wölfe, es könnten aber mehr werden, so der Leitfaden. Für den Natur- und Artenschutz sei die Rückkehr des Raubtieres ein Erfolg. In der Bevölkerung und besonders in touristischen Regionen gebe es dagegen noch Aufklärungsbedarf. Seit dem Mittelalter sei der Wolf als gefährliche Bestie verschrien, so der WWF, ein Zusammenleben müsse daher neu erlernt werden.

Ginge es nach dem Willen geschädigter Tierhalter aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, müsste der derzeit bestehende EU-weite Schutz des Wolfes aufgehoben werden. Sie sehen die Wiederansiedlung des Raubtieres als Gefahr für Viehzucht und Tierschutz.

Der Deutsche Jagdschutzverband forderte unterdessen eine gesetzliche Basis für die Bejagung der Wolfspopulation. Darauf reagierte der NABU Sachsen mit dem ironischen Vorschlag, auch die Banane ins sächsische Jagdrecht aufzunehmen, weil dies „genauso unsinnig“ sei. [sg]

- ▶ www.kurzlink.de/wwf-woelfe2011
- ▶ www.nabu-sachsen.de

STADT & REGION

Lokaler Klimaschutz

Fünf Kommunen erhalten Klima-Coaching

■ Unter mehr als einhundert Bewerbungen aus ganz Deutschland hat das Klima-Bündnis der europäischen Städte fünf Gemeinden ausgewählt, die eine professionelle Beratung für lokale Klimaschutzmaßnahmen bekommen. Seit Mitte März erhalten Allmersbach im Tal (Baden-Württemberg), Ehringshausen (Hessen), Lübben (Brandenburg), Timmendorfer Strand (Schleswig-Holstein) und Oer-Erkenschwick (Nordrhein-Westfalen) ein „Klima-Coaching“. Die Erfahrungen sollen anschließend veröffentlicht werden und Vorbild für vergleichbare Kommunen sein. Durchgeführt wird das Coaching-Projekt vom Klima-Bündnis gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe und dem Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) in Heidelberg. [jg]

- ▶ Klima-Bündnis, Energieexperte Carsten Kuhn, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 71713919, E-Mail: c.kuhn@klimabuendnis.org
- ▶ www.coaching-kommunaler-klimaschutz.de

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... »druckfrisch« über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/newsletter

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

Städtebauförderung

Kürzung bedroht Zusammenhalt

■ Dass der Bundeshaushalt im Bereich Stadtentwicklung noch weiter schrumpfen soll, kritisiert die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL). Bereits 2010 seien die Mittel für die Soziale Stadt gestrichen worden. Die nun vorgesehenen Kürzungen von 455 auf 266 Millionen Euro im Jahr 2012 verhinderten sogar Projekte, für die Kommunen und Länder bereits Verpflichtungen eingegangen seien. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) müsse daran denken, dass er auch für Stadtentwicklung zuständig sei, so die SRL. Es sei Ramsauers Pflicht, durch entsprechende Mittelzuweisungen die Verschärfung der sozialen Spannungen in den Städten zu bekämpfen. Mit der massiven Kürzung der Finanzen würden wichtige Maßnahmen der Stadtentwicklung zugunsten von Verkehrs Großprojekten geopfert.

Auch die SPD-Fraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, „im Haushalt 2012 die Städtebauförderung wieder auf das Niveau von 2010 aufzustocken, die Struktur der Förderprogramme zu erhalten und insbesondere das Programm Soziale Stadt mit seinem sozial-integrativen Ansatz in sozialen Brennpunkten fortzuführen“. [jg]

- ▶ SRL, Rainer Bohne, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27874680, www.srl.de/verteiler/PK-Sbf.pdf
- ▶ www.kurzlink.de/spd-pos-sozstadt

Energiepolitik

Kommunalverband für dezentrale Versorgung

■ Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hat die europäischen Regierungen aufgefordert, sich für eine Energieversorgung ohne Kernenergie einzusetzen. Stresstests für Atomkraftwerke dürften nicht nur freiwillig sein, es müsse einheitliche Standards geben. Für die na-

tional verbindlichen Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2020 habe es ebenfalls einen gemeinschaftlichen Beschluss gegeben. Die Schwerpunkte der europäischen Energiestrategie seien mit Energieeffizienz, Infrastruktur, Versorgungssicherheit und Technologiewandel „richtig gewählt“ worden. „Nur eine dezentrale Energieversorgung ist langfristig sinnvoll“, sagte VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck. Der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland erfordere einen zügigen Umbau hin zu dezentralen Strukturen mit Schwerpunkten in den Bereichen erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung. [jg]

- ▶ www.vku.de (Pressezentrum)

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tiertransporte

Acht Stunden sind genug

■ Europaabgeordnete verschiedener Fraktionen haben im April eine Beschränkung der Tiertransportzeiten auf maximal acht Stunden gefordert. Eine entsprechende Initiative der Abgeordneten finde bereits breite öffentliche Unterstützung, berichtete die Tageszeitung Taz. Mehr als 200.000 EuropäerInnen haben eine Petition im Internet unterzeichnet, in mehreren europäischen Städten fanden Demonstrationen statt.

Obwohl lebende Tiere immer länger und weiter durch Europa zum Schlachten transportiert würden, so der schwedische EU-Parlamentarier und Mitinitiator Carl Schlyter, äußere sich EU-Verbraucherkommissar John Dalli nicht einmal zu dem Thema. Dallis Vorgänger hätten noch Verbesserungen in Aussicht gestellt, aber nichts umgesetzt.

Die Initiative erhält auch Rückendeckung in einzelnen EU-Staaten. So forderte die Grünen-Fraktion im deutschen Bundestag in einem Antrag eine Beschränkung von Tiertransporten innerhalb Deutsch-

lands auf höchstens 200 Kilometer Entfernung und vier Stunden Dauer. Außerdem solle sich die Bundesregierung bei der EU für die Acht-Stunden-Regelung einsetzen. [mb]

- ▶ Initiative und Petition der EU-Abgeordneten: www.8hours.eu/warum_8hours
- ▶ Bundestagsantrag: www.kurzlink.de/drs-17/5491

Tierschutzpolitik

Mitgeschöpfe ohne Mehrheit

■ Die Fraktionen von SPD und Grünen im deutschen Bundestag haben Ende März Anträge zur Verbesserung des Tierschutzes zur Abstimmung gestellt. Die Grünen forderten ein Verbot des Schenkelbrandes bei Pferden, mehr finanzielle Unterstützung für Tierheime sowie ein Verbot von Wildtieren in Zirkussen. Die SPD forderte in ihrem Antrag ebenfalls mehr Unterstützung für Tierheime sowie eine Pflicht zur Kennzeichnung, Registrierung und Kastration von freilaufenden Katzen. Die Anträge wurden jedoch mit den Stimmen der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP zurückgewiesen. Dazu erklärte die Unionsfraktion, ein generelles Verbot von Wildtieren in Zirkussen komme einem „Berufsverbot“ gleich.

SPD und Grüne kritisierten die Ablehnung der Anträge. Die Koalition bremse alle Bemühungen zur Verbesserung des Tierschutzes aus, sagte der Tierschutzbeauftragte der SPD, Heinz Paula. Die Grünen sprachen von Ignoranz gegenüber Tieren.

Ebenfalls kritisch äußerte sich der Deutsche Tierschutzbund: „Der karitative, praktische Tierschutz wird auf diese Weise alleingelassen“, sagte der Präsident des Verbandes, Wolfgang Apel. „Das ist nicht mehr zumutbar – weder ideell noch finanziell.“ Der Schutz von Mitgeschöpfen dürfe nicht an parteitaktischen Überlegungen scheitern. [hmp]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 604960, www.tierschutzbund.de
- ▶ www.kurzlink.de/zirkusbetriebe-01

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Finanzpolitik

Umweltschädliche EU-Subventionen abschaffen

■ 91 europäische Organisationen haben Mitte März von der EU-Kommission gefordert, ihre Zusagen zur Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen einzulösen. In einem Schreiben an Kommissionspräsident José Manuel Barroso zeigten sich die Verbände besorgt, dass die Kommission noch keinen Fahrplan für den Subventionsabbau erarbeitet habe und damit ihr eigenes bisheriges Engagement sowie die Aufforderungen von EU-Parlament und Ministerrat ignoriere.

„Es ist widersinnig, dass heute immer noch öffentliche Mittel dafür aufgewendet werden, um die Zerstörung der Umwelt, von der wir alle abhängig sind, zu subventionieren“, sagte Giuseppe Notarbartolo Di Sciarra, Präsident der Artenschutzorganisation Tethys Research Institute. Auch die EU-Fischereireform und die Agrarreform würden offenbar ohne eine Analyse der ökologischen Auswirkungen der massiven EU-Subventionen in diesen Sektoren vorangetrieben.

Die EU-Kommission hatte sich im Jahr 2006 verpflichtet, bis 2008 einen Fahrplan zur Beendigung umweltschädlicher Subventionen vorzulegen. Auch die EU-2020-Strategie aus dem Jahr 2010 betont die Notwendigkeit, umweltschädliche Subventionen abzubauen. Hinzu kommen nach Angaben der Verbände internationale Verpflichtungen sowie Aufrufe mehrerer Parlamente von EU-Mitgliedstaaten.

Eine 2009 veröffentlichte Studie für die EU-Kommission listet Möglichkeiten auf, umweltschädliche Subventionen zu finden und zu bewerten. Die Ergebnisse fanden aber bisher keinen Eingang in offizielle Dokumente. [mb]

- ▶ www.kurzlink.de/brief-der-91
- ▶ Studie: Environmentally Harmful Subsidies, www.kurzlink.de/harmful-subsidies09

Soziale Bewegungen

Finance Watch will Finanzmärkte beobachten

■ Eine neue Nichtregierungsorganisation will künftig als kritische Stimme der Zivilgesellschaft in der Finanzpolitik auftreten. Gründungsmitglieder von „Finance Watch“ sind 30 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter die European Federation of Investors, der europäische Verbraucherdachverband BEUC, der Europäische Gewerkschaftsbund, Oxfam, die New Economics Foundation, Transparency International und das World Development Movement. Finance Watch wird zurzeit nach belgischem Recht als gemeinnützige Organisation gegründet. Die Gründungsgesellschafterversammlung soll im Juni in Brüssel stattfinden. Dabei sollen der Vorstand und ein Ethikausschuss gewählt sowie eine Arbeitsstruktur beschlossen werden. Bis zum Ende des Sommers soll Finance Watch arbeitsfähig sein. [jg]

- ▶ www.finance-watch.org

EU-Investitionspolitik

Attac fürchtet Angriffe auf Umwelt- und Sozialgesetze

■ Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat Bestrebungen der Europäischen Union kritisiert, transnationalen Konzernklagen gegen Umwelt- und Sozialgesetze souveräner Staaten zu ermöglichen. Zurzeit wird in Brüssel über die EU-Investitionspolitik verhandelt. Das EU-Parlament hat dazu Anfang April über einen Gesetzentwurf abgestimmt. Das Gesetz macht es nach Ansicht von Attac möglich, dass Investoren auf der Grundlage sogenannter Bilateraler Investitionsabkommen (BIT) vor internationalen Schiedsgerichten demokratisch legitimierte Gesetze mit Milliardenklagen aushebeln können, wenn sie ihre Gewinne bedroht sehen. BITs sind Abkommen zwischen zwei Staaten, die Regeln und Bedingungen für private Investitionen

festlegen. Attac kritisiert, dass in den BITs Pflichten für Investoren weitgehend ausgeschlossen sind. Die Abkommen enthielten in der Regel auch keine Standards zum Schutz von Umwelt und natürlichen Ressourcen oder der Arbeitsrechte. Im Falle von Konzernklagen würden die Verfahren meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden.

Attac sowie der BUND, die Naturfreunde und weitere Organisationen fordern, das intransparente Klagerecht von Investoren gegen Staaten gänzlich abzuschaffen und Sozial- und Umweltstandards gegenüber Konzerninteressen zu verteidigen. Ein entsprechender Aufruf kann noch von weiteren Verbänden unterstützt werden. [jg]

- ▶ www.attac.de (Presse – 6.04.11)
- ▶ Aufruf (PDF): www.kurzlink.de/aufruf
- ▶ Hintergrund: www.kurzlink.de/hintergrund-bit

Europarecht

EU-Amtsblatt künftig auch online rechtskräftig?

■ Die elektronische Ausgabe des Amtsblatts der Europäischen Union soll rechtsverbindlich werden. Das hat die EU-Kommission vorgeschlagen. So sollen Zeit und Geld gespart und für BürgerInnen und Wirtschaft mehr Rechtssicherheit geschaffen werden. Bisher ist im europäischen Recht nur das rechtlich bindend, was im gedruckten Amtsblatt steht. Alle EU-Mitgliedstaaten haben inzwischen Online-Ausgaben ihrer Gesetzesblätter, davon ist mehr als die Hälfte rechtsverbindlich. Damit der Vorschlag in Kraft treten kann, braucht er noch die Zustimmung von EU-Ministerrat und -Parlament.

Der Plan für ein Online-Amtsblatt gehört zu einer Initiative der Kommission, um eine zentrale Anlaufstelle für das gesamte EU-Recht zu schaffen. Dafür soll 2012 eine verbesserte Version des EUR-Lex-Portals ins Netz gestellt werden. [mbu]

- ▶ Webseite des Amts für Veröffentlichungen: www.publications.europa.eu

6. Umweltaktionsprogramm

Evaluierungsbeiträge online

■ Bis zum 8. April konnten sich Interessengruppen an einer Konsultation der EU-Kommission zur Abschlussequivaluierung des 6. Umweltaktionsprogramms (UAP) beteiligen. Die einzelnen Beiträge, darunter Stellungnahmen der Naturschutzverbände DNR und NABU, sind jetzt im Internet nachzulesen. Das 6. Umweltaktionsprogramm endet Mitte 2012. Derzeit läuft die Debatte, ob und in welcher Form es ein 7. UAP geben soll. Die Konsultation bildet zusammen mit dem aktuellen Umweltzustandsbericht der Europäischen Umweltagentur und der wissenschaftlichen Bewertung des 6. UAP durch das Ecologic-Institut (noch nicht veröffentlicht) die Grundlage für die kommissionseigene Abschlussbewertung des Programms.

Die vier Hauptthemen des 6. UAP waren Klimawandel, Naturschutz und Biodiversität, Umwelt und Gesundheit sowie natürliche Rohstoffe und Abfall. Außerdem sollte das 6. UAP dazu beitragen, Umweltbelange in alle EU-Politikmaßnahmen zu integrieren. Das Programm sah die Entwicklung von sieben sogenannten thematischen Strategien in den Bereichen Boden, Meeresschutz, Luft, städtische Umwelt, Abfall, Pestizide und natürliche Rohstoffe vor. Die Strategien sollten den Rahmen für politische Aktivitäten in den jeweiligen Bereichen bilden. [am, jg]

► www.ec.europa.eu/environment/newprg
(Results of the stakeholder consultation)

EU-Transparenzregeln

Nach Skandal neuer Verhaltenskodex in Arbeit

■ Das EU-Parlament hat im April eine neue Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit einem Verhaltenskodex für Abgeordnete und LobbyistInnen beschäftigt. Bis zum Juni sollen verschärfte Regeln in Kraft treten sowie Sanktionen für diejenigen, die sich nicht daran halten. Ein Transparenzre-

gister, das das bisherige freiwillige Registrieren von EU-Lobbyisten ablösen soll, war ohnehin geplant. Doch ein Skandal hat die Aktivitäten nun beschleunigt. Die britische Zeitung Sunday Times hatte im März mithilfe von Undercover-Journalisten aufgedeckt, dass drei Europaabgeordnete Bestechungsgelder akzeptierten, um sich im Gegenzug für Gesetzesänderungen einzusetzen. Es handelte sich um die früheren Außenminister Rumäniens und Sloweniens, Adrian Severin und Zoran Thaler, sowie den ehemaligen österreichischen Innenminister Ernst Strasser. Strasser ist inzwischen zurückgetreten. Die Journalisten hatten acht Monate recherchiert und konnten Beweisvideos vorlegen. [jg]

► www.thesundaytimes.co.uk
► www.derstandard.at/r6227

Gesellschaftsvertrag

Vorschläge für „Große Transformation“

■ Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat ein Gutachten erstellt, wie die Gesellschaft sich in den natürlichen Grenzen des Erdsystems entwickeln kann. Die „Große Transformation“ soll vorhandene technologische Potenziale für CO₂-armes Wirtschaften nutzen und Änderungen bei Infrastrukturen, Produktionsprozessen, Regulierungssystemen und Lebensstilen einleiten. Durch ein neues weltweites Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft soll eine Trendumkehr zu Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit zu erreichen.

Bei der Entwicklung von Klimaverträglichkeit – die nach Überzeugung des WBGU auch ohne Kernenergie möglich ist – haben sich die ForscherInnen besonders auf drei Transformationsfelder bezogen: Energie, Urbanisierung und Landnutzung. Hilfreich bei den notwendigen Veränderungsprozessen seien unter anderem das Vorsorgeprinzip, die politische Förderung von „Pionieren des Wandels“, ein gestalten-

der Staat und die verbindliche Kooperation der internationalen Staatengemeinschaft.

In seiner „Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger“ schlägt der WBGU außerdem zehn Maßnahmenbündel für den Klimaschutz vor und gibt Empfehlungen für Forschung und Bildung. Der fossil-nukleare Stoffwechsel der Industriegesellschaft habe keine Zukunft, schreibt der WBGU in seinem Fazit. Der Preis für die nachfolgenden Generationen werde immer höher, je länger die heutige an dieser stofflichen Grundlage festhalte. [jg]

► www.kurzlink.de/wbgu-transformation

Landespolitik

Für mehr Erneuerbare und neue Nationalparke

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat die siegreichen Parteien in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz aufgefordert, sich bei den Koalitionsverhandlungen auf Umweltpolitik zu konzentrieren.

In Baden-Württemberg sieht DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen Nachholbedarf bei der Stromerzeugung durch Windenergie. Diese sei von dem bisher atomfreundlichen Land stark vernachlässigt worden, sodass eine Steigerung von derzeit 0,9 auf 15 Prozent machbar sei. Bei der Ausweisung und dem Betrieb von Windanlagen müssten Naturschutzbelange beachtet werden. Darüber hinaus fordert der DNR, einen Nationalpark Nordschwarzwald einzurichten. Im Verkehrsbereich müsse die Erhaltung und Sanierung von Straßen Vorrang vor dem Neubau haben. (siehe auch Kommentar S. 26)

In Rheinland-Pfalz sollen die Regierungsparteien Nationalparke im Soonwald und im Pfälzerwald einrichten. Darüber hinaus erwartet der Dachverband ein Grünlandumbruchverbot. Die erneuerbaren Energien sollen mit klaren Zielvorgaben im Landesentwicklungsprogramm naturverträglich ausgebaut werden. Auf Großprojekte wie den geplanten Hochmoselübergang und die Mittelrheinbrücke soll ►

Wir können alles – auch Regierungen auswechseln!

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg erlebte die bisherige schwarz-gelbe Regierungsmehrheit Ende März eine herbe Niederlage. Es kommentiert Reiner Ehret vom Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg.

Nein, mit dem Hochdeutsch klappt´s auch bei vielen in den Natur- und Umweltschutzvereinen nicht: Ein wenig alemannisch oder schwäbisch mag auch das geklungen haben, was viele der Aktiven im Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) vor der Wahl zu sagen hatten. Für kühle oder gar coole Nordlichter klingt das immer ein wenig doof, zumindest aber niedlich, nicht ganz ernst zu nehmen. Dies sogar dann, wenn behauptet wurde: „Mir schaffet die Regierung ab!“

Am Abend des 27. März 2011 war es schließlich so weit: Die Regierung aus viel CDU und ein wenig FDP wurde ins Oppositionslager geschickt, also dorthin, wo 58 Jahre lang andere ein frustrierendes Dasein fristeten. Für uns, den Dachverband LNV, ein echtes Oho- und Aha-Erlebnis, für die Medien ebenso. Insbesondere für die FDP war es aber ein Waterloo im Südwesten, galt Baden-Württemberg doch als Stammland der Liberalen, eingedenk eines Theodor Heuss wohl gemerkt.

Die Freude über das hervorragende Ergebnis der Grünen – immerhin zweitstärkste Fraktion und noch vor der SPD – war auch die Freude all jener, die gerade im Mappus-Ländle den Atomausstieg vehement forderten und die keinen Luxusbahnhof im Stuttgarter Schlossgarten versenken wollten. Die immer größer werdenden Demos in der Schwabenmetropole und eine Kette zwischen dem AKW Neckarwestheim und dem Staatsministerium aus mehr als 60.000 Menschen hatten den schwarz-gelben Dauerregierern zwar ein paar Angstgefühle eingeflößt; so recht aber hatte keiner von ihnen mit der Abwahl gerechnet.

Wir hatten vor der Wahl von allen Parteien Positionsbestimmungen gefordert, unserem Auftrag folgend natürlich vor allem in den drängenden, meist unerledigten Feldern des Natur- und Umweltschutzes. Dabei stellten wir in der Beschreibung der Ziele eine große Einigkeit fest, aber völlig unterschiedliche Positionen bei der Beschreibung der konkreten Instrumente. Bei der FDP haperte es auch schon bei den Zielen. Wir wurden das Gefühl nicht los,

dass in dieser Partei erhebliche Informationsdefizite herrschen über den Zustand unserer Natur und auch des Umweltschutzes. Wir hatten uns bei unserer Abfrage auf jene Bereiche konzentriert, die in Baden-Württemberg hauptsächlich bearbeitet werden müssen: Flächenverbrauch, Arten- und Biotopschutz, Energieeffizienz, Bioenergie, Landwirtschaftspolitik und Gewässer.

Das Wahlergebnis bestätigt uns in unserer Einschätzung der aktuellen, aber auch künftigen Bedeutung von Wahrheit und Klarheit bei den Parteien: Offenbar wurden jene vom Wähler bestraft, die immer nur hehre Ziele postulieren, denen aber der Mut fehlt, diese Ziele konsequent anzustreben. Es genügt nicht zu betonen, man sei gut; man muss es durch Taten beweisen. Und eben diese Taten fehlten in der Politik der alten Regierung oft. Die „Infrastruktur“ wurde – sie war schon dünn genug – immer weiter ausgedünnt: Verwaltungsreformen mit der Verpflichtung zu einer sogenannten Effizienzrendite wurden durchgezogen. Dabei sollte die verlangte höhere Effizienz irrsinnigerweise dadurch erreicht werden, dass man Personal abgebaut hat. Das ist in etwa so, als würde ein Fabrikant, der mehr produzieren will, Maschinen verschrotten oder zumindest stilllegen!

Die neue Regierung mit einem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und dem Juniorpartner SPD hat in unserem wirtschaftlich so erfolgreichen Ländle ab sofort die Chance, den Beweis dafür anzutreten, dass es nicht bei hehren Zielen in Parteiprogrammen oder Koalitionsvereinbarungen bleibt. Wir sichern hiermit unsere kritische und konstruktive Mitwirkung zu.

Der Unternehmensberater Reiner Ehret ist Vorsitzender des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg. 34 LNV-Mitgliedsverbände des Dachverbandes vertreten rund 540.000 Einzelmitglieder.

Kontakt: Tel. +49 (0)7661 / 988828, E-Mail: reiner.ehret@freenet.de, www.lnv-bw.de

die neue Landesregierung verzichten und stattdessen den öffentlichen Personennahverkehr fördern. Nicht zuletzt müsse die rot-grüne Regierung den raschen Ausstieg aus der Atomenergie unterstützen, forderte der DNR. Andere Umweltverbände äußerten sich ähnlich. [jg]

► DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: sekretariat@dnr.de, www.dnr.de

VERKEHR & TOURISMUS

Verkehrsstrategie

EU will klimafreundlichen Verkehr, aber erst ab 2030

■ In ihrem neuen Weißbuch Verkehr schlägt die EU-Kommission eine umfassende Neuordnung des Verkehrssektors vor. Eines der Kernziele des Ende März veröffentlichten Strategiepapiers ist die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene und auf das Wasser. Bis 2050 soll mehr als die Hälfte des Straßengüterverkehrs auf Strecken über 300 Kilometer auf Bahn und Schiff verlagert werden. Ebenso will die Kommission den „Großteil der Personenbeförderung über mittlere Entfernungen“ auf die Schiene verlegen. Die Kosten für den entsprechenden Ausbau des europäischen Verkehrsnetzes schätzt die Kommission auf 550 Milliarden Euro.

Als weiteres Ziel nennt das Weißbuch, die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen um 60 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Nicht zuletzt soll dies auch die Ölabhängigkeit der EU verringern. Allerdings soll ein Großteil der Emissionen erst ab 2030 gesenkt werden. Bis dahin soll der CO₂-Ausstoß jährlich um ein Prozent und ab dem Jahr 2030 dann jährlich um fünf Prozent verringert werden. Der Naturschutzbund kritisierte diese Verschiebung der Emissionsreduktion in die Zukunft scharf. „Damit setzt die EU auf einen nicht absehbaren technischen Fort-

schritt, der wie durch Zauberei ab 2030 die Emissionen schlagartig verringert“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller.

Die Kommission schlägt in ihrem Strategiepapier auch Maßnahmen für den Umweltschutz im Stadtverkehr vor. Bis 2050 sollen in den Städten keine Autos mehr fahren, die mit konventionellem Kraftstoff betrieben werden. [ff]

(siehe ausführlichen Artikel S. 2)

► Weißbuch: www.kurzlink.de/com-2011-144.pdf

Straßennutzungsgebühr

Kompromiss zur Eurovignette wenig ökologisch

■ Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments hat im April dafür gestimmt, Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge zu erheben. Die Einrechnung der Umweltkosten soll aber freiwillig bleiben. Die Ausschussmitglieder bestanden auf der zweckgebundenen Ausgabe der Mauteinnahmen: Sie sollen ausschließlich in Verkehrsprojekte fließen, 15 Prozent davon in das transeuropäische Verkehrsnetz TEN-V.

Zwar sieht die Eurovignettenrichtlinie künftig vor, die sogenannten externen Kosten für Umweltverschmutzung und Lärmbelastung in die Maut einzurechnen. Es soll aber den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, ob sie dies tun oder nicht. Die Grünen im EU-Parlament kritisierten die vorgeschlagenen Maßnahmen als „viel zu weich“. Nach Ansicht der verkehrspolitischen Sprecher der Grünen-Fraktion Eva Lichtenberger und Michael Cramer hat sich der Ministerrat durchgesetzt, der die Interessen der Transportwirtschaft höher bewerte als die Reduzierung der Umweltbelastungen.

Der europäische Umwelt- und Verkehrsverband T&E monierte die zahlreichen Schlupflöcher, die der Richtlinienentwurf bietet, wie etwa die Ausnahmeregelungen für Lkws unter zwölf Tonnen. Über den Richtlinienentwurf verhandeln

nun zunächst die EU-Verkehrsminister. Im Juni stimmt dann das Parlamentsplenium über die Richtlinie ab. [mbu]

- Mitteilung des EU-Parlaments: www.kurzlink.de/eurovignette-parl-04
- T&E zur Eurovignetten-Abstimmung: www.kurzlink.de/t-e-eurovignette04
- Grüne im Europaparlament: www.greens-efa.org

Eurobarometer

Viele wollen umweltfreundlicher fahren

■ Wie eine repräsentative Umfrage zeigt, wünschen sich viele EuropäerInnen umweltfreundlichere Fortbewegungsarten. Wenn die Bedingungen stimmen, sind auch Autonutzer zu Kompromissen bereit.

Gut die Hälfte aller Befragten würde öfter auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, wenn das Ticket für alle Verkehrsträger gilt. Ein Viertel würde dies aber auch dann nicht tun. Als Gründe für das Auto als Hauptverkehrsmittel sagten über 70 Prozent der Autonutzer, es sei bequemer. Zwei Drittel kritisierten die geringe Taktfrequenz beim öffentlichen Verkehr, die Hälfte der Befragten fand ihn zu teuer.

Gut zwei Drittel der BürgerInnen würden auch langsamere Autos fahren, um weniger Emissionen zu verursachen. Ähnlich viele würden aus Umweltschutzgründen Kompromisse bei der Größe des Wagens oder der mit einer Kraftstofffüllung möglichen Reichweite machen.

Hauptfortbewegungsart der meisten Europäer ist Autofahren (53 Prozent). 22 Prozent nutzen hauptsächlich öffentliche Verkehrsmittel, 13 Prozent laufen. Sieben Prozent fahren überwiegend Fahrrad und zwei Prozent nutzen Motorräder. Frauen fahren im Vergleich zu Männern weniger Auto (47:59 Prozent), laufen mehr (16:9 Prozent) und nutzen mehr öffentliche Verkehrsmittel (25:16 Prozent). [jg]

- Eurobarometer Zukunft des Verkehrs: www.kurzlink.de/eurobarometer-verkeh

Das eigene Auto war gestern

Viele Deutsche schwenken um. Das Auto als Allerheiligstes ist passé. Gerade die junge urbane Bevölkerung nutzt in fröhlichem Wechsel Carsharing, Bike-on-Demand und Mitfahrbörsen, um voranzukommen. Intime Kenntnisse zu Vergaser und Zylinderkopf verlieren damit ebenso ihren Reiz wie das neueste Technikhighlight deutscher Autoschmieden. Michael Adler spürt dem Trend zukünftiger Fortbewegung nach und zeigt, wie aus dem Lifestyle junger Großstädter(innen) eine umweltverträgliche Mobilität für alle werden kann.

M. Adler

Generation Mietwagen

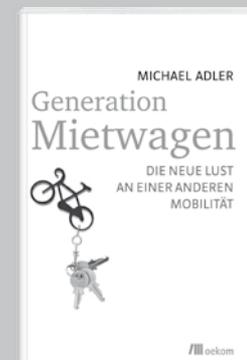
Die neue Lust an einer anderen Mobilität

120 Seiten, Klappenbroschur, 12,95 EUR
ISBN 978-3-86581-238-4



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



WASSER & MEERE

Offshore-Förderung I**BP bald zurück im Golf?**

■ Weniger als ein Jahr nach der Explosion der Ölplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko will BP wieder in der Region Öl fördern. Anfang April berichtete die New York Times unter Berufung auf BP-interne Quellen, die US-Regierung habe die Wiederinbetriebnahme der BP-Ölplattformen für Juni genehmigt. US-Innenminister Ken Salazar dementierte die Aussagen über die Genehmigung, wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtete. Ein solches Übereinkommen mit BP gebe es nicht und werde es auch nicht geben, so Salazar. BP müsse die gleiche Genehmigungsprozedur wie andere Ölkonzerne durchlaufen.

Mitte April wurde BP der Negativpreis „Black Planet“ der Stiftung Ethecon überreicht (siehe S. 32). [am]

- ▶ www.reuters.com/article/2011/04/04
- ▶ www.ethecon.org/de/1314

Offshore-Förderung II**Fragen zu Offshore-Förderung**

■ Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Internetkonsultation zur Sicherheit und zum Schutz der Gesundheit und Umwelt bei der Offshore-Förderung und Produktion von Öl und Gas geschaltet. Bis zum 11. Mai können Interessenvertreter auf die Fragen zu einer im Oktober veröffentlichten Mitteilung der Kommission über die Sicherheit von Erdöl- und Erdgasaktivitäten in den Meeren antworten. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in den weiteren Politikprozess einfließen. Die EU will mithilfe besserer Sicherheitsregeln Katastrophen wie Deepwater Horizon verhindern. Ende März debattierte der Industriausschuss des Europäischen Parlaments das Thema und einen dementsprechenden Bericht. Der Berichtsentwurf der konservativen

britischen Abgeordneten Vicky Ford setzt sich dafür ein, dass die überarbeitete EU-Gesetzgebung zur Offshore-Förderung von Öl und Gas keinen erhöhten Verwaltungsaufwand für die Industrie nach sich zieht. Während der Kommissionsvorschlag darauf abzielt, dass die europäischen Sicherheitsregeln weltweit gelten sollen, hält die Berichterstatterin diesen Vorschlag aus verwaltungstechnischen Gründen für nicht realisierbar. [bv]

- ▶ Berichtsentwurf: www.kurzlink.de/entwurf
- ▶ Konsultation: www.kurzlink.de/kons
- ▶ Mitteilung der EU-Kommission: www.kurzlink.de/kommit

EU-Fischereipolitik**Kunden wollen fairen Fisch**

■ Eine große Mehrheit der EU-BürgerInnen will Fisch aus nachhaltigen und nicht überfischten Beständen. Das hat Mitte April eine repräsentative Umfrage im Auftrag des WWF ergeben. Demnach wollen 88 Prozent der EuropäerInnen und neun von zehn Deutschen, dass der Fisch im Supermarkt aus nachhaltigen Quellen stammt. Der WWF wertete das Umfrageergebnis als Auftrag für die EU-Institutionen, die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik so ehrgeizig wie möglich zu gestalten. Außerdem ergab die Umfrage, dass die Herkunft von Fischereiprodukten oftmals unzureichend gekennzeichnet ist. [am]

- ▶ www.wwf.de (Presse – 12.04.11)

Maritime Raumordnung**EU sucht Beiträge zum Küstenzonenmanagement**

■ Die Europäische Kommission hat bis zum 20. Mai eine öffentliche Konsultation zu den Optionen für künftige EU-Maßnahmen zur maritimen Raumordnung und zum integrierten Küstenzonenmanagement geschaltet. Interessenvertreter

können im Internet Stellung nehmen. Die Kommission will bis Ende 2011 entscheiden, ob sie EU-Maßnahmen für diese Bereiche vorschlagen wird.

Die EU hat Mitgliedstaaten mit Meerzugang empfohlen, durch integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) umfassende Strategien für eine nachhaltige Entwicklung ihrer Küstengebiete zu entwickeln. Im September 2010 hatte die EU ein internationales Protokoll verabschiedet, um den Druck auf den Mittelmeerraum zu verringern. [bv]

- ▶ Konsultation: www.kurzlink.de/konsraum
- ▶ EU-Kommission zu IKZM: www.kurzlink.de/komkuest
- ▶ EU-Kommission zur maritimen Raumordnung: www.kurzlink.de/komraum

Ostsee**Helcom-Fortschrittsbericht**

■ Die Kommission für den Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum, Helcom, hat auf ihrer Jahreskonferenz Anfang März in Helsinki einen Überblick über den Stand der Umsetzung des Ostseeaktionsplans gegeben, der die Verschmutzung des Binnenmeeres radikal reduzieren soll. Ein von den Helcom-Staaten verabschiedetes Dokument benennt sogenannte prioritäre Bereiche, um den Prozess zu vereinfachen. Alle Ostseeanrainer hätten nationale Umsetzungsprogramme für die Ziele des Ostseeaktionsplans erarbeitet. Viele Anrainer hätten Anstrengungen wie eine bessere Klärung von Abwässern unternommen, um den Eintrag von Schadstoffen in die Ostsee – auch aus diffusen Quellen wie der Landwirtschaft – zu reduzieren. Viele Länder hätten auch schon Phosphate in Waschmitteln verboten. Auch würden die Schutzgebiete inzwischen über zehn Prozent der Ostsee fläche ausmachen, so der Helcom-Bericht. Die Pläne für eine bessere Kontrolle von Stickoxiden (NO_x) aus Schiffen wurden verschoben, da keine Einigung erzielt werden konnte. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/pmhelcom

Umsetzung von EU-Umweltpolitik

Kommission will besseren Wasser- und Meeresschutz

■ Die EU-Kommission hat Anfang April vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen Belgien, Dänemark, Griechenland und Portugal eingereicht, weil sie es versäumten, bis 2009 Bewirtschaftungspläne für ihre Flusseinzugsgebiete vorzulegen. Damit haben die Staaten gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie verstoßen. Bewirtschaftungspläne sollen dazu beitragen, dass europäische Gewässer bis 2015 einen guten ökologischen und chemischen Zustand erreichen. Während die Veröffentlichung der Pläne in Dänemark kurz bevorsteht, können Belgien und Griechenland ihre Bewirtschaftungspläne wahrscheinlich erst Ende 2011 und 2012 veröffentlichen. Wann das Anhörungsverfahren in Portugal beendet ist und die Pläne fertiggestellt werden können, ist noch nicht absehbar.

Außerdem hat die Kommission Irland und Frankreich in einer Stellungnahme aufgefordert, ihren Verpflichtungen aus der Meeresrahmenrichtlinie nachzukommen und koordinierte Strategien zum Schutz ihrer Meere zu erarbeiten. Das hätte eigentlich bis Juli 2010 geschehen sollen. Ziel der Richtlinie ist ein guter Umweltzustand aller europäischen Meere bis 2020. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/komgew
- ▶ www.kurzlink.de/kommeer

EU-Wasserpolitik

Integrieren statt ignorieren

■ In einer Rede vor dem informellen Umweltministerrat im ungarischen Gödöllő hat EU-Umweltkommissar Janez Potočnik im März die Inhalte des für 2012 angekündigten Plans zur Rettung der europäischen Wasserressourcen vorgestellt. Der Plan mit dem Titel „Blue Print for Safeguarding European Waters“ soll die europäische Wasserpolitik bewerten und neu ausrichten. Er soll sich dabei auf die bessere Integration von Wasserbelangen in andere EU-Politik-

bereiche wie die Gemeinsame Agrarpolitik konzentrieren. Außerdem soll der Plan die Wasserknappheit und die Dürrepolitik in der EU behandeln. Eine Überprüfung der Wasserrahmenrichtlinie war ebenfalls vorgesehen. Der Entwurf sieht jedoch keine größere Überarbeitung der Richtlinie vor.

Potočnik zufolge wird der Plan zum europäischen Wasserschutz auch darüber Auskunft geben, ob EU-weite Wassereffizienzstandards nötig sind. Einige Länder sprachen sich bereits auf dem Treffen gegen solche verbindlichen Standards aus. In einem Bericht hatte die Kommission kurz zuvor gewarnt, dass Wasserknappheit immer mehr zu einem gesamteuropäischen Problem werde. Der Bericht stellt fest, dass die EU-Mitgliedstaaten die Empfehlungen einer Kommissionsmitteilung von 2007 zur Verbesserung der Wassereffizienz weitgehend ignoriert haben. [fl, bv]

- ▶ Rede Potočnik: www.kurzlink.de/redepot
- ▶ Vorausschau EU-Wasserpolitik ab 2011: www.kurzlink.de/vorwasser
- ▶ Informeller Umweltministerrat, Pressekonferenz: www.kurzlink.de/konfinfrat

Donau

Mobilisierung gegen Ausbau

■ „Die Donau als europäische Lebensader schützen!“ – Das forderten Mitte März Politiker und Vertreter von Umweltverbänden und Initiativen von der europäischen bis zur regionalen Ebene bei einem Informationsaustausch in Regensburg.

Das Danube Environmental Forum (DEF) kritisierte, dass an der Donau und ihren Nebenflüssen zahlreiche neue Staudämme und Kanalisierungen für Wasserkraftwerke und Binnenschifffahrt geplant seien. Das gefährde auch die letzten unverbauten Flussabschnitte und ihren Artenreichtum. Es sei wichtig, die Ausbauorientierung der EU-Donaustrategie zu korrigieren und den Schutz der Donau in den Mittelpunkt zu stellen. Auch weitere Vertreter von Umweltverbänden sowie Politiker forderten, die Milliarden, die im Rahmen der Donaustrategie mobilisiert

werden sollen, für umweltverträglichere Nutzungen zu verwenden. Ausbaukonzepte für die Wasserkraft sollten im Sinne des Naturschutzes überdacht und die Binnenschifffahrt den Flüssen angepasst werden. Für den Fall eines forcierten Ausbaus kündigten SPD und Grüne Proteste nach dem Vorbild von Stuttgart 21 an.

Der EU-Ministerrat für Allgemeine Angelegenheiten hat die im Dezember von der Kommission veröffentlichte Donaustrategie unterdessen gebilligt. Die Mitgliedstaaten stimmten den Hauptprinzipien der Strategie zu, die das Wirtschaftspotenzial der Region erschließen und gleichzeitig die Umweltbedingungen verbessern sollen. Die abschließende Bewilligung der Strategie soll im Juni erfolgen. Im kommenden Jahr will die Kommission die Umsetzung der Donaustrategie überprüfen. [jgl, sg]

- ▶ DEF, Gerhard Nagl, München, Tel. +49 (0)89 / 548298-63, Fax -18, E-Mail: gerhard.nagl@donaufluss.de, www.def.org.hu
- ▶ www.kurzlink.de/pm-rat-donau-13411
- ▶ www.kurzlink.de/eu-danube-strategy

Süßwasser-Aquakulturen

EU-Minister für Subventionen

■ Die Mehrheit der EU-Landwirtschafts- und Fischereiminister hat bei einem Treffen Mitte April in Brüssel für eine Resolution von fünf Mitgliedstaaten ohne Meereszugang zur Binnenschifffahrt gestimmt. Darin sprechen sich Tschechien, Österreich, die Slowakei, Luxemburg und Ungarn dafür aus, Süßwasser-Aquakulturen mit EU-Geldern zu unterstützen und die Interessen der landumschlossenen Mitgliedstaaten am Ausbau der Aquakultur stärker zu berücksichtigen. Binnenschifffahrt könne eine wichtige Rolle für die ländliche Entwicklung spielen und die Artenvielfalt verbessern. Süßwasserfisch müsse daher besser vermarktet werden, um die bedrohten Meeresfischbestände zu entlasten. [am]

- ▶ Resolution: www.kurzlink.de/st08081-en11.pdf
- ▶ Ergebnisse des Ministerrats: www.kurzlink.de/agricult-121551.pdf

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Ressourcenverwaltung

Gemeinsam effizienter

■ Die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom hat einen effizienteren Umgang mit begrenzten Ressourcen wie Wäldern und Wasser gefordert. Die Güter könnten gemeinschaftlich genutzt werden, sagte Ostrom im April der Financial Times Deutschland. Gemeinschaftliche Nutzung nach selbst aufgestellten Regeln könne Ressourcen davor bewahren, zerstört zu werden, was bei privater Nutzung, aber auch bei staatlichen Nutzungsverböten häufig der Fall sei. Auch globale Probleme wie die Überfischung oder der Klimawandel sind nach Ansicht von Ostrom lösbar, wenn die Menschen sich nicht nur auf Markt oder Staat verlassen.

Bereits seit Jahrhunderten würden Gemeingüter von kleineren Gemeinschaften erfolgreich selbst verwaltet und nachhaltig genutzt, sagte Ostrom. Politik und Wissenschaft seien der Meinung, Ressourcennutzung funktioniere nur zentral geplant. Das sei aber ein Irrglaube. Die US-amerikanische Ökonomin forderte ein demokratisches Umfeld, das die Menschen anregen müsse, miteinander zu kom-

munizieren und „Verantwortung dafür zu übernehmen, was vor der eigenen Haustür passiert.“

Ostrom erhielt 2009 als erste Frau den Wirtschaftsnobelpreis, weil sie herausgefunden hatte, wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzern erfolgreich verwaltet werden kann. [sg]

- ▶ www.kurzlink.de/ostrom-interview
- ▶ www.de.wikipedia.org/wiki/Elinor_Ostrom

Kleine und mittlere Unternehmen**Ressourcenknappheit kurbelt Öko-Innovationen an**

■ Drei von vier europäischen Unternehmen haben in den letzten fünf Jahren mehr Geld für Material aufwenden müssen. Doch mit Investitionen in umweltfreundliche Technologien und Konzepte lässt sich die Materialeffizienz erheblich steigern. Das sind Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage unter kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vom April. 90 Prozent der Unternehmen rechnen außerdem mit weiteren Preissteigerungen wegen knapper werdender Ressourcen. Die Umfrage war von der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission in Auftrag gegeben worden.

Mit Hilfe des Eurobarometers wollte die Kommission herausfinden, wie die KMU zu Öko-Innovationen stehen, was die Umstellung behindert und welche Anreize helfen könnten.

Mehr als die Hälfte der befragten KMU hat laut Umfrage in den vergangenen fünf Jahren wegen der Preissteigerungen bei Rohstoffen und Energie Maßnahmen zur Verbesserung der Materialeffizienz ergriffen. In der Land- und Wasserwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe wird vor allem auf innovative ökologische Verfahren umgestellt. Bauunternehmen investieren hauptsächlich in „grüne“ Produkte und Dienstleistungen, während Lebensmittelhersteller sich auf Verbesserungen bei der Unternehmensorganisation konzentrieren.

Immerhin 40 Prozent der Unternehmen konnten mit zusätzlichen Investitionen in Öko-Innovationen ein Fünftel an Material einsparen. Insgesamt sei das aber zu wenig, um Ressourceneffizienz und -sicherheit zu erhöhen, befand die EU-Kommission.

Haupt Hindernisse für mehr Engagement sind dem Eurobarometer zufolge wirtschaftliche und finanzielle Zwänge sowie die Unsicherheit, ob die Nachfrage nach den Produkten groß genug sei. Über 70 Prozent der KMU betonen, dass verlässliche Geschäftspartner und ein leichter Zugang zu Informationen und Wissen einschließlich geeigneter Dienste zur



Glück ist mehr als Geld

Was macht das BIP? Hängt von diesem Kürzel wirklich unser Glück ab? Das Bruttoinlandsprodukt gilt als heilige Kuh der Ökonomie und als Indikator für politischen Erfolg. Dabei ist es blind für vieles, was unser Leben bereichert: gesunde Umwelt, ehrenamtliche Leistungen oder gelungene medizinische Versorgung. Die Autoren erteilen dem BIP eine strikte Absage und erläutern, warum wir Wohlstand anders messen müssen. Ihr Wohlfahrtsindex berücksichtigt soziale und ökologische Aspekte – weil ein gelungenes Leben mehr ist als viel Geld.

H. Diefenbacher, R. Zieschank

Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt
Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt

112 Seiten, Klappenbroschur, 12,95 EUR, ISBN 978-3-86581-215-5
Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de



Die guten Seiten der Zukunft 

Technologieunterstützung für die Weiterentwicklung von ökologischen Produkten und Dienstleistungen unerlässlich seien. Zudem müssten staatliche Stellen unterstützend tätig sein.

Die EU-Kommission will im Sommer einen Aktionsplan für Öko-Innovationen vorlegen. Auch der Fahrplan für Ressourceneffizienz (resource efficiency road-map) soll voraussichtlich im Juli veröffentlicht werden. [jg]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/11/337)

Ressourceneffizienz im Haushalt

Mehrheiten für die Kreislaufwirtschaft

■ Eine große Mehrheit der europäischen BürgerInnen meint, Europa könne die natürlichen Ressourcen effizienter nutzen. 87 Prozent sprachen sich bei einer repräsentativen Eurobarometer-Umfrage im März dafür aus.

Während etwas mehr als die Hälfte der EuropäerInnen findet, dass ihr Haushalt nicht zu viel Abfall produziert, gaben immerhin 41 Prozent das Gegenteil an. Besonders die Befragten aus Zypern, Spanien und Österreich glauben, zu viel Hausmüll zu produzieren. Fast 90 Prozent gaben an, zumindest teilweise ihre Abfälle zum Recyceln oder Kompostieren zu trennen. Auf die Frage, welche Maßnahmen überzeugend sein könnten, um mehr Abfälle zu trennen, nannte der Großteil (76 Prozent) der EU-BürgerInnen mehr und bessere Sammelstellen für recycel- und kompostierbare Abfälle. 39 Prozent gaben an, sich von steuerlichen Abgaben motivieren zu lassen. In fast allen EU-Ländern stimmten die Befragten darin überein, dass ein besseres Müllentsorgungssystem in ihren Gemeinden nötig sei, um die Abfallverwaltung zu verbessern – Griechenland liegt hier mit 93 Prozent an der Spitze.

75 Prozent der Befragten würden einen Betrag abhängig von der Menge ihrer Abfälle zahlen (zum Beispiel im Produktpreis inbegriffen), um das Entsorgungssystem

zu verbessern – zumindest sei ihnen dies lieber, als durch Steuern für die Abfallverwaltung zu zahlen.

EU-weit sagte eine Mehrheit, dass höchstens 15 Prozent ihrer gekauften Lebensmittel entsorgt werden. Was ihnen helfen würde, noch weniger Nahrung zu verschwenden, seien bessere Einschätzungsmöglichkeiten bei Portionsgrößen sowie genauere Informationen auf den Lebensmittelverpackungen, etwa beim Haltbarkeitsdatum. Einige EU-BürgerInnen wünschten sich auch, Lebensmittel in kleineren Mengen einkaufen zu können. Für eine große Mehrheit der Befragten spielt es für den Kauf eines Produktes eine Rolle, was dieses für ökologische Eigenschaften hat, ob es beispielsweise wiederverwend- oder recycelbar ist. Besonders für die BürgerInnen in Italien, Griechenland, Österreich, Zypern und Portugal ist dies sehr wichtig. Fast 70 Prozent aller Befragten zeigten die Bereitschaft, bestimmte Produkte wie Möbel, elektronische Geräte oder Textilien gebraucht zu kaufen. Besonders in den skandinavischen Ländern ist dies sehr ausgeprägt.

Diejenigen, die skeptisch gegenüber Second-Hand-Waren sind, gaben als Gründe dafür an, sie zweifelten an der Qualität der Produkte und sorgten sich um ihre Gesundheit und Sicherheit.

Die Bereitschaft, Produkte aus recycelten Materialien zu kaufen, ist hingegen EU-weit groß: 86 Prozent bejahten eine entsprechende Frage. [sg]

► www.kurzlink.de/eurobarometer316

Ressourceneffizienz in Deutschland

Konsultation zum Programm

■ Zurzeit erarbeitet das Bundesumweltministerium (BMU) das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes), das im November vom Kabinett beschlossen werden soll. Das „Programm zur Schonung natürlicher Ressourcen in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ konzentriert sich auf die abiotischen, nichtenergetischen Rohstoffe, also Erze und daraus

gewonnene Metalle sowie Industrie- und Baumineralien. Entsprechende Gesetzgebungen für energetische Rohstoffe, biotische Rohstoffe, Wasser und Flächen sollen folgen.

Interessenvertreter und Verbände können noch bis zum 24. Mai den ersten Entwurf kommentieren. Konkrete Formulierungsvorschläge sind dabei besonders erwünscht. Bis zum Sommer will das BMU die Anmerkungen sichten und in eine zweite Fassung integrieren, die dann in die Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung geht. Der überarbeitete Entwurf solle die Schnittstelle zwischen abiotischen Rohstoffen und Biomasse in stofflicher Nutzung stärker aufgreifen, sagte Reinhard Kaiser, Leiter der Unterabteilung Ökologische Ressourceneffizienz und Bodenschutz im BMU. Gerade in diesem Bereich bitte das BMU um Textvorschläge und Beispiele.

Der NABU hat sich bereiterklärt, die Stellungnahmen der deutschen Umweltverbände zusammenzufassen. [bv]

► www.kurzlink.de/bmu-progress-entwurf

► BMU, E-Mail: ressourceneffizienz@bmu.bund.de

► NABU, Dr. Benjamin Bongardt, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849841610, E-Mail: benjamin.bongardt@nabu.de, www.nabu.de

Ressourceneffizienz in der EU

Green Week in Brüssel

■ Ende Mai findet in Brüssel zum elften Mal die europäische Green Week statt, eine der größten internationalen Konferenzen zur Umweltpolitik. „Ressourceneffizienz: weniger verbrauchen, besser leben“ ist das diesjährige Thema, zu dem rund 40 Seminare und Vorträge an vier Tagen angeboten werden. Dabei geht es um die zunehmende Ressourcenknappheit und um Strategien zu einer effizienteren Verwendung von Rohstoffen und Energie. Zu den behandelten Themen gehören Recycling, grüne Chemie, Lebensmittelabfälle, Energie- und Wassereffizienz. Veranstalterin ist die Europäische Kommission. [mb]

► www.ec.europa.eu/greenweek

EHRENAMT

Bürgerschaftliches Engagement**Arbeitsgruppe für Partizipation im Internet**

■ Die Unterarbeitsgruppe „Engagement und Partizipation im Internet“ beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) erkundet seit einem Jahr die Möglichkeiten, die das Netz dem bürgerschaftlichen Engagement eröffnet. Social-Media-Plattformen für Engagement, Länderinge und neue Partizipationsformate standen bisher auf der Tagesordnung. Betreiber innovativer Internetangebote präsentierten ihre Lösungen und stellten sich der Diskussion. In diesem Jahr will die Unterarbeitsgruppe einen Impuls an die Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ im Bundestag geben. Weitere InteressentInnen sind willkommen. [mb]

- ▶ BBE, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 62980-110, Fax -151, E-Mail: info@b-b-e.de, www.b-b-e.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Black Planet Award**Der Preis, den BP nicht will**

■ Vielfältige Proteste haben Anfang April die jährliche BP-Hauptversammlung in London begleitet. Unter anderem waren EinwohnerInnen aus von BP geschädigten Gebieten, wie Indianer aus Kanada und Papua-Neuguinea, und auch Fischer aus dem Golf von Mexiko angereist. Als zwei AktivistInnen versuchten, den von der deutschen Ethecon-Stiftung im vergangenen November an BP verliehenen Schmähpriis „Black Planet Award“ an Manager und Großaktionäre des Konzerns zu überreichen, wurden sie von der Polizei festgenommen. Dennoch gelang es zwei VertreterInnen der Organisation,

den Negativpreis auf der Versammlung zu übergeben.

Die Ethecon-Stiftung verleiht den Black Planet Award jährlich als Pendant zum „Blue Planet Award“, der den Einsatz für den „Blauen Planeten“ würdigt. [hmp]

- ▶ www.ethecon.org/de/1316

Deutscher Engagementpreis**Jetzt „Helden“ vorschlagen**

■ Noch bis zum 31. Juli läuft die Nominierungsphase für den Deutschen Engagementpreis 2011. Die Auszeichnung ehrt freiwillig engagierte Personen, Organisationen und Unternehmen. Alle BürgerInnen können ihre „persönlichen Helden“ per Postkarte oder Internet vorschlagen. Eine Jury bestimmt im Herbst die PreisträgerInnen in verschiedenen Kategorien. Außerdem wird im Online-Verfahren ein Publikumspreis vergeben.

Nominierungen aus dem Bereich Umwelt-, Natur- und Tierschutz sind willkommen. Im letzten Jahr war hier die Initiative Reset unter den Finalisten, die sich auf ihrer Informations- und Aktionsplattform im Internet für Umweltschutz und Nachhaltigkeit einsetzt. Getragen wird der Preis vom Bündnis für Gemeinnützigkeit. [sg]

- ▶ www.deutscher-engagementpreis.de
- ▶ www.reset.to

Goldman Environmental Prize**Internationaler Umweltpreis für deutsche „Stromrebellin“**

■ Ursula Sladek, Mitbegründerin der Elektrizitätswerke Schönau, ist im April in San Francisco mit dem Goldman Environmental Prize geehrt worden. Die Umweltaktivistin aus dem Schwarzwald erhielt den „Umwelt-Nobelpreis“ für die Gründung und langjährige Leitung des genossenschaftlich organisierten, ökologischen Energieversorgungsunternehmens.

Neben ihr wurden fünf weitere Umweltaktive geehrt: Dmitri Lisszyn aus Russland engagierte sich für das Ökosystem auf der Halbinsel Sachalin, Raoul du Toit aus Simbabwe setzte sich für den Bestand von Nashörnern ein und der US-Amerikaner Hilton Kelley engagierte sich für Gemeinden, die von umweltschädlicher Industrie betroffen sind. Weitere Auszeichnungen gingen an Francisco Pineda, der in El Salvador eine Bürgerbewegung gegen die Verunreinigung von Wasser durch die Goldindustrie organisierte, und an Prigi Arisandi, der eine Bewegung gegen die Verschmutzung des Flusses Surabaya in Indonesien gründete.

Der Goldman Environmental Prize wird seit 1990 jährlich an sechs UmweltaktivistInnen von Bürgerbewegungen aus sechs Kontinenten verliehen und ist mit 150.000 US-Dollar dotiert. [hmp]

- ▶ www.goldmanprize.org (engl.)
- ▶ Bericht: www.pt.e.at/news/110412009/

AUS- & WEITERBILDUNG

Studium**Master Regionalentwicklung**

■ Für HochschulabsolventInnen der Land- und Forstwirtschaft, Landschaftspflege, Geografie oder Umweltwissenschaften bietet die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf in Bayern einen Masterstudiengang Regionalmanagement an. In drei Semestern können sich Studierende mit Themen wie Umwelt und Regionalentwicklung auseinandersetzen. Auch über Kommunikation und Medienarbeit werden Kenntnisse vermittelt. Die Region wird laut der Hochschule als Gestaltungsebene für Lebens-, Wirtschafts- und Umweltbedingungen immer wichtiger. Deshalb sei für Führungspositionen in diesem Bereich eine querschnittsorientierte Qualifizierung unerlässlich. [sg]

- ▶ www.mba-regionalmanagement.de

REZENSIONEN

Weltgeschichte der ökologischen Bewegung

Kaum eine soziale Bewegung ist geschichtsbliinder als die Ökoszene. Doch wer gehört eigentlich zu dieser globalen Massenbewegung, die in ihrer Vielgestaltigkeit kaum überschaubar ist? Wann hat sie begonnen? Der Historiker Joachim Radkau hat Antworten auf solche Fragen.



Der Bielefelder Historiker Joachim Radkau hat eine „grüne Weltgeschichte“ verfasst. Er spürt ökologischen Motiven nach wie dem bis heute anhaltenden Kampf um die Gemeingüter Wald und Wasser. Die Anfänge des grünen Bewusstseins reichen für ihn bis ins späte 18. Jahrhundert zurück, als die nachhaltige Forstwirtschaft am Beginn eines bis in unsere Tage reichenden Waldschutzes stand. Die Reformströmungen um 1900, allen voran die Hygienebewegung und den Natur- und Heimatschutz, sieht er als „neue Aufklärung“, als Teil der Moderne. Hier bricht der Autor mit gängigen Interpretationen, die die Vorläufer der heutigen Ökobewegungen eher in der „konservativen Zivilisationskritik“ verorten. Von diesem ersten Zeitfenster spannt er einen weiten Bogen bis zum zweiten Aufbruch der Bewegung um 1970. Interessant sei hier die Rolle der Weltnaturschutzunion IUCN, die zwar kaum über Mittel verfügte, als elitärer Gesprächs- und Expertenzirkel aber Wirkung entfaltete.

Radkau zeichnet facettenreich die bürgerkriegsähnlichen Konfrontationen an AKW-Baustellen und die Genese der Anti-Atom-Bewegung nach, er beleuchtet Staatshandeln und Industrieinteressen, analysiert die Waldsterbensdebatte, deren Alarmismus sich später als übertrieben herausstellte. Mit Tschernobyl beginnt für ihn ein drittes Zeitfenster, das den politischen Umbruch in den Ländern des Staatssozialismus einläutet und bis zum Erdgipfel von Rio reicht.

Breiten Raum widmet Radkau der Umweltbewegung in den USA, die einen wichtigen Einfluss auf den europäischen Auf-

bruch um 1970 hatte. Er richtet den Blick aber auch auf Japan, China, Südamerika oder den afrikanischen Kontinent. Bemerkenswert ist, welche Aufmerksamkeit er den Frauen in der – oft männerdominierten – Umweltszene schenkt: Rachel Carson, Petra Kelly oder der Nigerianerin Wangari Maathai, aber auch eher unbekanntes Vorkämpferinnen für eine lebenswerte Zukunft. Zu den charismatischen Leitfiguren oder Einzelkämpfern des anderen Geschlechts gehören bei ihm Julian Huxley (IUCN), Rudolf Bahro, Chico Mendes oder Paul Watson, der mit dem betonverstärkten Bug seines Schiffes versucht, Walfänger zu versenken.

Trotz Konflikten und Auseinandersetzungen attestiert der Umwelthistoriker den Öko-Kämpfern ein neues, pazifistisches Heldentum, für das nicht nur der Name Greenpeace symptomatisch steht. Kein Zweifel, Joachim Radkau ist der Ökoszene tief verbunden und gleichzeitig ist sein Blick von kritischer Distanz geprägt. Er liefert immer wieder interessante Interpretationen, warum die Umweltinitiativen über keine gemeinsamen Theorien und Ziele verfügen. Das unterscheidet sie von früheren großen Bewegungen der Geschichte.

In seiner faszinierenden Gesamtschau über die weltweite Umweltbewegung setzt sich Radkau auch mit ihrer aktuellen Verfasstheit auseinander: ihrer Professionalisierung und Bürokratisierung, Konflikten untereinander und mit ihren „Feinden“, ihren Motiven und Werten. „Die Ära der Ökologie“ ist grüne Geschichtsbibel und ökologischer Think-Thank in einem, eines der anregendsten Bücher zur Historie und Gegenwart der Umweltbewegung, die in letzter Zeit erschienen sind. **[Regine Auster]**

► Radkau, J.: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. C. H. Beck, München 2011, 784 S., 28,- €, ISBN 978-3-406-61372-2

Wer teilt, hat mehr davon

Elinor Ostrom erforscht kooperatives Verhalten bei der Nutzung von Gemeingütern. Weder Staat noch Markt gehen den Königsweg, sagt die Wirtschaftsnobelpreisträgerin.



Gemeingüter, die von vielen gemeinsam genutzt werden, sind automatisch von Übernutzung bedroht, wenn es keine zentrale Regelung oder Privatisierung der Nutzungsrechte

gibt. Mit dieser gängigen Ansicht räumen die Thesen der Gemeingüterforscherin und Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom gründlich auf. Silke Helfrich, ebenfalls Gemeingüterexpertin, hat nun ein kurzes Buch herausgegeben, das einen wissenschaftlichen Aufsatz Ostroms und ein längeres Interview mit ihr übersetzt und zusammenfasst. Damit möchte sie Ostroms Thesen in eine breitere Öffentlichkeit tragen.

Elinor Ostroms Forschungen zeigen eindrucksvoll, wie verkürzt die Metapher von der Tragik der Gemeingüter („Tragedy of the Commons“) ist. In diesem Bild werden die Gemeingüter durch eine von Schäfern gemeinsam genutzten Weide dargestellt. Die Weide wird übernutzt und schließlich zerstört, weil die Schäfer alle unabhängig voneinander immer mehr Schafe halten, um ihren persönlichen Nutzen an dem Gemeingut zu maximieren. Die bekannte Metapher von Garrett Hardin aus den späten 1960er-Jahren wird immer wieder als Argument herangezogen, um zu begründen, dass klar definierte Eigentumsrechte eine Übernutzung von Ressourcen verhindern würden. Wenn die Weide in einzelne Felder aufgeteilt wäre und diese jeweils den einzelnen Schäfern gehörten, hätten die Schäfer keinen Anreiz, mehr Schafe zu halten, als ihr Stück Weide langfristig versorgen kann. Ähnlich verhielte es sich, wenn durch staatliche Regulierung die Anzahl von Schafen festgelegt würde. ►

Ostrom argumentiert dagegen, dass Hardins Metapher menschliches Verhalten viel zu stark vereinfacht. Sie unterstreicht die vielen Fälle, in denen Eigentumsrechte an Gemeingütern nicht eindeutig geklärt sind und die Nutzung dennoch funktioniert, weil die Akteure miteinander kommunizieren und kooperieren. Genau diese Fähigkeit zur Kommunikation und Kooperation sprechen Hardin und alle, die sich auf ihn berufen, Nutzern jedoch ab. Ostroms zentraler Befund lautet: Die Dichotomie von Markt und Staat – privates Eigentum auf der einen Seite und staatliches auf der anderen – ist eine viel zu grobe Einteilung, die die vielfältigen Möglichkeiten von Selbstverwaltung und Nutzerkooperation ausblendet. Gemeinressourcen müssten vielmehr immer in Zusammenarbeit mit ihren Nutzern und abhängig von der Situation vor Ort reguliert werden. Nur dann sei eine nachhaltige Nutzung möglich.

Wie vielfältig die Lösungen für das Gemeingüterproblem und die Unzulänglichkeiten einseitiger Markt- oder Staatsfixierung sind, zeigt Ostrom an mehreren Beispielen. Ihre zentrale Botschaft ist dabei die Warnung vor generalisierenden Lösungen, die von oben auferlegt werden, sei es durch Privatisierung der Nutzungsrechte oder staatlich-zentralistische Regulierung. Wer nur in solchen Kategorien denke, nehme

lokale Selbstverwaltungssysteme häufig gar nicht wahr, schreibt Ostrom, dabei habe deren Ersatz durch „effiziente“ marktwirtschaftliche oder „gerechte“ staatliche Regulierung häufig unerwünschte Folgen.

Man kann dem Buch eine breite Leserschaft nur wünschen, besonders unter Entscheidungsträgern, die Lösungen jenseits von Markt und Staat oft noch gar nicht in Betracht gezogen haben. **[Antje Mensen]**

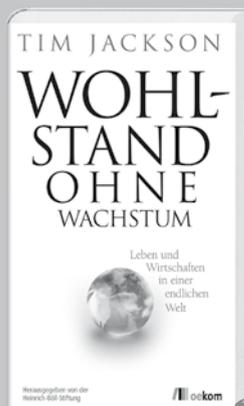
► Ostrom, E.: Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. oekom, München 2011, 112 S., 14,95 €, ISBN 978-3-86581-251-3

Wie wollen wir leben?



Hänggi sieht in der Verknappung der Ener-

gie nicht nur eine durch Klimawandel und Peak Oil gegebene Notwendigkeit, sondern vor allem eine Chance, die Gesellschaft gerechter und lebenswerter zu gestalten. „In was für einer Welt wollen wir leben?“ ist für ihn die zentrale Frage. Das Buch gibt einen einfachen, verständlichen und unterhaltsamen Überblick über die aktuellen Energiedebatten. Dabei behält der Autor konsequent einen sachlich-kritischen Blick und bringt die LeserInnen so zum Nachdenken. Schon die Aufteilung in „gute“ erneuerbare Energien und „schlechte“ fossile Energien hält er zum Beispiel nicht für sinnvoll. „Zunächst war Kohle ein Segen für die Menschen, auch aus ökologischer Sicht“, schreibt Hänggi. „Und man kann sich eine Welt zumindest vorstellen, in der die fossilen Energieträger ein Segen geblieben wären.“ Es kommt also auf das richtige Maß mindestens genauso an wie auf die richtige Energiequelle. Denn so, wie Geld nicht glücklich macht, so ist auch Energienutzung über ein bestimmtes, niedriges Level hinaus für ein zufriedenstellendes Leben unbedeutend. Doch natürlich ist das Wenigerverbrauchen nicht so einfach: „Wer glaubt, ein Wechsel der Energieträger sei nur eine Frage der Technik, unterschätzt, wie wichtig Energie für den Gang der Geschichte



Besser statt mehr

Was garantiert uns Wohlstand und sozialen Frieden? Wie ein Mantra kommt die Antwort aus Politik und Wirtschaft: Wachstum. Aber dürfen wir das angesichts der jüngsten Wirtschaftskrisen noch glauben? Der britische Ökonom Tim Jackson fordert rigoroses Umdenken und die Entwicklung einer neuen Wirtschaftsordnung, die auf einem anderen Wohlstandsbegriff beruht. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen stehen eine nachhaltige Ökonomie und die Vision einer blühenden Gesellschaft innerhalb bestehender ökologischer Grenzen.

T. Jackson

Wohlstand ohne Wachstum

Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt

240 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 22,95 EUR, ISBN 978-3-86581-245-2

Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



ist.“ Es sitzen nicht alle im selben Boot, denn es gibt einige, die aus dem heutigen klimaschädlichen und ressourcenfressenden System ihre Vorteile ziehen.

So haben zum Beispiel die notwendigerweise großen Strukturen von Erdölindustrie und (Atom-)Stromversorgern durch ihre Größe auch einen politischen Einfluss erlangt, den kleinere, dezentrale Strukturen kaum erreichen können. „Energie ist Macht: Macht über die Natur und damit auch Macht über andere Menschen.“ Ein solches Machtgefälle wird Hänggi zufolge etwa im Straßenverkehr sichtbar: Kindern und anderen Fußgängern wird die Verantwortung überlassen, sich selbst vor den stärkeren Autokolonnen zu schützen. Statt das Autofahren einzuschränken, wird Kindern in der Verkehrserziehung beigebracht, ihren natürlichen Spieltrieb zu unterdrücken. Die Autofahrerlobby will ihre Privilegien nicht aufgeben, auch wenn Verkehrsunfälle inzwischen 40 Millionen Menschen das Leben gekostet haben. Hier wird deutlich, dass weniger Energieverbrauch mehr Lebensqualität bedeuten kann. Allerdings fällt die Entscheidung oft nicht auf der privaten Ebene: Systematisch wurden autogerechte Städte geschaffen und an vielen Orten wurde der Schienenverkehr zurückgefahren.

Hänggi stellt auch Basisinitiativen wie die Transition Towns vor, die er als guten zusätzlichen Ansatz zur Energiepolitik von oben sieht. Auf die heutige energieintensive Nahrungsmittelproduktion geht das Buch ebenso ein wie auf den geplanten Verschleiß von Konsumgütern, auf den Emissionshandel und auf die in Diskussionen immer wieder angeführten Kosten-Nutzen-Rechnungen. Hänggi erweist sich außerdem als deutlicher Wachstumskritiker: Eine Entkopplung des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum hält er für unmöglich. Das letzte Kapitel widmet er dem Thema Freiheit. Er bleibt optimistisch: „Wir haben die Wahl – und könnten die Welt auch anders einrichten.“

[Susanne Ott]

- Hänggi, M.: *Ausgepowert. Das Ende des Ölzeitalters als Chance*. Rotpunktverlag, Zürich 2011, 340 S., 21,50 €, ISBN 978-3-85869-446-1

INTERNET

Schöner schreiben

■ Es gibt viele gute Argumente für Umwelt- und Naturschutz. Ob sie auch gehört werden, hängt aber nicht nur von

der wissenschaftlichen Korrektheit ab. Gerade bei komplexen fachlichen Zusammenhängen müssen die Argumente auch verständlich sein. Schreibtipps für komplizierte Texte in einfacher Sprache gibt die Redakteurin Liane Borghardt auf einer Internetseite des oekom verlag. [jg]

- <http://partner.oekom.de/7854>

Klimapolitik soll Menschenrechte achten

■ Bei Klimaschutzprojekten und der Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen im globalen Süden muss Deutschland die Menschenrechte besser schützen. Das fordert ein Bündnis von bisher 16 Umwelt- und Entwicklungsverbänden, darunter die Klima-Allianz, Germanwatch und die BUNDjugend. Auf der Kampagnen-Webseite kann eine entsprechende Petition an die Bundesregierung unterzeichnet werden. Die Seite liefert dazu kompakte, gut aufbereitete Hintergrundinformationen. Initiator ist das Food First Informations- und Aktions-Netzwerk (FIAN). [mb]

- www.klimaschutz-ist-menschenrecht.de

Atombanken auf die Finger geschaut

■ Wie viel Geld gibt welche Bank für Atomenergie aus und welche Unternehmen profitieren davon? Diese Fragen hat das Bank Track Network – ein Bündnis von zivilgesellschaftlichen und Umweltschutzorganisationen wie Urgewald und Greenpeace – geklärt. Die Deutsche Bank liegt im weltweiten Atomfinanzranking mit 7,8 Milliarden Euro auf Platz sieben. Deutsche Bank und WestLB haben auch die japanische Katastrophenfirma Tepco mitfinanziert.

[jg]

- www.nuclearbanks.org

Impressum

umwelt aktuell Mai 2011
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hhi] (Deutschland, verantw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Antje Mensen [am], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Hans-Magnus Preuß [hmp], Svenja Gräfen [sg], Franziska Lindner [fl], Julia Glahe [jgl], Eva Mahnke [em], Isolda Agazzi [IPS]. **Service:** Juliane Grüning. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Katja Neubauer, Berlin

Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

MAI

03.05., Berlin (D)

30 % – Warten oder starten? Welche Entscheidungen erfordern die EU-Langfristziele aus der

Klimaroadmap 2050 schon heute? Workshop

► DNR/Klima-Allianz/Forum Umwelt und Entwicklung, Antje Mensen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177586, E-Mail: antje.mensen@dnr.de, www.eu-koordination.de

13.–14.05., Berlin (D)

Internationale Dorfkonferenz 2011

► ERCA – Vereinigung von Dorfbewegungen; Rosa-Luxemburg-Stiftung, Andrea Hüneburg, Fax +49 (0)30 / 44310-182, E-Mail: dorfkonferenz@rosalux.de, www.kommunalpolitik.blog.rosalux.de/2010/12/22/i

16.05., Frankfurt/M. (D)

Die EU und das Menschenrecht auf Nahrung. Auswirkungen der EU-Agrarpolitik auf die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern

► Europagruppe der Grünen, Ska Keller, Tel. +32 (0)2 / 2845379, E-Mail: franziska.keller@europarl.europa.eu, www.kurzlink.de/va-2011-05-16

18.–19.05., Bad Boll bei Göppingen (D)

Die Zukunft der öffentlichen Netz-Infrastruktur. Energie, Wasser und Breitbandkommunikation zwischen Wettbewerb und Regulierung

► Evangelische Akademie, E-Mail: wilma.hilsch@ev-akademie-boll.de, www.ev-akademie-boll.de

23.–24.05., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Buchenwälder in Deutschland. Seminar

► NNA, E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de, www.nna.niedersachsen.de

24.05., Leipzig (D)

Wasserautarkes Grundstück. Fachtagung

► Fachvereinigung Betriebs- und Regenwassernutzung, www.fbr.de/fbrfachtagungen.html

24.–27.05., Brüssel (B)

Green Week 2011. Resource Efficiency. Konferenz

► EU-Kommission, www.greenweek2011.eu

25.–27.05., Leipzig (D)

Weltverkehrsforum 2011. Gipfel und Konferenz

► International Transport Forum/OECD, Paris, Tel.

+33 (0)1 / 45249710, E-Mail: itf.contact@oecd.org, www.internationaltransportforum.org

25.–27.05., Ronneburg/Thüringen (D)

Nachhaltigkeit und Langzeitaspekte bei der Sanierung von Uranbergbau- und Aufbereitungsanlagen

► Wismut GmbH, Tel. +49 (0)371 / 8120108, wissym2011@wismut.de, www.wismut.de

26.–27.05., Berlin (D)

Urban Futures 2050. Internationale Konferenz

► Heinrich-Böll-Stiftung, Lisa Beier, Tel. +49 (0)30 / 28534-256, E-Mail: beier@boell.de, www.boell.de

26.–27.05., Berlin (D)

Urbane Landwirtschaft – ein Beitrag zur zukunftsfähigen Stadtentwicklung?

► Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Tel. +49 (0)30 / 39001-258, Fax -268, E-Mail: bertz@difu.de

26.–27.05., Karlsruhe (D)

Karlsruher Flussgebietstage 2011

► Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Tel. +49 (0)721 / 608-42457, Fax -44729, E-Mail: anja.haarmann@kit.edu, www.iwg.kit.edu

27.–29.05., Wittenberg (D)

Atomenergie: Im Kern nichts Neues. Tagung

► Evangelische Akademie, Wittenberg, Tel. +49 (0)3491 / 49880, info@ev-akademie-wittenberg.de, www.ev-akademie-wittenberg.de

27.–29.05., Innsbruck (A)

Internationale Passivhaustagung

► Passivhaus Institut, Darmstadt, Tel. +49 (0)6151 / 82699-0, E-Mail: tagung@passiv.de, www.passivhaustagung.de

JUNI

02.–05.06., Hamburg (D)

Recht auf Stadt. Kongress

► Netzwerk Recht auf Stadt, Tel. +49 (0)40 / 393156, E-Mail: stadtkongress2011@buko.info, www.kongress.rechtaufstadt.net

03.–04.06., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Englisch lernen in der Natur. Seminar

► Beate und Hubert Weinzierl Stiftung, Tel. +49 (0)9966 / 555, E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de, www.schloss-wiesenfelden.de

04.06., bundesweit

GEO-Tag der Artenvielfalt 2011: Süßwasser

► GEO, Tom Müller, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 37032732, E-Mail: geo-tag@geo.de, www.geo.de

06.06., Magdeburg (D)

Dezentrale Abwasserbeseitigung. Seminar

► Institut für Wirtschaft und Umwelt, Dagmar Heyer, Tel. +49 (0)391 / 7447894, Fax 8190819, E-Mail: heyer@iwu-ev.de, www.iwu-ev.de

07.–08.06., Höxter (D)

Einführung in die Gewässerunterhaltung. Seminar

► AG ImStrom, Christian Schneider, Tel. +49 (0)5271 / 490-722, Fax -724, E-Mail: schneider@imstrom.de, www.imstrom.de

08.–10.06., Vilm bei Rügen (D)

Perspektiven und Strategien der Landschaftsplanung. Vilm Visionen 2002. Wo stehen wir heute, wie geht es weiter?

► Bundesamt für Naturschutz (BfN), Tel. +49 (0)38301 / 86-112, Fax -117, E-Mail: martina.finger@bfm-vilm.de, www.bfn.de

09.06., Höxter (D)

Workshop Gewässerentwicklung. Seminar

► AG ImStrom, Tel. +49 (0)5271 / 490-722, E-Mail: schneider@imstrom.de, www.imstrom.de

16.06., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Grundzüge des allgemeinen Verwaltungsrechts im Natur- und Umweltschutz

► Alfred Toepfer Akademie (NNA), E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de, www.nna.niedersachsen.de

17.–19.06., Frankfurt/M. (D)

Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen. Tagung

► Bewegungsstiftung, Verden/Aller, Tel. +49 (0)4231 / 957-540, Fax -541, E-Mail: info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungstagung.de

27.–28.06., Potsdam

Freiwillige für den Naturschutz: Generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar. Impulskonferenz

► DNR, Sina Lengelsen/Ines Jentsch, Tel. +49 (0)30 / 678177587, E-Mail: sina.lengelsen@dnr.de, ines.jentsch@dnr.de, www.dnr.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Außerschulische Bildung

Auf dem Weg in die Nachhaltigkeit

In Empfehlungen von Kultusministerien oder Bildungskonzepten von Schulen wird das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung häufig erwähnt. Doch wie sieht es damit in außerschulischen Bereichen aus? Eine Studie der Universität Lüneburg ergab, dass die überwiegende Zahl der Einrichtungen sich mit dem neuen Leitbild beschäftigt. Mit der Einbindung in den politischen Dialog hapert es aber noch.

□ Bereits vor rund zehn Jahren gab die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) eine umfassende Bestandsaufnahme zur außerschulischen Umweltbildung in Auftrag. Die Forschergruppe um Gerhard de Haan von der Freien Universität Berlin befragte daraufhin rund 7.000 Einrichtungen in Deutschland, rund 4.600 beteiligten sich. Lediglich knapp ein Drittel davon hatte Themen aus dem Nachhaltigkeitspektrum im Angebot, die Mehrzahl bot überwiegend „grüne“ Themen mit Schwerpunkt Natur an (ökopädNEWS 104, März 2000).

Außerschulische Bildung als unbekanntes Wesen

Bis heute gibt es keine allgemein gültige Definition, was „außerschulische Bildung“ eigentlich ist. Neben den „grünen“ Bildungseinrichtungen wie Umweltzentren, Waldschulen oder Schulbauernhöfen zählen auch Institutionen des Globalen Lernens, des Klimaschutzes, der Verbraucherbildung oder private und staatliche Informationsstellen dazu. Ihre Angebote, wie etwa Verbraucher- oder interkulturelle Bildung, werden heute meist als Teil einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gesehen. Im Gegensatz zur Schule, die als formaler Bildungsbereich bezeichnet wird, spricht man deshalb hier von non-formaler Bildung und bezieht dabei mitunter auch das „Informelle Lernen“ ein. Die Bildungslandschaft hat sich also beträchtlich verändert. Die DBU wollte deshalb in einer Folgestudie den aktuellen Stand der Umsetzung von BNE bei außerschulischen Anbietern erfahren, um aus empirisch gewonnenen Daten Erkenntnisse über Entwicklungspotenziale und die Wirksamkeit ihrer Förderung zu gewinnen.

Lässt sich BNE messen?

Ende März dieses Jahres stellte die Universität Lüneburg als Auftragnehmer die Ergebnisse ihrer dreijährigen Arbeit vor. Aus 17 zur Verfügung gestellten Verteilern wurden 5.703 Adressen ausgewählt und per E-Mail befragt. Die Rücklaufquote dieser quantitativen Studie lag bei 29 Prozent. Daneben wurden in einer qualitativen Studie 31 Interviews mit Einrichtungen aus dem gesamten Themenspektrum durchgeführt.

Kurz gesagt: So richtig neue Ergebnisse gibt es nicht. Außerschulische Anbieter zeigen heute im Vergleich zu 1999 eine deutlichere Ausrichtung auf BNE-affine Inhalte wie Energie, Bauen oder Verkehr. Unklar bleibt, ob sie damit auf allgemeine gesellschaftliche oder bildungspolitische Diskurse oder auf Anforderungen der UN-Dekade BNE reagieren.

Zur Messung von BNE haben die Forscher um Horst Rode und Maya Wendler einen Indikator mit fünf Kriterien entwickelt:

- ▷ Beschäftigung mit BNE: Immerhin zwei Drittel aller Anbieter beschäftigen sich gelegentlich oder öfter mit BNE.
- ▷ Nachhaltigkeit im Leitbild: Drei von vier Einrichtungen haben BNE in ihrem Leitbild bereits verankert.
- ▷ BNE in den Bildungszielen: Zwar nennen nur 22 Prozent BNE explizit in ihren Zielen oder Aufgaben – allerdings ist dieses Kriterium auch nur schwer zu definieren.
- ▷ Berücksichtigung sogenannter Kernelemente: Die Verknüpfung sozialer mit ökonomischen und ökologischen Aspekten, Interdisziplinarität, Verbindung lokaler und globaler Gesichtspunkte sowie Einbeziehung partizipativer Elemente werden aus der Sicht

der Befragten zu einem hohen Grad umgesetzt. Gut die Hälfte aller Anbieter erreichten hier 29 von 40 möglichen Punkten.

- ▷ Nachhaltigkeitsmanagement in der Einrichtung: 15 Prozent setzen dieses Instrument bereits ein, weitere 65 Prozent sind auf dem Weg dorthin oder nutzen Ansätze davon.

Die wichtigsten Ergebnisse können im Internet – nach Bundesländern aufgeschlüsselt – abgerufen werden. Aus der Analyse der Daten wurden „Gelingensbedingungen für außerschulische BNE“ identifiziert. Beispiele sind die Notwendigkeit zur Lernbereitschaft und Profilbildung oder die Verbesserung von Kommunikation und Netzwerkarbeit. Auch eine gewisse „Leidenschaft“ und ein hohes Engagement bei den MitarbeiterInnen seien nötig, um in der Öffentlichkeit glaubwürdig zu sein.

Die aufgestellten Empfehlungen für die Steuerungsebene sind hilfreich, aber nicht revolutionär. Neben der notwendigen Popularisierung des Leitbildes sollten unter anderem die institutionelle Förderung zur organisatorischen Weiterentwicklung von Einrichtungen verbessert und Qualitätsstandards und Zertifizierungssysteme nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein entwickelt werden.

Wie sieht die BNE der Zukunft aus?

Bei der Präsentation der Ergebnisse entspann sich eine lebhaftige Diskussion darüber, wie weit BNE über Bildungsarbeit hinaus auch in einen politischen Diskurs mit der Umgebung treten müsse. Bereits jede dritte Einrichtung arbeitet mit lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen vor Ort zusammen. Rund 70 Prozent stehen in einem Dialog mit politischen Akteuren, Kommunen oder Unternehmen. Dies ist deshalb so bemerkenswert, weil Bildungsaspekte in vielen staatlichen und fachbezogenen Dokumenten zur Nachhaltigkeit auch heute noch mit keinem Wort erwähnt werden.

In zukünftigen Erhebungen zur außerschulischen Bildung sollte allerdings berücksichtigt werden, dass es neben den mehr oder weniger verankerten außerschulischen Institutionen eine steigende Zahl neuer informeller Formate gibt, um

Menschen für Nachhaltigkeit zu interessieren und zu aktivieren. Dazu gehören die sozialen Medien wie Facebook oder Wikipedia, neue Aktionsformen wie Flashmobs oder informelle Netzwerktreffen von Führungskräften aus Wirtschaft und Verbänden auf lokaler Ebene.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ Leuphana-Universität Lüneburg, Institut für Umweltkommunikation, Dr. Horst Rode, Maya Wendler, Tel. +49 (0)4131 / 6772939, E-Mail: rode@uni.leuphana.de, www.leuphana.de/infu
- ▷ Länderkarte (nur mit Firefox zu öffnen): www.ridens.de/HF/V5.3/BNE.xhtml
- ▷ ökopädNEWS März 2000: Evaluation zur außerschulischen Umweltbildung in Deutschland. Blick zurück in die Zukunft. www.umweltbildung.de/3489.html

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Hamburg: Schafe erleben

□ Fast alle Kinder kennen Schafe als friedliche Tiere aus Märchen und als Lieferanten von Wolle. Doch Großstadtkinder haben in der Regel ein solches Tier noch nie in ihrem Leben tatsächlich gestreichelt oder gefüttert. Schafe sind nicht nur Sympathieträger, sie können auch in der Bildung und zur Therapie behinderter Menschen eingesetzt werden. Die Broschüre „Kinder erleben die Schafe im Umweltzentrum Karlshöhe“ informiert über verschiedene Schafassen und zeigt, was bei Haltung, Pflege und Schur, bei der Verarbeitung der Wolle und bei Filztechniken zu beachten ist. Ergänzt wird das Heft durch Unterrichtshilfen, Literaturtipps und Bezugsadressen. Es beruht auf den Erfahrungen aus dem Projekt Schulbauernhof, das von der AG Tierhaltung der ANU Hamburg betrieben wird.

Ein Internetblog berichtet über die engagierte Bildungsarbeit auf dem Schulbauernhof mit Fotos, Texten und einem Videobeitrag über die Geburt eines Schafes.

- ▷ www.umweltzentrum-karlshoehe.de (Vereine und AGs)
- ▷ www.kruem.blogspot.com

25 Jahre Ökostation Freiburg

□ Die Ökostation Freiburg wurde 1986 im Rahmen der Landesgartenschau im Freiburger Seeparkgelände erbaut. Zum diesjährigen 25. Jubiläum gibt es eine bunte Veranstaltungsreihe zu verschiedenen Themen mit Ständen, Workshops und Vorträgen. Mit seinem aktuellen Programm will die Einrichtung kleine und große BesucherInnen gleichermaßen erreichen. Neben der Teilnahme an einer Kinderakademie können sich die Kleinen in einem Kurs zu „Wildkatzenexperten“ ausbilden lassen. Für Familien werden Ferienfreizeiten, Sonntagsöffnungen, Erlebnismittagen und naturkundliche Exkursionen angeboten. HobbyforscherInnen sollen den Seepark – der wie die Ökostation vor 25 Jahren zur Landesgartenschau angelegt wurde – auf einer Vogelstimmenexkursion, einer Führung zu heimischen Bäumen oder einer GPS-Schnitzeljagd genau unter die Lupe nehmen. Neu im Programm sind begleitete Exkursionen zu Bauernhöfen im Naturpark Südschwarzwald.

- ▷ www.oekostation.de

Gut Ophoven: Neuer Leitfaden zur Klimaschutzkampagne

□ Seit Oktober 2007 organisiert der Förderverein NaturGut Ophoven gemeinsam mit NABU und BUND in Leverkusen die sehr erfolgreiche Kampagne „Klimaschutz – jeder, jeden Tag!“. Gemeindehäuser, Schulen, Kindergärten oder auch Baumärkte hängen die gelb-orangen Transparente für sechs Wochen auf und reichen sie dann weiter. Die Erfahrungen aus der Arbeit liegen jetzt als 24-seitiger Leitfaden für Konzeption und Durchführung eigener Klimaschutzkampagnen vor. Die Broschüre enthält unter anderem Tipps für die Gestaltung und Durchführung von Informationsständen und Ideen für Presseaktionen. Eine umfangreiche Internetseite bietet Hintergrundwissen für interessierte BürgerInnen sowie pädagogisches Material für ErzieherInnen und Lehrkräfte.

- ▷ www.naturgut-ophoven.de (Projekte – Klimaschutzkampagne)

SCHWERPUNKT: ATOMKRAFT NEIN DANKE!

Bildungsmaterialien gegen Atomkraft

□ Angesichts der dramatischen Ereignisse in Japan hat die ANU eine umfangreiche Zusammenstellung von Links zu Informationsportalen, Projekten und Materialien zum Thema Atomkraft auf ihrer Homepage zusammengestellt. Die Liste bietet viele Hilfen für die Arbeit an schulischen und außerschulischen Lernorten sowie für die Erstellung von Bildungsangeboten und Recherchen für unterschiedliche Zielgruppen. Außerdem finden Sie die im Dezember 2010 auf der Mitgliederversammlung der ANU beschlossene Position des Bundesverbandes zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken.

- ▷ www.umweltbildung.de

Umgang mit der Angst vor der atomaren Katastrophe

□ Das Unglück in Fukushima führt nicht nur bei Erwachsenen zu Unsicherheit und macht Angst. Längst ist die Problematik in den Klassenzimmern angekommen. Der Frage, wie PädagogInnen, BetreuerInnen und Eltern damit umgehen sollen und ob ein Unterricht über atomare Katastrophen überhaupt sinnvoll ist, widmet sich eine Internetseite, die im Auftrag des österreichischen Lebensministeriums vom Forum Umweltbildung aufgebaut wurde. Unter dem Titel „Atomkraft im Unterricht – zwischen Katastrophenbewältigung und einer nachhaltigen Energiezukunft“ finden sich Hintergrundinformationen zum Thema Atomkraft und alternative Energien. Die Seite ist auch für den Austausch zwischen Lehrenden, Eltern und KleinkindpädagogInnen geeignet.

- ▷ www.umweltbildung.at

Aktuelle Berichterstattung aus Japan

□ Das massive Erdbeben vom 11. März 2011 und der darauf folgende Tsunami haben in Japan zur Reaktorkatastrophe von Fukushima geführt. Die Bevölkerung

beginnt über Atomenergie kritisch nachzudenken. Die 2002 gegründete Nichtregierungsorganisation Japan for Sustainability (JFS) fasst auf einer neuen Website die aktuellen Meinungstrends zusammen und berichtet über Maßnahmen der Regierung oder der Betreiberfirma Tokyo Electric Power Co. (Tepco). Auf einer Landkarte werden alle Atomkraftwerke vorgestellt und die wichtigsten Informationen in englischer Sprache zusammengefasst. Alle Nachrichten werden innerhalb von drei Tagen ins Netz gestellt.

▷ www.japanfs.org/en/energyshift.html

Atomausstieg leicht gemacht

□ Wer journalistisch sauber recherchierte Argumente gegen Atomkraft sucht, findet sie bei der Kampagne „100 gute Gründe gegen Atomkraft“ der Elektrizitätswerke Schönau. Die „Guten Gründe“ gibt es als Taschenbuch oder als Gratis-App für iPhone und iPad. Eine Internetseite bietet außerdem einen Argumentationstrainer, einen Atomspürhund sowie umfangreiches Mitmachangebot für SchülerInnen ab der siebten Klasse. Daneben können über die Homepage auch Flyer, Plakate, T-Shirts und Postkarten bezogen werden.

▷ www.100-gute-gruende.de
▷ www.kurzlink.de/itunes-wrack-ab

Ausbildung zum Stromwechselaktivisten

□ Den Atomkonzernen den Stecker ziehen wollen die Veranstalter im Haus am Schüberg bei Hamburg. Sie bilden vom 28. bis 29. Mai sogenannte StromwechselaktivistInnen aus, die andere Menschen und auch Institutionen von einem Stromwechsel überzeugen sollen. Dabei stehen die Themen Energiesparen, Ökostrommarkt, Struktur der Energieversorgung in Deutschland sowie die Verflechtung von Stromkonzernen und Politik auf dem Programm. Auch für bereits geplante Aktivitäten stellt die Organisation Materialien zur Verfügung.

▷ www.kirchefuerklima.de/termine

Grundschule: Atomenergie versus erneuerbare Energien

□ Fundierte Hintergrundinformationen, Wissenstests und Einzelfallbeschreibungen speziell für Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren finden sich auf der Homepage des Kindermagazins Geolino. Unter den Suchbegriffen Atomenergie oder erneuerbare Energien finden sich kindgerecht gestaltete Artikel und Fotos, die sich gut als Einstieg in die Thematik oder als Wissenskontrolle eignen.

▷ www.geolino.de

Arbeitsplätze und erneuerbare Energien

□ Das Bundesumweltministerium (BMU) hat eine neue Studie zur Arbeitsmarktwirkung der erneuerbaren Energien veröffentlicht. Demnach wurden im Bereich der Solarenergie bis 2009 bereits rund 340.000 Arbeitsplätze geschaffen – deutlich mehr als bisher angenommen. Die Studie „Erneuerbar beschäftigt“ ist das Ergebnis eines Forschungsvorhabens, das vom BMU an ein Team renommierter Forschungsinstitute unter Federführung der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) vergeben wurde. Download im Internet.

▷ www.bmu.de/46538.php

Medienpaket Klima und Energie

□ Der Verein Ecomove International hat ein umfassendes Medienpaket über „Klimawandel und nachhaltige Energieversorgung“ zusammengestellt. Es besteht aus Dokumentationen, Kurzfilmen und Spots, die den Weg aus der fossilen und atomaren Energieversorgung hin zu den Erneuerbaren zeigen. Eine zukunftsfähige Lösung der Energiefrage gelinge nur, wenn gleichzeitig wirtschaftliche, umwelt- und gesellschaftliche Faktoren sowie die Frage nach Generationengerechtigkeit berücksichtigt werden. Das mit Förderung durch das Bundesumweltministerium erstellte Paket kann über die kommunalen oder regionalen Medienzentren bezogen werden.

▷ www.medienpaket-klima.de

Oberstufe: Gemeinsam zur Energierevolution

□ Im Rahmen des Projekts Energy Education Governance Schools (EGS) haben allgemein- und berufsbildende Schulen aus zehn europäischen Ländern gute Beispiele zum nachhaltigen Umgang mit Energie entwickelt und umgesetzt. Eine deutschsprachige Broschüre stellt die Ergebnisse des Projekts vor. Neben Trainingsplänen, Unterrichtsbausteinen und Beispielen für die Praxis gibt es auch Materialien zum schulischen Umweltmanagement.

▷ www.egs-project.eu

Arbeitsheft zu erneuerbaren Energien für die Grundschule

□ Das Bundesumweltministerium hat speziell für die Grundschulen ein Arbeitsheft zum Thema erneuerbare Energien erstellt. Auf 23 Arbeitsblättern für die 3. und 4. Klassen werden die Bereiche Energieversorgung, Nutzung von Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie sowie Energiesparen und der bewusste Umgang mit Energie thematisiert. Eine Handreichung für Lehrkräfte ergänzt das Heft. Kostenloser Download.

▷ www.bmu.de/41458.php

Job- und Bildungsmesse für erneuerbare Energien

□ Der Wissenschaftsladen Bonn veranstaltet am 20. und 21. Mai im Wissenschaftspark Gelsenkirchen die siebte bundesweite Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien. Sie ist die größte bundesweite Arbeitsmarktplattform der Branche. Bei der zweitägigen Veranstaltung in Nordrhein-Westfalen präsentieren sich mehr als 70 Unternehmen und Bildungseinrichtungen den StellenbewerberInnen und Fachinteressierten. Auf der letzten Messe im Oktober 2010 wurden mehr als 2.500 BesucherInnen gezählt. Branchenführer wie Solarworld oder Enercon nutzen die Messe genauso wie Mittelständler und Hochschulen.

▷ www.jobmesse-ee.de

UMWELTBILDUNG

Drittes Eberswalder Symposium zur Umweltbildung

□ Seit drei Jahren findet jährlich ein öffentliches Forum für ganzheitliche Umweltbildung und BNE an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde statt. Dieses Jahr lautet das Thema „Alt wie ein Baum... Natur, Werte und seelische Gesundheit. 2011 – UNO-Jahr des Waldes“. Am 25. Mai sind Fachleute aus Human-, Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften sowie PraktikerInnen eingeladen. Sie sollen sich darüber austauschen, was Umweltbildung und Naturerfahrung leisten müssen, damit die Persönlichkeitsentwicklung unserer Kinder in Richtung zukunftsorientierte Werte gelenkt wird und psychische Störungen vermieden werden.

▷ www.hnee.de/umweltbildung/symposium

Schweiz startet regelmäßige Fachkonferenz Umweltbildung

□ Die Stiftung Umweltbildung Schweiz (SUB) organisiert zwei- bis dreimal pro Jahr eine nationale Fachkonferenz, um Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung zu stärken. Mitglieder sind Verantwortliche aus Ministerien, Kantonen, Hochschulen und Umweltverbänden wie Greenpeace oder dem WWF. Sie diskutieren über politische Rahmenbedingungen für Umweltbildung oder gemeinsame Instrumente und Projekte. Neben Exkursion zu Veranstaltern von Umweltbildungsprogrammen findet außerdem ein Markt der Angebote statt.

▷ www.umweltbildung.ch

Mittelstand fördert Umweltbildung im Jahr der Wälder

□ Bundesumweltminister Norbert Röttgen hat im Februar den offiziellen Startschuss zum UN-Jahr der Wälder gegeben. Er betonte dabei die wichtige Rolle der Unternehmen. Nach dem „Exzess der Kurzfristigkeit“ mit einer globalen Wirtschafts-

und Finanzkrise müsse nun eine Kultur der Nachhaltigkeit einkehren. Zugleich lobte der Minister den Verband des deutschen Mittelstands ZGV. Dieser hat seine Mitglieder aufgefordert, sich an der Kampagne „Mittelstand für Umweltbildung“ zu beteiligen und bietet hierfür professionelle PR-Begleitung an. In Zusammenarbeit mit Europarc, dem Dachverband der deutschen Natur- und Nationalparke, entstanden zahlreiche Kooperationsangebote – von der Einladung von Schulklassen in lokale Schutzgebiete über Vor-Ort-Aktionen und Baumpflanzungen bis hin zu Großprojekten.

Im ZGV sind über 230.000 mittelständische Unternehmen aus Einzelhandel, Großhandel, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe mit einem Umsatz von mehr als 400 Milliarden Euro organisiert. Die Kampagne soll dem Fachkräftemangel vorbeugen und für verantwortungsvolle und attraktive Arbeitgeber vor Ort werben.

▷ www.zgv-online.de
(Projekte – Mittelstand für Umweltbildung)

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

04.–06.05., Laufen an der Salzach/Oberbayern (D) BNE gestalten und vernetzen. Umsetzung und Zukunftsperspektiven der UN-Dekade

▷ www.anl.de

07.05., Hamburg (D)

Auf das Seil gekommen. Klettern und Balancieren zwischen Bäumen

▷ www.jordsand.de

11.05., Wetzlar (D)

Methoden der Naturerfahrung. Workshop mit Joseph Cornell (USA)

▷ www.na-hessen.de

11.05., Bietigheim-Bissingen/Württemberg (D)

20 Jahre Akademie-Natur-Info-Center Lehrgarten

▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

14.05., Hamburg (D)

Mensch und Technik

▷ www.natur-schafft-wissen.de

15.05., Trippstadt bei Kaiserslautern (D)

Naturerlebnis-Workshop mit Joseph Cornell (USA)

▷ www.hdn-pfalz.de

17.05., Recklinghausen (D)

Waldpädagogik im Internationalen Jahr der Wälder

▷ www.nua.nrw.de

18.–19.05., Wittenberg (D)

Auf Schatzsuche. Geocaching-Praxistage

▷ www.ev-akademie-wittenberg.de

23.–24.05., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Weltnaturerbe Buchenwälder? 2011: Jahr der Wälder

▷ www.nna.de

26.–29.05., Eberswalde (D)

Dschungeltour. Angebot für Studieninteressierte aus den alten Bundesländern

▷ <http://dschungeltour-eberswalde.hnee.de>

27.–29.05., Wila bei Winterthur (CH)

Natur- und Umweltpädagogik macht Schule: Wahrnehmung und Bewegung fördern in der Natur

▷ www.silviva.ch/lehrgang

28.–29.05., Hannover (D)

Was tun, wenn nicht alle Sinne beisammen sind? Naturpädagogik für Menschen mit Behinderung

▷ www.naturschule-freiburg.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de; Lisa Hübner;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de